Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

16. Dezember 1976
Jg. 4 Nr. 50

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Regierungsprogramm zu den Renten:

Es bleibt beim Betrug und beim Raub

Die Bourgeois toben. Dr. Helmut Schmidt habe das Vertrauen der Wähler enttäuscht. Er habe die Öffentlichkeit hintergangen. Er habe die Rentner betrogen. Der Kanzler stünde als Betrüger da. Das alles ist wahr und unsere Rede seit Jahren. Aber warum regt sich jetzt die Bourgeoisie auf?

Fangen die Bourgeois an, die Rentner zu lieben? Fangen sie an, die Wahrheit zu schätzen?

Alle Gemütsregungen und edlen Gefühle der Bourgeois haben ihren baren Geldkern. So auch diese.

Gegen den Kampf der Arbeiterklasse können die Bourgeois den Arbeitslohn nicht ins Beliebige drücken. Die Bourgeoisie hat sich deswegen Schleichwege zur Verwandlung von Arbeiterlohn in Kapital geschaffen. Als solcher Schleichweg funktioniert die Vermögensbildung. Diese aber hat den Nachteil, daß die Arbeiter schwerlich zum Abschluß solcher Verträge gezwungen werden können. Deswegen hat dieser Schleichweg seine Grenzen und führt die Bourgeois nicht tief genug ins Gefilde der Arbeitertaschen. Anders die Entfernung von Bestandteilen des Lohnes als „Versicherungsbeiträge“ ins Vermögen der staatlichen Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherungen. Hier kann unter dem Vorwand der „Versorgung“ gestohlen werden.

Dr. Helmut Schmidts Verbrechen besteht a.) darin, sich auf diesem dunklen Schleichpfade ertappt haben zu lassen. Sein Verbrechen b.) besteht darin, auf diesem Pfade nicht weit genug vorgedrungen zu sein.

Die Bourgeoispresse hetzt jetzt, um die Massen vom Kern der Sache abzulenken und vor allem um Dr. Helmut Schmidt auf diesen Diebswegen noch weiter voranzupeitschen. Was bisher beschlossen ist, ist ihnen nicht genug, obzwar es wirklich schon *viel* ist. Die Maßnahmen im einzelnen:

– Die Regierung gibt die Versicherung ab, daß die „Brutto-Bezogenheit“ bei der Festsetzung der Neurenten erhalten bleibe. Das bedeutet (abgesehen von der Kürzung des Lohnes), die Regierung versperrt sich – *ihrem Wort* nach – den Weg, die Renten durch *Steigerung der Beiträge*, die immer Senkung des Nettolohnes bedeutet, automatisch zu senken. Denn dies wäre der Fall, würden die Neurenten nach dem Nettolohn berechnet. Danach giert die gesamte Bourgeoisklasse, daß die Regierung dieses im Moment nicht wagt, wird ihr übelgenommen.

– Derweil die „Brutto-Bezogenheit“ bei der Neufestsetzung bleibt, werden die gesetzlich fixierten regelmäßigen Erhöhungen der Renten auf die „Netto-Bezogenheit“ umgestellt. Zur Verdeutlichung: Wäre diese vortreffliche Regelung bereits seit 1968 in Kraft, so betrüge eine Rente, die heute mit 600 DM ausgezahlt wird, nur rund 538 DM. Dieser Raub ist also schon beachtlich. Er reicht der vereinigten Bourgeoisie nicht aus, da es einige Zeit dauert, bis er sich vollends auswirkt.

– Da zu erwarten ist, daß die Rentner dieser Verfahren mit ihrer Gesundheit büßen, werden die Zahlungen an die Krankenversicherung der Rentner von derzeit 17 auf 11 Prozent herabgesetzt. Flankierend hierzu wird die Einführung einer Sonderbehandlung für Rentner an den Krankenhäusern unter der Hand betrieben. Wenn sich die Rentner nicht entschließen, durch frühes Hinscheiden die Kassa zu füllen, und sich unterstehen, die Gesundheitsversorgung zu „blockieren“, wird man versuchen, über die zwangsweise Erhöhung der allgemeinen Krankenversicherungsbeiträge die Massen gegen die Rentner aufzubringen.

– Sodann wird die Erhöhung der Renten, die jährlich fällig ist, um ein halbes Jahr hinausgeschoben. Dies allerdings nicht gleich. Nach der Erhöhung vom 1. Juli 1977 wird es eine Pause bis zum 1. Januar 1979 geben,

(Fortsetzung Seite 2)



Vor 4 500 Teilnehmern an einer Versammlung in Frankfurt sprachen die Mitglieder einer Delegation der ZANU. Die Delegation wurde von Genossen Hamadziripi, Mitglied des ZK der ZANU, geleitet. Außer ihm gehörten die Genossen Tekere, Mitglied des ZK der ZANU, und Chiwara, Vertreter der ZANU in Westeuropa, der Delegation an. Das Zentrale Komitee des KBW hatte zu dieser Veranstaltung aufgerufen. Mehrere Bezirke des KBW hatten zu der Veranstaltung mobilisiert. Aus den anderen Bezirken nahmen Delegationen teil. (Siehe Seite 16)

„Wir sind auf die Angriffe der Imperialisten vorbereitet“

Der Leiter der ZANU-Delegation, Genosse Hamadziripi, Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU, gab der KVZ folgende Stellungnahme:

Die Entwicklung des Befreiungskampfes hat einen großen Einfluß auf die gegenwärtigen Verhandlungen in Genf. Wird der bewaffnete Kampf nicht fortgesetzt, erhält er keine große Wucht und Schlagkraft, so wird Smith nicht zu Verhandlungen bereit sein. Smith verhandelt bloß, weil er merkt, daß er so nicht weitermachen kann, daß er Gespräche beginnen muß, bevor der vollständige Sieg von den Befreiungsstreitkräften errungen wird.

Die Befreiungsstreitkräfte beherrschen jetzt ein großes Gebiet – und nicht nur das, sie machen dem Siedlerregime das Leben praktisch unmöglich. Wir sind dabei, mit tödlicher Sicherheit einen Staat zu schaffen. Anders gesagt: Smith wird seinen eigenen Staat mit seiner eigenen Verwaltung haben, und wir werden ebenso unsere eigene Verwaltung in demselben Land haben. Er wird es in diesem Fall äußerst schwierig finden, weiter die Herrschaft über das Land auszuüben. Aufgrund des Drucks des bewaffneten Kampfes hat Smith jetzt Verhandlungen zugestimmt. Einfach deshalb, weil er sich, tut er das nicht, einer vollständigen Niederlage und der vollständigen Kapitulation gegenübersähe. Deshalb haben die Mächte, die hinter ihm stehen – die imperialistischen Mächte USA, England und die anderen westlichen Länder – den Plan für Genf als Antwort auf den bewaffneten Kampf ausgearbeitet, als Alternative zur vollständigen Niederlage, bevor diese, bevor die Kapitulation eintritt und Smith entsprechend angewiesen. Es gibt keinen Zweifel: Wenn der bewaffnete Kampf nicht diesen Aufschwung genommen hätte, wäre Smith nicht gekommen, um mit der Befreiungsbewegung zu verhandeln. Smith selber hat erklärt, daß es Zeit seines Lebens keine Unabhängigkeit der Afrikaner geben wird – dieselbe Person, die jetzt ankommt und um Gespräche bettelt. Diese Verhandlungen sind unserer Auffassung nach dazu da, der vollständigen Niederlage durch die Befreiungsstreitkräfte zu entgehen oder die Niederlage Ian Smiths in eine Niederlage von uns zu verwandeln. Es waren weder Kissinger noch die britische Regierung, die nach der Genfer Konferenz gerufen haben, sie gewollt haben. Als sie die Genfer Konferenz einberufen haben, dann ausschließlich deshalb, um den Schaden für sich zu vermeiden, denn die Kräfte, hinter denen sie stehen, verlieren die Schlacht.

Die imperialistischen Mächte wollen diese Niederlage in unsere Niederlage verwandeln oder sie durch die Einrichtung eines Marionettenregimes wieder rückgängig machen. Die reaktionären Siedler sind in einer solch verzweifelten Lage, die Moral sinkt so tief, ist so niedergeschlagen, und die feindlichen Kräfte sind in einer solch ausweglosen Lage, daß sie meiner Meinung nach, wenn nicht irgendetwas geschieht, nicht einmal die nächsten sechs Monate durchhalten können.

Die Imperialisten wenden jetzt Taktiken an, wie sie üblicherweise von den imperialistischen Mächten, insbesondere dem britischen Imperialismus, angewandt wurden. Sie sind bekannt als „teile und herrsche“. Zum Beispiel erzählen sie eine Menge Unsinn darüber, daß es Kämpfe innerhalb der Befreiungsstreitkräfte gebe. Das ist vollständiger Unsinn, dummes Zeug! Es gibt keine Kämpfe innerhalb unserer Streitkräfte. Sie wollen uns gegeneinander aufhetzen, so daß wir mit unseren Streitkräften zusammenstoßen. Deshalb haben sie in die Welt gesetzt, daß die bewaffneten Streitkräfte nichts mit der ZANU zu tun haben und daß sie nichts mit unserem Führer, Genossen Mugabe, zu tun haben. Aber das Gegenteil ist dadurch bewiesen, daß nunmehr Genossen von der ZIPA gekommen sind, die unsere Partei, ZANU, auf der Genfer Konferenz vertreten. So versuchten die Imperialisten hartnäckig, eine Situation herbeizuführen, wo es Mißverständnisse, Zerwürfnisse, Spannung zwischen Genossen der ZANU und der ZIPA geben sollte. Nebenbei gesagt, die ZIPA ist der militärische Flügel der politischen Organisation, der ZANU.

Natürlich, die Patriotische Front widerspricht den Interessen der imperialistischen Mächte. Also, wenn sie sie spalten können, werden sie das tun, so schnell wie sie können, binnen eines

(Fortsetzung Seite 2)

Carter

Im Januar tritt der neue US-Präsident Carter sein Amt an. Dazu legt er gegenwärtig seine Außenpolitik fest. Er will den Frieden sichern, verspricht er weit und breit. Die Verhandlungen über Abrüstung mit den sowjetischen Sozialimperialisten sollen wieder aufgenommen werden, die SALT-Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen. Die Sozialimperialisten haben schon lauthals verkündet, daß sie das begrüßen. Überhaupt gibt sich Carter als ein Mann des Friedens, der Veränderungen „zum Wohle seines Landes“ und der Menschheit bringen wird. Eine Rundumdiplomatie wie Kissinger will er nicht machen, sondern lieber einzeln mit den Staaten verhandeln. Dazu hat er jetzt auch einen Außenminister ernannt. Cyrus Vance heißt der. Er war schon Unterhändler unter Kennedy und Johnson. „Doch es wäre irreführend, wegen des Stilunterschiedes des jetzigen und kommenden (Außenministers) das Maß der Kontinuität in der Sache zu verkennen“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“.

Kontinuität in der Sache. So ist es. Immer dann, wenn die Imperialisten von Frieden und Entspannung am lautesten schreien, bereiten sie ihre größten Verbrechen vor. Das war schon immer so, z.B. unter Kennedy. Kennedy ist auch unter dem Programm des Friedens und der Freiheit angetreten und der sozialen Sicherung, hat diese in aller Welt lauthals verkündet und hat gleichzeitig den Vietnam-Krieg vorbereitet und eingeleitet, hat den Befehl zum Überfall Kubas gegeben und in Südamerika gewirkt. Je mehr der US-Imperialismus verfault und verrottet, desto mehr braucht die US-Bourgeoisie zur Verfolgung ihrer imperialistischen Ziele solche Leute, die mit der Friedenstaube auf dem Arm den Krieg vorbereiten. Die Volksmassen sollen getäuscht werden mit dem Lächeln eines Laienpredigers und Erdnußfarmers, der fünfundzwanzigmal am Tag betet. Carter ruft nach Abrüstungsgesprächen und schickt gleichzeitig eine Botschaft an die NATO-Konferenz in Brüssel, die unverhüllt die Kriegsvorbereitungen propagiert. Es geht um Europa, und unter dem Deckmantel der Entspannung und Abrüstung bereiten beide Supermächte die Beherrschung dieses strategisch wichtigen Teils der Erde vor, um die Weltherrschaft zu erringen. Dem entspricht auch die Absicht Carters, den Machtbereich des Sozialimperialismus aufzuweichen durch individuelle Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten, zum anderen die Absicht der NATO, niemals auf den ersten Atomschlag zu verzichten. Die Sowjetunion hatte diesen heuchlerischen Vorschlag gemacht, um ihrerseits die Friedenspalme zu schwenken. Sie hat mehr Panzer in Europa und war sicher, daß der Vorschlag abgelehnt wird. Carter gibt sich als besonders reformfreudig. Er will die leeren Kassen der US-Finanzen wieder voll bekommen. „Amerikas neuer Präsident ist ganz schön knausrig“, schreibt die Bild-Zeitung. „Schon als Gouverneur von Georgia bemängelte er, daß auf den Toiletten jeweils drei Rollen Papier lagen – das verführt zur Verschwendung“, und auch „privat spart Carter“. „Hemden kauft er im Großhandel für 30 DM.“ Der Kurs für seine Innenpolitik ist klar. Die Massen werden die Gürtel enger schnallen sollen, man nehme sich gefälligst ein Beispiel an Präsident Carter. Wenn der Präsident Hemden im Großhandel kauft, warum sollen die Massen dann nicht hungern?

„Wir sind auf die Angriffe der Imperialisten vorbereitet"

(Fortsetzung von Seite 1)
Tages. Und wenn sie einen Keil zwischen die Mitglieder der Patriotischen Front treiben können, so daß das Bündnis belastet wird oder gesprengt werden kann, dann werden sie das ohne Zögern tun. Was Muzorewa angeht und soweit das uns betrifft, so können sie Muzorewa hochhalten und pflegen, wenn sie wollen. Wir haben Muzorewa aufrichtig angeboten, zur ZANU zurückzukehren, zu der Organisation, der er einst gefolgt ist. Er hat sich geweigert.

Deshalb ist er, was uns angeht, eine verlorene Kraft, Muzorewa ist eine verbrauchte Kraft. Er hat keine Unterstützung. Mit anderen Worten: Er ist erledigt. Er ist nicht jemand, den wir überhaupt noch ernsthaft in Betracht ziehen können.

Unser Kampf in Zimbabwe hat eine wichtige Stufe erreicht. Sowohl in der Tiefe wie auch in der Breite dergestalt, daß Zimbabwe für die Imperialisten zu einer schrecklichen Angelegenheit geworden ist. Sie sind aber nicht gewillt, aufzugeben. Sie haben in Mozambique verloren und sie wollen in Zimbabwe mit allen Mitteln und unter allen Umständen gewinnen. Deshalb müssen die Volksmassen Zimbabwes alle Anstrengungen machen, um für den Kampf internationale Unterstützung zu gewinnen, dem Feind überall entgegenzutreten und seine inneren Widersprüche auszunutzen. Wenn Zimbabwe befreit und eine fortschrittliche Staatsmacht errichtet ist, wird dies allein für die Entwicklung der Politik im Süden Afrikas von großer Bedeutung sein. Denn zusammen mit Mozambique und der fortschrittlichen Staatsmacht dort und einer fortschrittlichen Staatsmacht in Zimbabwe haben die Völker im Süden Afrikas einen wirklichen Stützpunkt, der ihrer Sache nutzt. Wir können dann auch Botswana unterstützen, wenn wir befreit sind, so daß die Volksmassen in Azania ihren Kampf unter wirklich guten Bedingungen führen können. Dies ist der eine Punkt. Der andere Punkt, weshalb der Kampf in Zimbabwe das ganze südliche Afrika tiefgehend beeinflußt: Ich denke, daß dieser als äußerst wichtig angesehen werden muß. Zimbabwe besitzt bedeutende Reichtümer. Diese in einem solchen Umfang, daß die Siedler, die imperialistischen Mächte, die diese Schätze gegenwärtig beherrschen, alles nur irgend Mögliche tun werden, sie nicht zu verlieren. Verlieren sie diese, haben sie erneut im Süden Afrikas eine Niederlage erlitten. Das ist der Fall, wenn ein fortschrittlicher Staat aufgebaut und errichtet wird. Deshalb glaube ich, daß schon allein wir die politische Entwicklung des ganzen Kontinents verändern können. In Zimbabwe, im Süden Afrikas, sind einige Völker mehr, deren Länder zu den reichsten in Afrika gehören. Wir sagen nicht, daß sie reicher sind als die anderen Staaten in Afrika, aber von allen Ländern, die bis jetzt noch nicht befreit worden sind. Diejenigen, die in Zimbabwe gewesen sind, sagen uns immer, daß der Reichtum Zimbabwes gewaltig ist. Gerade jetzt haben die Imperialisten sieben Kohlelager entdeckt. Deshalb müssen wir die Lehre daraus ziehen, daß die Imperialisten alles irgend Mögliche tun werden, um eine Niederlage in Zimbabwe zu verhindern. Denn ihre Niederlage in Zimbabwe wird den Arbeitern in diesem Land große Möglichkeiten verschaffen.

Im Gegensatz zum ersten Entspannungsmanöver, wo wir unachtsam angetroffen wurden, haben wir uns diesmal entschlossen, die Taktik zu ändern, und beschlossen, die Imperialisten mit ihrem eigenen Plan zu schlagen. Deshalb gingen wir das zweite Entspannungsmanöver anders an, indem wir die Einheitsfront mit anderen Organisationen schufen. Diese Einheitsfront setzte sich natürlich aus Kräften verschiedener Richtungen zusammen, unterschiedlicher Gruppen bzw. der Kirche, der Kleinbourgeoisie und auch Kräften, von denen man allgemein sagen kann, daß ihre Politik sich noch nicht entwickelt hat. Gleichzeitig haben wir mit den anderen Parteien, mit der ZAPU, ein einheitliches Vorgehen festgelegt, was wir die Vereinigte Patriotische Front nennen.

Die Politik der Einheitsfront hat auf der Konferenz insofern gute Dienste verrichtet, als sie verhindert hat, daß die britischen Imperialisten erhalten haben, was sie wollten. Seit über einem Monat sind wir nun auf der Genfer Konferenz. Die Imperialisten sind nicht imstande gewesen, das Volk von Zimbabwe zu spalten, zu verwirren – ganz im Gegenteil. Die Volksmassen Zimbabwes stehen auf einer Seite. Deshalb sind die Imperialisten nicht glücklich, deshalb sind sie sehr enttäuscht. Ihr Chefunterhändler mußte nun nach London zurückfliegen, vielleicht um eine neue Strategie auszubrüten. Aber was uns angeht, immer wenn sie kommen, werden sie uns vorbereitet antreffen, um sie zu schlagen, ihnen entgegenzutreten, welche Strategie auch immer sie anwenden mögen, um uns zu spalten.

Die Imperialisten versuchen, die ZANU zu isolieren, indem sie Muzorewa und Sithole gewinnen. Aber da haben sie ein großes Problem, das sie lösen müssen. Sie können den bewaffneten Kampf nicht aufhalten. Muzorewa und Sithole können den bewaffneten Kampf nicht aufhalten. Selbst wenn die Imperialisten diese gewinnen sollten, dann wäre es besser, wenn sie jemanden gewinnen, der den bewaffneten Kampf aufhalten kann. Also, was immer sie auch tun, sie wissen ganz genau, daß der bewaffnete Kampf weitergehen wird und daß all ihre Anstrengungen und ihr ganzer Plan zunichte gemacht werden wird.

Es bleibt beim Betrug und beim Raub

(Fortsetzung von Seite 1)
ab welchem famosen Datum auch die Netto-Anpassung gelten soll.

– Sodann werden im Sommer nächsten Jahres die Renten um 9,9 Prozent erhöht. Und das ist der eigentliche Punkt der Wut der Bourgeois gegen ihren betrügerischen Diener.

– Denn, obzwar Helmut Schmidt seiner Klasse *für später* gewaltige Bereicherung verspricht, muß er, um die Renten im Sommer erhöhen zu können, dennoch die Schulden der Bundesregierung an die Rentenversicherung zurückzahlen, wie er auch die Mindestreserven, das Vermögen dieser Versicherungen, verkürzen muß. Der Beschluß der Regierung lautet angeblich, daß die Rücklagen von drei auf einen Monat zurückgeführt werden. Dadurch entgehen der Kapitalistenklasse billige Kredite im Wert von 28 Milliarden DM.

Ja, alle diese Maßnahmen und keine Rentenerhöhung in diesem Jahre, das hätte sich vielleicht sehen lassen können. Aber so bleibt im Schmidt'schen Programm ein Pferdefuß. Allzumal beim ganzen gegenwärtigen Krach um die Rentenversicherungen eben öffentlich herauskommt, daß diese Versicherungen „Kapitalgeber" sind, eine Sparkasse für die Kapitalisten. Der ganze Krach wird von der Bourgeoisie abscheulich gefunden und Schmidt mangelnder Eleganz beschuldigt, weil die Bourgeois befürchten müssen, daß die alte Forderung der Arbeiterklasse nach Selbstverwaltung ihrer Versicherungen und Bezahlung durch die Kapitalisten wieder breit auflebt.

auf einen Monat zurückgeführt wer- talisten wieder breit auflebt.

KVZ in drei Ausgaben

Mit dieser Nummer erscheint die KVZ, das Zentralorgan des KBW, jeweils in drei Ausgaben, einer Ausgabe Nord, einer Ausgabe Mitte und einer Ausgabe Süd. Damit wird ein Beschluß der III. ordentlichen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) in die Tat umgesetzt. Zur Begründung für diesen Schritt heißt es im Politischen Bericht des Zentralen Komitee an die III. ordentliche Delegiertenkonferenz: „Die Bezirksbeilagen wie die Herausgabe der Regionalausgaben Nord, Mitte und Süd dienen den gleichen Zwecken wie die organisatorische Reform insgesamt. Sie dienen der Verbindung mit den Massen und erhöhen unsere Fähigkeit, die Kämpfe der Massen auf einer einheitlichen Linie entsprechend den konkreten Bedingungen zu führen. Sie folgen der Richtlinie: Aus den Massen schöpfen, in die Massen hineintragen." Die drei Ausgaben der KVZ werden von einer zentralen Redaktion und drei Redaktionen in Nord, Mitte und Süd redigiert.

Westdeutsche Imperialisten investieren im südlichen Afrika

6 000 westdeutsche Unternehmen wurden von der deutsch-südafrikanischen Handelskammer in Johannesburg registriert. 400 westdeutsche Kapitalisten haben Produktionsstätten oder Verkaufsniederlassungen errichten lassen. Die Siemens AG beutet in Südafrika über 4 700 Arbeiter aus und hat bisher 200 Millionen DM in Südafrika investiert. Die Volkswagenwerke besitzen in Port Elizabeth ein Zweigwerk, in dem 6 000 Arbeiter ausgebeutet werden. Die VW-Kapitalisten haben in diesem Jahr rund 4 Millionen Rand (11,12 Millionen DM) in den Ausbau der Kapazitäten investiert. Hoechst South Africa beutet 3 500 afrikanische Arbeiter aus und hat im letzten Jahr 17,6 Millionen Rand (48,9 Millionen DM) investiert. Im Jahr 1976 sollen insgesamt 20 Millionen Rand (55,6 Millionen DM) investiert werden. BMW plant sein Montageprogramm weiter auszubauen. BMW hat im letzten Jahr 15 Millionen Rand (41,7 Millionen DM) investiert und plant bis zum Jahr 1978 weitere 10 Millionen Rand zu investieren. Die Deutsch-Südafrikanische Kammer bezifferte die gesamten westdeutschen Auslandsinvestitionen in Südafrika auf 3,5 Milliarden DM.

Pressekommentare zum Stahlabschluß

Vor dem Abschluß in der Stahlindustrie hat die bürgerliche Presse getönt, in der „krisengeschüttelten Stahlindustrie" dürfte höchstens der Reallohn gehalten werden. Nachdem ein Abschluß gemacht worden ist, der den Reallohn keineswegs hält, ändern die bürgerlichen Blätter blitzschnell ihre Taktik: Auf keinen Fall dürfe in irgendeinem anderen Industriezweig ein so „überhöhter Abschluß" gemacht werden.

Damit verfolgt die Bourgeoisie zweierlei: durch ihre Kritik an dem Abschluß in der Stahlindustrie will sie ihr Teil dazu beitragen, damit er von den Gewerkschaftsführern in der Gewerkschaft durchgesetzt werden kann. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitiker haben diese Schützehilfe wirklich nötig. Sogar in der Tarifkommission hat es Krach gegeben. Bei 69 Stimmen für den Abschluß haben 41 Tarifkommissionsmitglieder dagegen gestimmt. Den Abschluß gegenüber den Stahlarbeitern durchzusetzen, das ist die eine Absicht.

Die andere Absicht ist, sich jetzt umgehend auf die Arbeiter der metallverarbeitenden Industrie einzuschießen und den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern auch in diesem Industriezweig Schützenhilfe zu geben, um die Forderung zu drücken. In dieser Woche finden dort die Sitzungen der Tarifkommissionen statt. Da ist es gut, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitiker sagen könne, man müsse froh sein, wenn man das Gleiche erreiche wie in der Stahlindustrie, und eine Mark sei jedenfalls völlig irreal.

„Traurige Kumpanei", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung".

„Von den Lohnpolitikern der Stahlindustrie kommen selten gute Nachrichten. So auch 1976. In einem Augenblick, da die Auftragsbestände auf einen seit Jahren nicht gekannten Tiefstand sinken, vereinbaren die Tarifparteien Lohnaufbesserungen, durch die die Unternehmen mit mehr als 7 Prozent zusätzlich belastet werden." „Die Entwicklung zu noch mehr Stabilität" dürfe nicht durch „sinnlose Lohnabschlüsse" umgekehrt werden.

Die Bourgeois wissen, daß sie in den nächsten Wochen und Monaten wieder voll in Inflation machen werden. Die „Ursache" dafür haben sie bereits herausgefunden: die „sinnlosen Lohnabschlüsse":

„Wenn nämlich in einem Wirtschaftszweig mit denkbar schlechten Aussichten 7 Prozent bewilligt werden, dann werden die Gewerkschaften überall dort, wo es besser geht – und das sind die meisten anderen Bereiche – versuchen, auf Biegen und Brechen noch mehr durchzusetzen."

Der Stahlabschluß dürfe kein „Signal" für die Metallindustrie sein, schreibt die „Stuttgarter Zeitung":

„Forderte nun die IG Metall in Hinblick auf die gegenüber der Stahlindustrie bessere Situation der Metallindustrie für diesen Industriezweig wesentlich mehr als beim Stahl, und zwar ohne Rücksicht auf die bereits abgeschlossenen, 1977 kostenwirksam werdenden Verträge, dann liefe sie Gefahr, daß die anschließende Inflation einen vielleicht erzielbaren Verhandlungserfolg zunichte machte."

Das „Handelsblatt" rechnet aus, was die IG Metall in der Metallindustrie höchstens fordern dürfte. Dabei referiert es die „Meinung" der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Der hatte gleich nach dem Abschluß festgestellt, daß der 6-%-Abschluß „den notwendigen Kontakt zu den Tarifabschlüssen des zu Ende gehenden Jahres unterbrochen" habe.

„Die Vereinbarung könne deshalb kein Datum für bevorstehende Abschlüsse in anderen Tarifbereichen sein. Übertrüge man dieses Ergebnis etwa auf die bevorstehende Tarifrunde der Metallindustrie, so könnten die Löhne und Gehälter dort unter Berücksichtigung von Vorleistungen um lediglich 4,75 % angehoben werden: Die vereinbarte Aufstockung der Vermögensleistung wird – wiewohl 1976 in Kraft getreten – voll im Jahresverlauf 1977 gezahlt, was eine Einkommensverbesserung von 234 DM je Arbeitnehmer und eine Kostenbelastung von 0,9 % ausmacht. Weitere 0,8 % bringt die am 1.1.77 wirksam werdende Erhöhung der tariflichen Sonderzahlungen um 10 Punkte auf 50 %. Schließlich wird für einen Teil der Arbeitnehmer der Urlaub um einen Tag verlängert, wofür 0,55 % angesetzt werden. Zusammen ergibt dies eine Vorbelastung von 2,25 %."

Es wäre naiv zu glauben, daß es sich bei diesen Sprüchen um Sachen handelt, die man nicht ernst zu nehmen brauche. Daß es in der Metallindustrie ganz anders laufen werde, das werden die sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitiker jetzt vielfach sagen. Das stimmt nicht, wenn es nach ihnen geht. Natürlich ist es die Absicht der Kapitalisten, nach dem Stahlabschluß nachzusetzen und die entsprechenden Lohnraubabschlüsse und wenn möglich drastischere auch in den anderen Industrien durchzusetzen. Und die sozialdemokratischen Lohnstrategen ändern sich auch nicht von Branche zu Branche. Ohne Streik wird nichts gehen, haben viele Stahlarbeiter gesagt. Sie haben recht gehabt. Tausende von Stahlarbeitern haben gestreikt während der Verhandlungen. Aber ohne richtige Forderung und ohne mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitikern zu brechen, konnten die Stahlarbeiter in diesen Streiks nicht ihre Kraft gegenüber den Stahlkapitalisten entfalten. Es blieb bei kurzen Warnstreiks. Die Aufstellung der Forderung ist von großer Bedeutung für den Verlauf des Kampfes. Das sieht man gut an dem Verlauf des Tarifkampfes in der Stahlindustrie. Sind die Sozialdemokraten, sind die Revisionisten in der Metallindustrie bereit, sich auf einer Forderung zusammenzuschließen, die im Streik hält? Sind sie bereit, den Streik vorzubereiten? Daran muß man sie messen. Hier muß man sie festlegen. Jetzt, nach dem Stahlabschluß, jammern die Revisionisten von der DKP und melden sanfte Kritik an der Gewerkschaftsführung an. Aber gerade die Revisionisten sind der Stoßtrupp der Bourgeoisie im Kampf gegen notwendige Forderungen in Mark und Pfennig. Sie haben auf der Bremer Klöcknerhütte und im ganzen Ruhrgebiet gegen Markforderungen gekämpft, und in der Metallindustrie setzen sie dieses Spiel, wie die letzten Jahre stets, weiter fort. Selbst ihre „Kritik" am BDA riecht noch nach dem Fußschweiß der Kapitalisten:

„Der BDA ‚übersieht' dabei, daß gerade die Erhöhung des Reallohns mehr Massenkaufkraft ist gleich mehr Nachfrage ist gleich Anstöße für die Binnenkonjunktur und den Abbau der Arbeitslosigkeit bedeuten würde."

Nichts „übersieht" der BDA. Er sieht auf seine Profite. Er schlägt die Ratschläge der DKP in den Wind. Aber als Ratgeber an die Arbeiterklasse sieht er sie gern. Was täten die Kapitalisten ohne Sozialdemokraten und Revisionisten? Und wie wird sich die Arbeiterbewegung entfalten, wenn sie auf solche Ratgeber endgültig pfeift.

Sowjetunion: Ansprüche auf norwegische Gewässer

Am Mittwoch, dem 8. Dezember, hat in Oslo eine neue Runde der norwegisch-sowjetischen Verhandlungen über die Grenzziehung im Eismeer-Grenzsockel begonnen. In Verletzung der Genfer Sockelkonvention von 1958, die eine Teilung nach der Mittellinie vorschreibt, besteht die Sowjetunion auf einer vom Pol aus gezogenen Sektorenlinie. Unverhüllt begründet sie ihren Anspruch auf die norwegischen Gewässer aus „strategischen Bedürfnissen in diesem wichtigen Grenzbereich vor den Stützpunkten bei Murmansk". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Dezember) Es sind die strategischen Bedürfnisse einer Supermacht, die um die Herrschaft über die Welt kämpft. Bei den Stützpunkten bei Murmansk liegen zwei Drittel der sowjetischen Atom-U-Boote und ein großer Teil der Kriegsflotte. Die Sozialimperialisten brauchen ungehinderten Zugang zum Atlantik. Eine Grenze entsprechend der Genfer Konferenz schränkt die Bewegungsfreiheit der sozialimperialistischen Flotte ein. Um ihren Anspruch durchzusetzen, führt die sozialimperialistische Supermacht seit einiger Zeit Raketenübungen in norwegischen Gewässern durch.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 75 20 15 – Gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 50/1976: 32 000

Imperialistische Energiepolitik:

Bergbaulobby und Revisionisten melden sich zu Wort

In der letzten Woche ist von mehreren Seiten in die Auseinandersetzung um die imperialistische Energiepolitik eingegriffen worden. Die Ruhrkohle AG hat mitgeteilt, daß sie in den nächsten Jahren auf jeden Fall in den Aufbau von Steinkohlekraftwerken investieren würde. Notfalls würden die Ruhrkohle AG im Alleingang an den Aufbau weiterer Steinkohlekraftwerke gehen. Zuvor hatten bereits die Saarbergwerke angekündigt, daß sie ein weiteres Steinkohlekraftwerk bauen würden. Sie haben gerade erst ein Steinkohlekraftwerk mit einer Leistung von 700 Megawatt fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Das Deutsche Wirtschaftsinstitut (DWI) hat ein Gutachten veröffentlicht über die Zahl der Arbeitsplätze, die durch ein Steinkohlekraftwerk geschaffen und erhalten würden.

In der „UZ" hat Dr. Kurt Steinhaus einen Artikel veröffentlicht: „Gehen ohne Kernkraftwerke die Lichter aus?" Die Antwort des Dr. Steinhaus ist: Nein, sie gehen nicht aus, denn „wir" haben die deutsche Steinkohle.

„Die Kohlevorräte der Bundesrepublik sind ein nationaler Reichtum, um den uns viele andere Länder beneiden. Sie wären froh, über eine solche reiche Energiegrundlage verfügen zu können. Verantwortliche Energiepolitik besteht nicht darin, unsere nationalen Kohlevorräte ungenutzt im Boden zu lassen, sondern darin, sie im Interesse des Volkes zu nutzen.

In dieser Situation haben wir allen Grund, ganz energisch zu fordern, daß das Steuer herumgerissen und ein konkretes Programm entwickelt wird, um die Kohleförderung stärker in Gang zu bringen, um neue Kohlekraftwerke zu bauen. Das würde nicht nur die Energieversorgung unseres Landes sichern, sondern auch neue Arbeitsplätze schaffen."

Zum Beweis bezieht sich dieser Doktor der Philosophie auf das Gutachten des Deutschen Wirtschaftsinstituts. Er zitiert es allerdings nicht, sondern übernimmt nur dessen Zahlen. Danach sicherten die Verstromung von 33 Millionen Tonnen Steinkohle 180 000 Arbeitsplätze. Das Ganze ist natürlich eine Milchmädchenrechnung. Es wird davon ausgegangen, daß im Kapitalismus die „Arbeitsplätze" davon abhängig seien, daß es irgendwo eine Maschine gibt, an der an sich jemand arbeiten könnte. In der Wirklichkeit hängt jeder Arbeitsplatz davon ab, ob er der Profitproduktion dient und von dem Kapitalisten, der die Maschine besitzt, Arbeitskraft gekauft wird, um sie an diesem Arbeitsplatz profitabel auszubeuten. Diese Gutachten sind zu keinem anderen Zweck gemacht, als um irgendwelchen Konzernen, in diesem Fall der Ruhrkohle AG „soziale" Argumente an die Hand zu geben. Genau das gleiche Gutachten hat das DWI zum Bau von Kernkraftwerken hergestellt und hat auch dabei herausgebracht, daß Kernkraftwerke Tausende von Arbeitsplätzen schaffen. Dabei zeigt bereits die alltägliche Lebenserfahrung, daß die Entwicklung der Energieversorgung im Kapitalismus der kapitalistischen Rationalisierung dient und Arbeitskräfte „freisetzt", um aus den Verbliebenen mehr Profit herauszuholen. Der Doktor der Philosophie stellt jedoch fest: „Durch die Umorientierung auf die Kohle würden also die Menschen nicht nur vor unabsehbaren Risiken der Kernenergie bewahrt, es könnten auch Hunderttausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden." (UZ, 10.12.1976)

Einen Tag vorher hatte Karlheinz Bund, Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG, in der Zeitung „Die Welt" selber zur Feder gegriffen und geschrieben: „Schon beraten sich die OPEC-Länder wieder über die nächste Ölpreiserhöhung. Zur Debatte steht nur noch ihr Ausmaß. Gleichzeitig müssen Tausende von Demonstranten mit Polizeigewalt an der Erstürmung von Kernkraftwerk-Baustellen gehindert werden. Zwei aktuelle Ereignisse, die charakteristisch sind." Dem Steinkohlebergbau fehle „es vor allem an längerfristiger Klarheit über seine Absatzmöglichkeiten in einem sehr wesentlichen Bereich, nämlich dem Stromsektor".

Die Regierung hat bekanntlich ihre Erwartungen über die Fertigstellung von Kernkraftwerken nach unten korrigieren müssen. Das liegt am Widerstand der Massen gegen das imperialistische Kernenergieprogramm. Dieses Kernenergieprogramm ist voller Abenteurertum in die Tat umgesetzt worden. Es hätte auch ohne den Widerstand der Massen ernsthafte Rückschläge erlitten. Außerdem haben sich die Bedingungen verändert, unter denen dies Programm zusammengestoppelt worden ist, um den Bedürfnissen des BRD-Imperialismus im Kampf gegen die Länder der Dritten Welt und in der imperialistischen Konkurrenz als Waffe zu dienen. Zum Beispiel hat sich seither der Preis für Uran gewaltig erhöht. Die Kosten für das gesamte Kernenergieprogramm werden überhaupt erst so langsam erfaßt. Unter diesen Umständen konnte der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG bereits vor einiger Zeit mit der Absicht hervortreten, auf jeden Fall neue Kohlekraftwerke zu bauen, und zwar notfalls allein.

Das „Handelsblatt" berichtete am 8.12.: „Bund ist davon überzeugt, daß nur die Steinkohle die Versorgungslücke schließen kann, die durch den verzögerten Ausbau der Kernkraft von den geplanten 45 000 bis 50 000 Megawatt bis 1985 auf die voraussichtlich höchstens 30 000 Megawatt. Der Neubau von mindestens 10 000 Megawatt-Kraftwerksleistung auf Steinkohlebasis sei unbedingt erforderlich." Zusammen mit der STEAG, einem Tochterunternehmen der Ruhrkohle AG, wolle der Konzern das gleich in Angriff nehmen. „Die Voraussetzung sei allerdings, daß eine Einigung über entsprechende Stromabnahmeverträge erzielt werden könne." Die Ruhrkohle AG greift dabei eine zentrale Behauptung der Regierung bei der Durchsetzung des Kernkraftwerkbaus frontal an: Bund behauptet, daß „nach heutiger Erkenntnis Steinkohlestrom aus neuen Kraftwerken nicht teurer sein wird als Strom aus Atomkraftwerken". Laut „Mannheimer Morgen" hat Bund angekündigt, daß die Ruhrkohle AG „die von der Kernenergie immer wieder aufgestellten falschen Kostenvergleiche" künftig nicht mehr hinnehmen wolle. Daß Bund in dieser Frage einen bei Kapitalisten üblichen Schwindel losläßt, ist durchaus möglich. Laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" soll Bund aber erklärt haben: „Wenn partout niemand Kohlekraftwerke bauen will, dann machen wir es eben selbst." Hat die Ruhrkohle AG das ernstlich vor, dann verspricht sie sich davon auch gehörige Profite. Wie kommt es dazu?

Es ist genau umgekehrt, wie die Revisionisten behaupten: kapitalistische Investitionen haben nicht zum Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern dienen dazu, Extra- und Höchstprofite zu machen. Überhaupt nur auf dieser Basis sind die Kapitalisten dann bereit und in der Lage, die Produktion auszudehnen, weil sie sich von der Ausdehnung der Produktion eine größere Masse von Extraprofiten und Höchstprofiten versprechen. Wenn die Ruhrkohle AG heute prüft, ob sie selber Kohlekraftwerke bauen soll, weil sie meint, Kraftwerke auf Kohlebasis könnten mit Kraftwerken auf Kernenergiebasis konkurrieren, dann ist dies der Erfolg einer heftigen Verschärfung der Ausbeutung im Kohlebergbau und in der Ruhrkohle AG selber. Die Ruhrkohle AG ist 1969 mit keinem anderen Zweck gegründet worden als durch Konzentration des Kapitals die kapitalistische Rationalisierung im Bergbau zügellos voranzutreiben, eine große Masse der Bergarbeiter aus der Produktion zu werfen und die Verbliebenen um so schärfer auszubeuten.

So was nennt man Sanierung. Das ging nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung. Die hat mitgemacht und ist stolz auf ihre Leistung. In der „Welt der Arbeit" heißt es dazu vor dem Gewerkschaftstag der IG Berbau und Energie: „So ist es mehr als fraglich, ob der Rationalisierungsprozeß ohne Mitbestimmung überhaupt durchführbar und wenn ja, in dem Zeittempo so harmonisch vollziehbar gewesen wäre, wie dies tatsächlich der Fall war." Der Rationalisierungsprozeß ist in gewaltigem Tempo vollzogen worden: Seit Gründung hat die Ruhrkohle AG ihre Belegschaft um 30 Prozent gesenkt und die Produktionsleistung pro Arbeiter durch verschärfte Ausbeutung gewaltig gesteigert. Dieser Fortschritt in der Kunst der Schweißauspressung ist der Grund dafür, warum die Ruhrkohle AG jetzt hofft, direkt mit den Kernkraftwerken in Konkurrenz treten zu können. Um dies mit Erfolg tun zu können, muß sie sich aber auch innerhalb des Staatsapparates, der die Energiepolitik durch Subventionen steuert, durchsetzen. Dabei rechnen die Chefs der Ruhrkohle AG auf Leute wie die Revisionisten und auf solche, die vergessen, daß die Stromerzeugung im Imperialismus mit Kohlekraftwerken nicht weniger als mit Kernkraftwerken in wachsendem Umfang die Vernichtung der Lebensbedingungen und die Zerstörung der beiden Springquellen des Reichtums, des Menschen und der Natur, bedeutet. Widerstand werden auch diese Pläne finden. In Voerde hatte dieser Widerstand bereits einen ersten Erfolg. In Westberlin kämpfen die Massen gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes. Auch deshalb ist die Bourgeoisie skeptisch, ob ihr die Pläne der Ruhrkohle AG aus dem Dilemma der imperialistischen Energiepolitik heraushelfen.

Die „Süddeutsche Zeitung" meint: „Einen bösen Haken hat allerdings die Sache: Die giftigen Emissionen der Steinkohlekraftwerke, Kohlenmonoxyd, Stickoxide, gehen nach wie vor in großen Mengen in die Luft und der Schwefel läßt sich bestenfalls zu gut 80 % mit Kalk abfiltern." Die Ruhrkohle AG wird bei ihren Plänen nicht die Unterstützung, sondern den Widerstand der Massen finden, und mögen die Revisionisten noch so chauvinistisch ins gleiche Horn stoßen. Dabei wird sich dieser Widerstand zunehmend in einen Angriff auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Profitproduktion verwandeln. Sie verhindern, daß die Massen unter Führung der Arbeiterklasse die Produktivkräfte so entfalten können, daß die Lebensbedingungen entwickelt werden und die Produktion dem Nutzen der Gesellschaft, statt den Profiten, dient. Das ist im Sozialismus möglich. Die proletarische Revolution ist Voraussetzung. Die Revisionisten wollen die Revolution verhindern. Sie werden stets mobil, wenn die Bewegung beginnt, sich gegen die Herrschaft der Bourgeoisie zu richten. – (gs)

CDU/CSU:

Zwischenergebnis wird bilanziert

In der Technik nennt man eine Sollbruchstelle, was jetzt als „Fortführung der gemeinsamen Fraktion" im 8. deutschen Bundestag zwischen der CDU und der CSU ausgehandelt wurde.

„Wie Strauß ist auch der CDU-Vorsitzende bereit, seinen Preis zu zahlen. Denn notgedrungen hat er sich inzwischen mit dem Gedanken einer vierten Partei anfreunden müssen. Vor Vertrauten stimmte Kohl der Strauß-Rechnung zu, wonach CDU und CSU, wenn die FDP nicht zur Verfügung stehe, sich eben einen eigenen Koalitionspartner schaffen müßten."

So schreibt der „Spiegel", und über Strauß schreibt Augstein:

„Strauß war's zufrieden. Im Freundeskreis erklärte er letzte Woche, er habe nichts dagegen, wenn die CDU nicht unter dem angestammten Namen, sondern über Listenverbindungen etwa mit einer ‚Liberalen Union' (Strauß) in Bayern auftrete und dort das versuche, was umgekehrt Strauß nach wie vor mit Hilfsorganisationen bei den ‚Nordlichtern' probieren will: Rechtswähler zu mobilisieren."

Was der „Spiegel" als Insider-Information aus den Freundeskreisen der Politiker ausgibt, war bereits letzte Woche aus offiziellen Dokumenten zu ersehen. Die Spaltungslinie ist jetzt sogar in einem Dokument „Grundlagen der politischen Zusammenarbeit von CDU und CSU" fest vereinbart. Dort heißt es:

„4. CDU und CSU stimmen darin überein, daß die Mehrheit von SPD und FDP im deutschen Bundestag nur gebrochen werden kann, wenn für die nächste Bundestagswahl alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das Wählerpotential für eine freiheitliche, sichere und soziale Politik zu gewinnen."

Nach diesem Begriffsschwamm, der die „Gemeinsamkeit" umreißt und das Gemüt Helmut Kohls charakterisiert, kommt die nähere Bestimmung der Spaltung:

„Dabei ist besonders auf die innerhalb und zum Teil außerhalb der SPD stehenden freiheitlich sozialen Demokraten und auf die national liberalen Wähler zu achten."

Auf die *politische Bestimmung* der Spaltung folgt eine Festlegung, wie innerhalb der „Gemeinsamkeit" die Spaltung organisatorisch vorzubereiten sei:

„CDU und CSU verpflichten sich, Maßnahmen und Aktivitäten zur Ausschöpfung dieser Möglichkeiten rechtzeitig vor der kommenden Bundestagswahl zu planen und die Durchführung geeigneter Schritte zu ihrer Verwirklichung vorzubereiten."

Das ganze Dokument kann nicht als Wiederherstellung der Einheit gewertet werden. Es legt vielmehr die Methode der Spaltung fest. Offensichtlich waren die Drahtzieher des ganzen demagogischen Manövers in Sorge geraten, der abrupte Bruch, die rasche Vollstreckung der Spaltung könne zu einer weiteren, tieferen Zersetzung der bürgerlichen Parteien führen als ursprünglich geplant. Immerhin sind CDU wie CSU zwar bürgerliche Parteien, in denen die Mitglieder der nahtlosen Kontrolle von Bourgeois unterworfen sind, jedoch bestehen diese Parteien keineswegs aus Bourgeois. CDU und CSU haben zusammen rund 800 000 Mitglieder. Insbesondere in der CSU ist das kleinbürgerliche Element stark vertreten, wie dieser Partei auch viele christliche Arbeiter angehören.

Strauß war, zumindest dem Anschein nach, voller Zuversicht, den ideologischen Gärungsprozeß, die ideologische Umwälzung, welche die Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems gerade bei diesen Klassen und Schichten hervorrufen muß, demagogisch bändigen zu können.

Schon die kurze Welle der bisherigen Spaltungsdebatte hat gezeigt, daß hier ein erheblicher Unsicherheitsfaktor liegt.

Man hat sich jetzt entschlossen, bei der inzwischen von allen Bourgeois für erforderlich gehaltenenen Auffächerung sehr vorsichtig zu Rate zu gehen und beide Flügel der geplanten Spaltung sorgsam aufzubauen, um sie, falls gebraucht, getrennt in die „Wählerlandschaft" ausschwärmen zu lassen.

Im deutschen Bundestag sind die Flügelpositionen jetzt auch festgehalten. Auf der einen Seite Strauß, mit einer vertraglich fixierten Garantie der Förderung seiner Spaltungsbemühungen im Rücken sowie dem verbrieften Recht, in grundsätzlichen Fragen den Fraktionszwang „CDU/CSU" zugunsten des Fraktionszwanges CSU aufzulösen, und sodann Carstens als Präsident des deutschen Bundestages.

Man darf gespannt sein, welches Debakel von Bourgeoispolitik zum Anlaß genommen wird, um die Ausfächerung zu vollziehen. Daß die Bourgeoisie mit so großer Vorsicht ans Werk geht, ist hinsichtlich der Einschätzung der augenblicklichen politischen Lage wirklich ein erfreuliches Anzeichen. Dennoch ist das Manöver so gefährlicher. Soll es nicht greifen, müssen die Revolutionäre ihre Bewußtheit über *alle* Widersprüche der Klassengesellschaft schärfen, so daß ihre revolutionäre Aufklärung der schwülen Demagogie keinen Raum läßt. – (mf)

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 14. Dezember 1976, Nr. 282

„Grundlagen der politischen Zusammenarbeit von CDU und CSU" Die Vereinbarungen im Wortlaut

F.A.Z. FRANKFURT, 13. Dezember. Die „Vereinbarung von CDU und CSU über die Grundlagen der politischen Zusammenarbeit während der Legislaturperiode im 8. Deutschen Bundestag" hat diesen Wortlaut:

„Die Grundlage der gemeinsamen politischen Arbeit von CDU und CSU in der gemeinsamen Fraktion ist das Wahlprogramm von CDU und CSU zur Bundestagswahl 1976. Danach ist es die oberste Aufgabe der beiden Unionsparteien, eine freiheitliche Politik zu gewährleisten, die Fortsetzung der sozialistischen Politik in der Bundesrepublik zu verhindern und eine Ablösung der SPD/FDP-Koalition zu erreichen. Diese Aufgabe ist um so wichtiger, als es die geschichtliche Entwicklung Europas unabweisbar macht, dem Vormarsch des Eurokommunismus und der Ausbreitung der Volksfront durch eine geschichtsbewußte christlich-europäische Politik Einhalt zu gebieten.

Die CDU erhebt einen bundesweiten Anspruch und beansprucht ein bundesweites Mandat.

Sie geht davon aus, daß sie bei Nichtfortsetzung der bisher gemeinsamen Fraktion eine Rumpfpartei würde, eine Tatsache, die sie keinesfalls akzeptieren will.

Die CSU ist und bleibt eine selbständige Partei und wird kein Landesverband Bayern der CDU.

Als selbständige Partei erhebt sie ebenfalls einen bundesweiten Anspruch der von ihr vertretenen Politik.

1. Beide Unionsparteien stimmen überein, daß dieser ihr Anspruch nach der bisherigen geografischen Einteilung von der jeweils anderen Unionspartei ausgeübt wird.

2. CDU und CSU stimmen darin überein, daß in Koalitionsvereinbarungen auf Landesebene die Verwirklichung der gemeinsamen Unionspolitik gesichert werden soll.

3. CDU und CSU bilden eine Strategiekommission in gleich starker Besetzung. Die Kommission hat den Auftrag, die analytischen Grundlagen, Schwerpunkte, Methoden und Zielsetzungen einer gemeinsamen Oppositionspolitik auf der Grundlage des Wahlprogramms von CDU und CSU und der inzwischen eingetretenen neuen politischen Sachverhalte zu erarbeiten. Dabei soll neben den eigenen politischen Aussagen auch den Entwicklungen im Bereich der Koalition besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

4. CDU und CSU stimmen darin überein, daß die Mehrheit von SPD und FDP im Deutschen Bundestag nur gebrochen werden kann, wenn für die nächste Bundestagswahl alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das Wählerpotential für eine freiheitliche, sichere und soziale Politik zu gewinnen.

Dabei ist besonders auf die innerhalb und zum Teil außerhalb der SPD stehenden freiheitlichen sozialen Demokraten und auf die national-liberalen Wähler zu achten.

CDU und CSU verpflichten sich, Maßnahmen und Aktivitäten zur Ausschöpfung dieser Möglichkeiten rechtzeitig vor der kommenden Bundestagswahl zu planen und die Durchführung geeigneter Schritte zu ihrer Verwirklichung vorzubereiten. Sie beauftragen die Generalsekretäre beider Parteien, dem gemeinsamen Präsidium von CDU und CSU und dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion regelmäßig über den Fortgang der einschlägigen Arbeiten zu berichten, erstmals im Sommer 1977. CDU und CSU verpflichten sich, die Ausweitung jeglicher direkter oder indirekter Aktivitäten auf den Bereich des jeweiligen Partners nur im Einvernehmen mit diesem durchzuführen.

5. CDU und CSU verpflichten sich, eine eigenständige In- und Auslandsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung zu gewährleisten.

6. Die Vereinbarung über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist Teil dieser Vereinbarung."

Das Finanzkapital beherrscht die Landwirtschaft

Die Lage der Landarbeiter und kleinen Bauern drängt zum Sturz der Ausbeuterordnung

Wenn Minister Ertl an Feiertagen auf die Landwirtschaft zu sprechen kommt, wird er leicht andächtig. „Haus und Hof, Eigentum und Besitz machen den Menschen frei und unabhängig, sind ein fester Riegel gegen Radikalisierung und gewagte Experimente", sprach er zum Erntedankfest 1976. Ertl ist geübt in Demagogie. Das ist sozusagen die eine Seite seiner Tätigkeit als Landwirtschaftsminister.

Von 1949 bis 1975 ging die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von rund 1,9 Millionen auf rund eine Million zurück. Innerhalb von 17 Jahren wurden 900 000 Bauernfamilien „frei und unabhängig" von Haus und Hof, nur noch im Besitz ihrer Arbeitskraft, die sie fortan an die Kapitalisten verkaufen müssen. Die jährlichen Agrarberichte der Bundesregierung sind Schlachtbulletins, in denen das Finanzkapital seine Erfolge bei der Unterwerfung der Landwirtschaft und – unter der Rubrik des „Kleinbauernproblems" (Ertl zum Agrarbericht 1976) – der Ruinierung der kleinen Bauern vermeldet.

Die Erfolge bei der kapitalistischen Durchdringung der Landwirtschaft spiegeln sich in weiteren Zahlen wider. Die Zahl der Landarbeiter nahm von 1956/57 bis 1974 von 527 100 auf 111 300 ab. In demselben Zeitraum hat sich die Nahrungsmittelproduktion nahezu verdoppelt, die Verkaufserlöse verdreieinhalbfacht. (Alle Angaben nach: Bundesminister für Wirtschaft, „Leistung in Zahlen 1975", sowie verschiedene Statistische Jahrbücher) Von Nutzen ist diese gewaltige Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Preise allein für die Kapitalistenklasse, die immer schwerer auf den landwirtschaftlichen Produzenten, den Landarbeitern und den kleinen Bauern, lastet. Die Ausbeutung der Landarbeiter ist besonders heftig, ihr Lohn niedrig und ihr Arbeitstag lang. Mit ihrem Elend wächst der Reichtum der landwirtschaftlichen Kapitalisten. Sie profitieren doppelt. Je weiter sie die Ausbeutung der Landarbeiter treiben und die Arbeitsproduktivität erhöhen können, desto besser können sie ihren Druck auf die kleinen Bauern verschärfen, die keine Landarbeiter beschäftigen, sondern die ganze Familie in die Arbeit einspannen müssen, denen weit weniger Maschinen zur Verfügung stehen und die stattdessen Tag und Nacht, Sommer wie Winter, schuften müssen, um in einem verzweifelten Kampf ihren Untergang eine Weile herauszuschieben. Jeder Erfolg, den die landwirtschaftlichen Kapitalisten in der Verschärfung der Ausbeutung der Landarbeiter erzielen können, wird zugleich ein Erfolg bei der Vernichtung der kleinen Bauern. Die kleinen Bauern haben deshalb großes Interesse am gewerkschaftlichen Zusammenschluß und am gewerkschaftlichen Kampf der Landarbeiter.

Die landwirtschaftlichen Kapitalisten, die den Bauernverband beherrschen, sind eng mit dem Finanzkapital verschmolzen. Der Präsident des Bauernverbandes, Heeremann, hat neben seinem 500-Hektar-Hof 26 Funktionen inne, u.a. ist er Aufsichtsratsmitglied der Bayer AG, die Düngemittel herstellt. Vize Freiherr von Feury sitzt in mehreren Banken. Stellvertreter Klinker im Norden ist z.B. Vorsitzender der Butter- und Eierzentrale Nordmark und Hamburg, Aufsichtsratsvorsitzender der Nordfleisch AG und der schleswig-holsteinischen Zukker AG. (Vgl. Spiegel Nr. 44/1976) So nehmen sie die kleinen Bauern von zwei Seiten her in die Zange: Als ihre Konkurrenten treiben sie sie in die Verschuldung und Abhängigkeit von Banken und Monopolen, um von dort ihren Ruin zu besiegeln. Der imperialistische Staatsapparat tut das übrige, um diesen Prozeß zu beschleunigen, wie mit dem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm, dem Sofortprogramm für die Landwirtschaft, der Landabgaberente usw., wie die folgende Korrespondenz zeigt. Seine Maßnahmen begleitet er mit höhnischen Worten wie: „Viele unserer Bauern (wurden) durch diese Trokkenheit um den Lohn der Arbeit eines ganzen Jahres gebracht". (Ertl zum Erntedank) Damit wollen sie die schroffen Widersprüche auf dem Land verkleistern und die gesellschaftlichen Ursachen für den Ruin der Bauern verdecken. Offen hat Kanzler Schmidt das Agrarprogramm der Imperialisten formuliert: „Ich sehe überhaupt keinen Grund, die im ganzen erfolgreiche Agrarpolitik wesentlich zu ändern. Es wird dabei bleiben, daß man in der Landwirtschaft lebensfähige Wirtschaftseinheiten braucht. Die Regierung wird alles tun, sie noch lebensfähiger zu machen." (Bulletin der Bundesregierung, 20. Juli 1976)

Das Finanzkapital selbst und sein Staatsapparat durchtrennen die Bande, mit denen die kleinen Bauern noch an die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse gebunden sind. In dem Maß, wie sie die Bauern ins Elend drücken und schließlich von Haus und Hof vertreiben, treiben sie ihre Radikalisierung voran. Beweise liefert die Entwicklung des Klassenkampfes genug. Das Industrieproletariat, die Landarbeiter und die Bauern sind die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums. Die Voraussetzungen, die kleinen Bauern für die proletarische Revolution zu gewinnen, sind ausgezeichnet.

Kreis Donnersberg, Rheinland-Pfalz:

Kampf der Landarbeiter

Der Kreis Donnersberg in Rheinland-Pfalz gehört zu den landwirtschaftlichen Gebieten, die durch die sommerliche Hitze und Trockenheit geschädigt sind. Landwirte, deren Rohertrag um 30 Prozent unter dem normalen Rohertrag der letzten Jahre liegt, können finanzielle Unterstützung vom Land und vom Bund beantragen.

Unser Chef, Eigentümer von 114 Hektar guten Ackerlandes, von 6 Hektar Weinberg und von 5 Hektar Wald, macht von diesem Angebot Gebrauch. Das heißt, er kann um 5 Prozent ermäßigte Kredite aufnehmen, er kann eine Stundung der fälligen Zins- und Tilgungsleistungen für öffentliche Darle-

gungsleistungen für öffentliche Darle-



hen in Anspruch nehmen und den Erlaß der Grundsteuern beantragen. Obwohl es im Donnersbergkreis 1 700 Bauern, davon 1 000 Vollerwerbsbauern, gibt, haben nur 217 von ihnen einen Antrag auf Zinsbeihilfe gestellt. Das hat seinen Grund. 5 000 bis 45 000 DM müssen investiert worden sein. Doch wer von den Nebenerwerbs-, Zuerwerbs- und Kleinbauern kann jährlich soviel investieren, und erst recht in einem solchen Jahr? Für viele Kleinbauern hier ist es die größte Sorge, wie sie am geschicktesten das Vieh über den Winter hungern lassen, ohne es abschlachten zu müssen. Viel Geld geht drauf für den Kraftfutterkauf. Mit der finanziellen Lage dieser Bauern sieht es schlecht aus. Ein Mann vom Maschinenring klagte, daß in diesem Sommer die „klene Bure" nicht einmal das Strohpressen bar bezahlen könnten.

Mein Chef ist ein reicher Großbauer. Er hält sich drei ständige Lohnarbeiter, fünf teilzeitbeschäftigte Frauen und in der Weinlese noch einmal sechs bis acht Frauen aus dem Dorf. Er besitzt 13 „Pöstchen", davon eines im Bauernverband, eines in der AOK und eines im Vorstand der Raiffeisenbank. Überhaupt mischt er überall dort mit, wo die Weichen für die örtliche, regionale und bundesweite Agrarpolitik gestellt werden. Das reicht von der Südzucker bis zum Bundes-Saatgutererzeugerverband. Während die kleinen Bauern weiter ins Elend gedrückt werden, wird er durch die Ausbeutung der Landarbeiter und dank der Unterstützung des bürgerlichen Staates immer reicher.

Erfolge im Kampf gegen Lohnraub und Schikane

Der Kapitalist liegt uns seit Sommer in den Ohren, wie schlecht es ihm doch ginge. Das Getreide stünde mies und der Wein wäre auch nicht so gut wie zunächst gedacht. Dieses Wehklagen stimmt er nicht nur an, um unser Mitleid zu erhaschen. Das Schlitzohr will Lohndrückerei.

Die Arbeit auf dem Feld war in diesem Jahr eine Affenschinderei. Wir konnten gar nicht soviel trinken wie wir schwitzten. Die Arbeitsproduktivi-konnten gar nicht soviel trinken wie wir schwitzten. Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft ist im letzten Jahr um 11 Prozent gestiegen. Die Ausbeutung der Landarbeiter und Landarbeiterinnen wurde weiter gesteigert. Früher hatte jeder Großbauer noch einen Verwalter und mehrere Mägde und Knechte. Heute müssen zwei bis drei Landarbeiter dasselbe und mehr schaffen. Viele Aufgaben erledigen sie völlig selbständig. Wir beurteilen, ob es ackerbaulich noch sinnvoll ist, bei Regenwetter weiter zu pflügen oder nicht. Bleibt der Mähdrescher einmal stehen, so reparieren wir ihn selbst. Es ist zwar so, daß auch der Kapitalist einige handwerkliche und sonstige Fähigkeiten besitzt, aber das meiste beherrschen die Arbeiter viel besser als er. Aber im Kapitalismus sind nicht die Arbeiter die Herren der Produktion, sondern die Kapitalisten, die die Produktionsmittel besitzen. Immer wieder versucht der Kapitalist durch tägliches Anschnauzen und Anpöbeln den Arbeitern einzutrichtern, daß sie nichts können und allenfalls bessere Arbeitstiere seien. Er schikaniert uns mit solchen Sätzen wie: „Was macht ihr hier für eine Arbeit, ihr schafft mir wieder nicht schnell genug." Wenn es irgendwie geht, knapst der Kapitalist überall etwas von der Zeit ab, die die Arbeiter zur Erholung und Wiedergewinnung ihrer Arbeitskraft brauchen. Will man pünktlich Feierabend machen, geht das Geschrei los. Morgens heißt es immer: „Fünf Minuten vor der Zeit ist des Soldaten Pünktlichkeit."

In diesem Jahr lag der Schwerpunkt unserer Gespräche und Aktionen darin, die tagtäglichen Angriffe des Kapitalisten auf unsere Rechte abzuschlagen. Gegen die Schikaneriereí wird die Kleinkrieg geführt. So mußte sich der Kapitalist mehr und mehr zügeln, wenn er nicht von den Arbeitern angeschnauzt werden wollte. Ein wichtiger Erfolg war, daß er das Urlaubsgeld, das ihm im letzten Jahr noch in seinen Taschen steckte, endlich auszahlen mußte. Ohnehin ist das Urlaubsgeld jämmerlich, es beträgt gerade 12,50 DM pro Tag. Überhaupt sahen bisher die sogenannten Betriebsferien so aus, daß der Kapitalist mit seiner Familie über Weihnachten und Neujahr für zwei bis drei Wochen in den Ski-Urlaub ins Ausland fährt, nachdem er im Sommer schon 10 Tage Urlaub gehabt hat. Die Arbeiter, die in der Nähe des Schweinestalls wohnen, mußten in dieser Zeit morgens und abends die Mastschweine füttern und pflegen, mußten beim Verkauf der Schweine und bei Anlieferung von Futter und Ferkeln anwesend sein. Auch ansonsten hatten sie keinen geregelten Urlaub. Je nach Wetter durften sie sich im Januar und Februar hier ein paar Tage und dort ein paar Tage freinehmen.

Momentan beraten die Arbeiter, wie sie eine Lohnerhöhung durchsetzen können. Erschwerend für den Kampf ist die zum Teil starke Abhängigkeit von der Kapitalistenfamilie. Ein Arbeiter hat schon beim Schwiegervater vom Kapitalisten gearbeitet, ist also beiter hat schon beim Schwiegervater vom Kapitalisten gearbeitet, ist also mit der Frau vom Chef groß geworden. Der andere Arbeiter hat früher beim Vater des Kapitalisten gearbeitet, ist also mit ihm groß geworden. Ein lediger Kollege ißt mit der Bauernfamilie zu Mittag. Zwei andere wohnen in Häusern des Kapitalisten. Und ein Arbeiter hat sich ein Haus gekauft – mit der Bürgschaft des Kapitalisten.

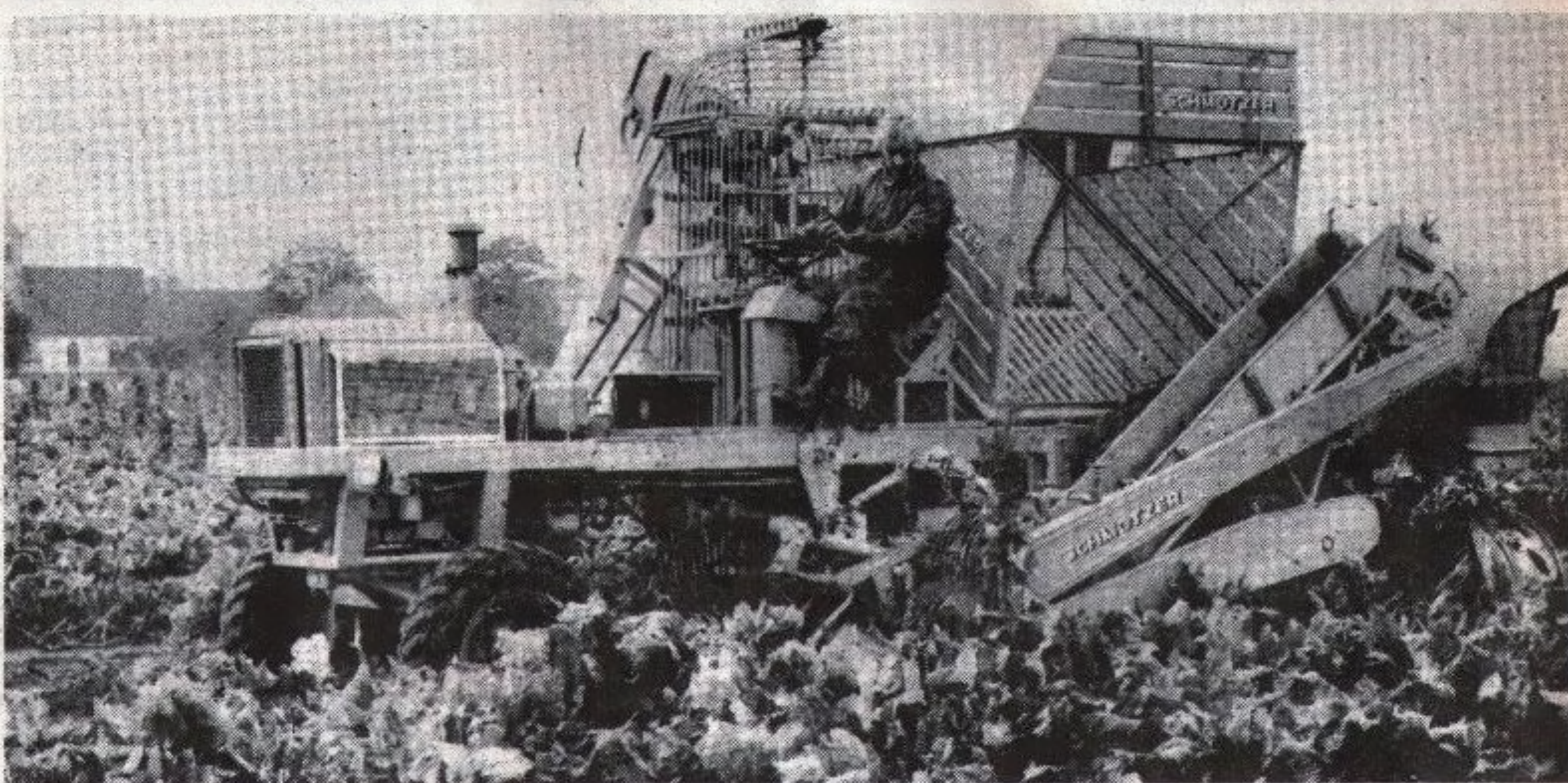
Aber diese Bande lassen sich zerschlagen, wenn man die Sache richtig angeht. Das zeigt das folgende Beispiel: Im Herbst des letzten Jahres bekamen die meisten Landarbeiterinnen zur Zeit der Weinlese 4,20 DM die Stunde (die meistens ohne Versicherung). Im Frühjahr, zur Zeit der Weinhacke, des Weinbindens und -schneidens, setzte der Kapitalist den Stundenlohn willkürlich auf 4 DM. Das wurde erst rübenohnen. Aber bei der Zuckerrübenhacke bei glühender Hitze platzte allen der Kragen. Hinzu kam, daß der Kapitalist die Arbeiterinnen und Arbeiter unerträglich antrieb: „Die Rüben stehen sowieso schlecht, da könnt ihr nicht noch so lange darauf spazieren gehen." Der schlecht, da könnt ihr nicht noch so lange darauf spazieren gehen." Der Kapitalist wurde so lange geschnitten, bis schließlich eine Lohnerhöhung auf 4,40 DM erkämpft war. Zur letzten Weinlese wurde der Lohn dann auf 4,50 DM erhöht.

Dieser Erfolg hat die Arbeiterinnen und Arbeiter zusammengeschlossen. Das ist ermutigend für die Vorbereitung des Tarifkampfes. Die letzte tarifliche Lohnerhöhung hat der Kapitalist immer noch nicht gezahlt. Der Kampf wird deshalb hart. Zwei Arbeiter bekommen einen Lohn von 1 800 bis 2 000 DM, der dritte kommt gerade an die 1 400 DM, dazu kommen noch Naturalien und Kindergeld, und davon muß er Frau und sechs Kinder ernähren. Die Hilfsarbeiter im Feldbau und im Weinbau erhalten in Rheinland-Pfalz einen Monatslohn, der sie an die unterste Grenze des Existenzminimums drückt. Der Ecklohn liegt bei 6,53 DM für die Süd- und Ostpfalz und bei 6,32 DM für die Nord- und Westpfalz.

Die Gewerkschaft aufbauen

Die Gewerkschaft aufbauen

Noch sind die wenigsten Weinbau- und Landarbeiter gewerkschaftlich organisiert. Von den knapp über 300 000 Land-, Forst- und Gartenarbeitern in der BRD sind nur 40 000 in der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft organisiert. Im Bezirk Neustadt an der Weinstraße sind nur 600 Mitglieder eingeschrieben, davon



Rübenernte – segensreiche Zeit für Großbauern und Nahrungsmittelkonzerne. Für die Landarbeiter eine Zeit besonders heftiger Antreiberei.

sind 500 Forstarbeiter, die restlichen hundert teilen sich etwa je zur Hälfte auf Gartenbau und Landwirtschaft auf. In anderen Bundesländern, wo die landwirtschaftliche Produktion weniger zersplittert ist, sieht es besser aus. Wenn ein Betrieb mehr als einen Lohnarbeiter hat, dann ist er schon ziemlich groß und der Bauer ziemlich reich. Wenn Arbeiter auf dem Land überhaupt in einer konzentrierten Produktion arbeiten, dann nur in größeren landwirtschaftlichen Betrieben, in großen Gärtnereien, im Forst (fast 60 Prozent staatlich), genossenschaftlichen und gewerblichen Betrieben, die mit der Landwirtschaft Geschäfte treiben. Aber ansonsten gibt es zersplitterte Kleinproduktion, die den gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Landarbeiter erschwert.

Um so notwendiger ist der Aufbau der Gewerkschaft, die zu einer Kampforganisation der Arbeiter auf dem Land werden muß. Die Sozialdemokraten, die die Gewerkschaft besetzt halten, haben kein Interesse, den Kampf der Landarbeiter gegen die unerträglichen Bedingungen zu organisieren. Sie entschuldigen ständig die kapitalistischen Ausbeuter und geben sich mit Besuchen und Beratungen von einzelnen Kollegen, mit gerichtlichen Verfahren gegen die Kapitalistenverbände (in Rheinland-Pfalz die Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände) und mit Bildungskursen zufrieden. Das aber sind nicht die Hauptaufgaben der Gewerkschaft. Notwendig ist es zum Beispiel, den längst überfälligen Manteltarifvertrag von 1966 zu ändern. Das geht nur durch Kampf. Für die Arbeiter der Land- und Weinbaubetriebe sieht es mit der tariflichen Arbeitszeit und der Urlaubszeit noch sehr schlecht aus. Viele Arbeiter bei Winzern oder Großbauern haben nur 18 Tage Urlaub zugebilligt, Lehrlinge kommen auf 15 Tage. Verbesserungen haben dagegen die Arbeiter im Forst erkämpft, deren Organisationsgrad höher und Kampfkraft weiter entfaltet ist, weil die Produktion nicht mehr so zersplittert ist. Die kapitalistischen Großbauern können hier in Rheinland-Pfalz die Arbeiter 50 Wochenstunden über das ganze Jahr ausbeuten, während in anderen Ländern wie Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg in den Wintermonaten „nur" noch 41 oder 45 Wochenstunden gearbeitet werden muß.

Die Arbeiter auf dem Land können ihre Lage nur ändern, wenn sie sich mit dem Industrieproletariat zusammenschließen, um gemeinsam den Kampf gegen die Ausbeuterordnung aufzunehmen. Für dieses Ziel, den Sozialismus, werden die Klein- und Nebenerwerbsbauern zu gewinnen sein. – (n, Bad Kreuznach)

Man muß sich auf die Erfahrungen stützen

In dieser Woche tagen die Tarifkommissionen der Metallindustrie und beschließen über die Tarifforderungen der IG Metall. Angesichts der Verschärfung der Ausbeutung, die zum gemeinsamen Kampf zwingt, und der Spaltungsversuche der Kapitalisten, die diesen gemeinsamen Kampf der Arbeiter verhindern wollen, entwikkelt sich unter den Metallarbeitern eine breite Strömung für Forderungen in Mark und Pfennig. Nach unserem Überblick über diese Strömung in keinem Tarifkampf der letzten Jahre so stark. Je mehr die Kapitalisten bei ihrer Überstundenschinderei und ihrer Akkordhetze den einen gegen den anderen auszuspielen versuchen, desto mehr wächst das Bewußtsein, daß die Arbeiter nur dann den Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung und Verelendung führen können, wenn sie sich zusammenschließen. Es entwikkelt sich auch der proletarische Internationalismus. So mancher Personalchef hat in den letzten Monaten zu Höhenflügen angesetzt, um die imperialistische Konkurrenz an die Arbeiter als natürliche Verkehrsform zu verkaufen. Wo er auf Beifall gewartet hat, hat er Pfiffe geerntet.

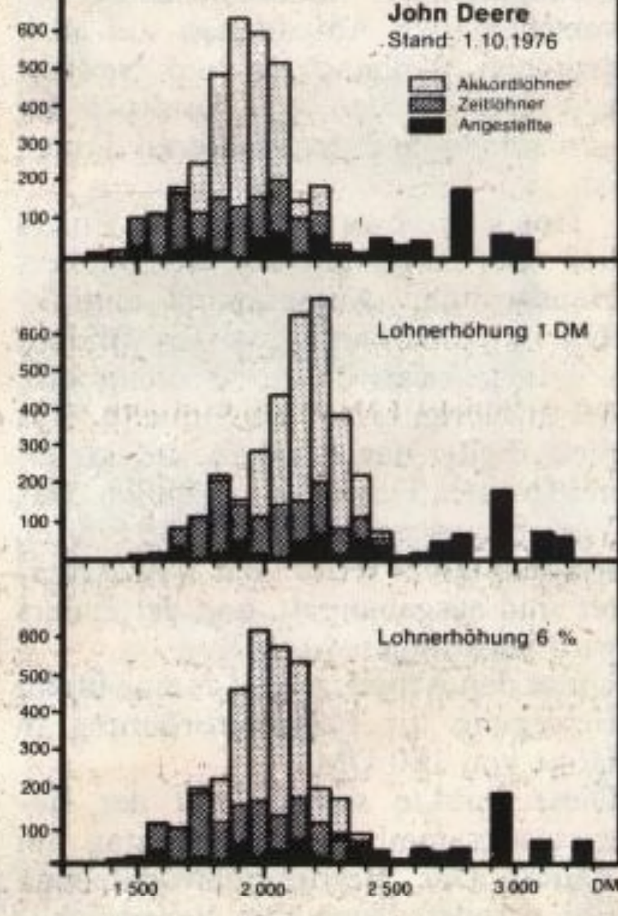
Die Arbeiter lassen sich nicht vor den Karren der imperialistischen Konkurrenz spannen. In der Werftindustrie zum Beispiel ist die Konkurrenz groß, aber die Arbeiter überlegen sich, wie sie diese Konkurrenz unter den Kapitalisten im Kampf ausnutzen können. Sie überlegen sich nicht, wie sie ihrem Ausbeuter dabei helfen können, die Konkurrenz zu schlagen. Sie wissen, sie selber werden geschlagen, wenn sie sich auf sowas einlassen.

Jahrelang haben die Kapitalisten die Arbeiter zu immer mehr Überstunden gezwungen. Das hat die Arbeitskraft zerschlissen. In der Krise, wo die Überstunden teilweise gestrichen wurden wie die Zulagen, die zu immer schärferer Verausgabung der Arbeitskraft veranlassen sollten, da haben die Arbeiter sich untereinander immer größere Klarheit verschafft: Wir müssen für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag kämpfen. Sonst bleiben wir der Spielball der kapitalistischen Antreiberei.

All diese Erfahrungen und das gestiegene Bewußtsein über die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter und aller Lohnabhängigen und die vollständige Gegensätzlichkeit dieser Interessen zu den Interessen der Kapitalisten kommen in der breiten Strömung für Festgeldforderungen zum Ausdrück. Diese Strömung richtet sich gegen die Politik der Klassenversöhnung der Sozialdemokraten, und unvermeidlich stößt sie mit dieser Politik zusammen. Diese Strömung ist noch nicht revolutionär. Sie ist aber für die Politik der Reformisten und Revisionisten bereits eine große Gefahr. Um sie hinters Licht zu führen, dienen gegenwärtig die Forderungen in Sockel und Prozent, die durch die Sozialdemokraten lanciert werden. Rechnet man diese Forderungen durch, dann sind sie auf den Ecklohn oft kaum niedriger als die Markforderung. Bei Opel Bochum mit 6 Prozent und 120 Mark liegt die Forderung für Lohngruppe 6 mit 1,14 DM sogar höher. Bei Benz in Mannheim mit 50 DM und 7 Prozent beträgt sie auf den Ecklohn, Lohngruppe 7, immerhin noch 81 Pfennig. Aber ist die Forderung durch ihre Höhe erst einmal schmackhaft gemacht; hat sie jeder für sich ausgerechnet und meint, das geht doch an, dann hat die sozialdemokratische Fall schon zugeschnappt. Die Bewegung für Festgeldforderungen ist geschwächt. Für die Tarifkommission ist Raum geschaffen, für die Manipulation der Forderung und in den Verhandlungen mit den Kapitalisten bleiben dann die Prozente übrig. Man kann also gleich mit den Prozenten rechnen, wenn man sehen will, was dabei herauskommen soll. Das haben wir an einem Beispiel nachgerechnet. Wir haben dabei die 6 Prozent vom Stahlabschluß genommen. Das ist nicht willkürlich, sondern realistisch angesichts der Absichten der Kapitalisten und der Politik der Sozialdemokratie. Es handelt sich bei dem berechneten Betrieb um John Deere in Mannheim. Die Richtigkeit der Markforderung springt ins Auge. Sie hält die Belegschaft zusammen.

Durch den Akkordlohn kommen aber Verschiebungen innerhalb der Belegschaft zustande, die die Einheit gefährden. Dagegen kann man nur durch den Kampf für das Verbot der Akkordarbeit angehen. Ins Auge springt auch die Notwendigkeit der Abschaffung der unteren Lohngruppen. Von den Sozialdemokraten wird gegen die Markforderung eingewandt, sie diene den Akkordlöhnern. Erstens stimmt das nicht, denn der Akkord erhöht sich auch bei Prozenten. Zweitens ist es eine Gemeinheit. Gerade die untersten Lohngruppen sind zu Akkordarbeit gezwungen. Für sie ist die Markforderung gut. Das ist wahr. Sie ist vor allem auch gut, um gegen die Akkordarbeit zu kämpfen.

Die Strömung für die Forderungen in Mark und Pfennig, die Strömung für die Markforderung entspringt aus den Erfahrungen der Arbeiter während der ganzen letzten Jahre. In der Stahlindustrie haben sie sich bestätigt. Man muß diese Erfahrungen hochhalten. Sie sind das Wichtigste, was die Arbeiter haben. – (gs)



Klöckner Hagen-Haspe

Nach dem Lohnraubabschluß SPD-Parteibuch zurückgeschickt!

Klöckner Hagen-Haspe

Nach dem Lohnraubabschluß SPD-Parteibuch zurückgeschickt!

Am Freitag, dem 10.12., haben wir unsere letzte Schicht für dieses Jahr gefahren. Bis zum 10. Januar haben wir jetzt wieder Kurzarbeit. Wir haben viel diskutiert an diesem letzten Tag über den 6-Prozent-Abschluß und noch einmal unsere Erfahrungen des Lohnkampfs zusammengefaßt.

Bei der Aufstellung der Forderung war uns von Anfang an klar, daß nur eine Festgeldforderung für uns in Frage kam. Ein Arbeiter hat den Vorschlag gemacht: 1 DM mehr pro Stunde und die Absicherung der Zuschläge zu fordern. Gerade in unserer Situation war das die beste Forderung. Wir machen seit zwei Jahren Kurzarbeit, und ein Ende der Krise ist nicht in Sicht. Deshalb brauchen wir eine Erhöhung des Grundlohnes und Absicherung der Zulage bei Kurzarbeit. Wir gaben unserem Vertrauensmann eine Liste, auf der unsere Forderung stand, und forderten ihn auf, Unterschriften zu sammeln. Als wir nach einer Stunde das Ergebnis überprüften, stellten wir fest, daß der Vertrauensmann noch keine Unterschrift gesammelt hatte. „Die Leute wollen nicht", hat er uns gesagt. Er hatte aber bisher nur zwei Vorarbeiter gefragt. Ein anderer Kollege schnappte sich dann die Liste, und in einer halben Stunde hatten von 27 bis auf zwei alle unterschrieben. Trotzdem haben wir einen Fehler gemacht. Wir haben zwar eine Liste zur Drahtstraße weitergegeben, wo auch fast alle unterschrieben haben, aber wir haben es versäumt, die Listen an die beiden anderen Schichten weiterzugeben.

Das zahlte sich auf der Vertrauensleute-Vollversammlung aus, wo dann aus allen Abteilungen unterschiedliche Forderungen aufgestellt wurden. Die Schlosser und Elektriker unserer Schicht erklärten sich zwar solidarisch mit unserer Forderung, und eine Abteilung hatte eine Forderung von 150 DM aufgestellt, aber die „Prozent-Reiter" waren in der Mehrheit.

Ein Mitglied der IG Metall-Ortsverwaltung trat auf und sagte: „Festgeld geht nicht, darauf lassen sich die Kapitalisten nicht ein." 9 Prozent wurden dann verabschiedet. Uns war klar, wohin der Zug laufen sollte. „Die schließen doch höchstens bei 6 Prozent ab." Die Situation für Kampf war äußerst schlecht. Trotzdem mußte der Kampf geführt werden, unsere Lage erfordert es einfach.

Nach dem 5-Prozent-Angebot der Kapitalisten meinten die meisten: „Wir müssen streiken." Am Montag, vor der letzten Verhandlung ist nochmals eine Vertrauensleute-Vollversammlung gewesen. Es wurde beschlossen, ein Telegramm an die Große Tarifkommission zu schicken mit der Forderung, daß die 8,5 Prozent voll durchgesetzt werden müssen.

Einige Kollegen meinten, wir müssen jetzt einen Warnstreik organisieren. Unser Vertrauensmann sagte: „Nein, damit fallen wir unserer Verhandlungsführung nur in den Rükken." Am Dienstag wurde er wieder aufgefordert, da die Arbeiter wissen, daß sie eine organisierende Kraft brauchen. Er sagte uns, er hätte mit den Fertigwalzern und einigen Steuerleuten gesprochen, sie hätten ihn davongejagt, als er vom Streik gesprochen hätte. Außerdem könne man in Hagen nicht streiken. Die Arbeiter der Stahlwerke Südwestfalen hätten gesagt, sie wären mit 5,4 Prozent zufrieden. Am nächsten Morgen erfuhren wir aus der Lokalpresse, daß 500 Arbeiter der Frühschicht von „Südwestfalen" eine halbe Stunde gestreikt hatten.

Gleichzeitig damit liegt das 6-Prozent-Ergebnis auf dem Tisch. „Mehr war eben nicht drin", sagte er uns jetzt. Er kann sich nirgendwo mehr blicken lassen, überall wird er angegriffen.

Was sind jetzt die Lehren aus diesem Lohnkampf?

1. Wir müssen Vertrauensleute haben, die auch wirklich unsere Interessen vertreten.

2. Wir müssen Abteilungsversammlungen durchführen, wo wir uns untereinander absprechen können.

3. Unsere Forderung war richtig. Das hat der Lohnkampf gezeigt.

4. In der Verhandlungsführung sitzen dieselben Leute wie in der Regierung, die sich die Gehälter um 100 Prozent erhöhen und uns mit 6 Prozent abspeisen, und wir haben wieder weniger Geld in der Lohntüte.

Ein Kollege hat daraufhin diese Woche sein SPD-Parteibuch zurückgeschickt. Die Lehren werden wir auf der Belegschaftsversammlung, die nächste Woche stattfindet, vortragen müssen. – (h, Klöckner, Hagen)

Die Stahlarbeiter lehnen den Abschluß ab

Peine und Salzgitter

Peine. Am letzten Freitag morgen haben der Metallarbeitgeberverband Niedersachsen und die Verhandlungskommission der IG Metall für die Stahlwerke Peine und Salzgitter abgeschlossen. 6 % mehr Lohn und Gehalt wurden ausgehandelt, vermögenswirksame Leistungen wie in der Metallindustrie, ein Tag Urlaub und 32 DM Erhöhung der Lehrlingslöhne in allen Lehrjahren. Die Produktionsprämie soll um drei Pfennig ab 1. November und um weitere drei Pfennig ab 1. Mai 77 erhöht werden. Für das ganze Jahr, für das der Abschluß läuft, bringt das also 4,5 Pfennig. Insgesamt entspricht das Ergebnis in etwa dem von Nordrhein-Westfalen.

In der „Peiner Allgemeinen Zeitung" ist davon die Rede, daß die Verhandlungen mehrmals in einer „kritischen Situation" gewesen seien. Birnbaum hatte zunächst gar kein Angebot und wollte gar nichts zahlen. Das konnte er nicht durchsetzen. Nicht wegen der „Verhandlungskunst" der sozialdemokratischen Verhandlungskommission, die sich fünf Wochen auf der Nase herumtanzen ließ, anstatt die Verhandlungen abzubrechen, weil Birnbaum kein Angebot vorlegen ließ, sondern ausschließlich wegen der Streiks und Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen und weil er befürchtete, daß die Arbeiter bei Peine und Salzgitter ebenfalls solche Aktionen machen. Noch am Donnerstagvormittag wurde der Tarifkommission eine Resolution mit den Unterschriften von an die 100 Lehrlingen übergeben, in der sie aufgefordert wurde, nicht mit 6 % wie in Nordrhein-Westfalen abzuschließen. An den Arbeitern hats nicht gelegen. „Wir stehen hinter Euch", hieß es in der Resolution der Lehrlinge.

Birnbaum wird jetzt denken, er kann nachsetzen und noch weiter draufhauen. Für das erste Quartal 1977, spätestens ab Februar, ist Kurzarbeit vorgesehen. Bekannt ist, wie er die letzte Kurzarbeit nutzte, um die Arbeitshetze zu steigern. An den Produktionszahlen pro Arbeiterstunde kann man das Ergebnis gut sehen: im Peiner Blasstahlwerk sind sie seit Ende letzten Jahres ständig gestiegen. Von April auf Mai, im Monat nach der letzten Kurzarbeit, allein um 10,5 %. Bei den Angestellten wurde die Kurzarbeit genutzt, um zu sehen, wie die 10 % Angestellten eingespart werden können, die Birnbaum wegrationalisieren will. Gleichzeitig bereichern sich die Kapitalisten an den Versicherungsgeldern, die die Arbeiter selbst eingezahlt haben. Das Kurzarbeitergeld wird ja aus der Arbeitslosenkasse gezahlt. Sicher annehmen kann man, daß Birnbaum dies Mal auch die Schichtzulagen nicht weiterzahlen will, wie noch bei der letzten Kurzarbeit. Ob es ihm gelingen wird, das durchzusetzen, ist fraglich. Die Arbeiter haben im letzten Jahr an allen möglichen Punkten gegen die Verschärfung der Arbeitshetze gekämpft. In der Tarifrunde haben sie gesehen, wer auf ihrer Seite steht und wer nicht. Über den Abschluß sind viele empört und sagen, daß es so nicht weitergeht.

Am Montag tagt die Große Tarifkommission der IG Metall. Die Lehrlinge wollen die auffordern, nicht zuzustimmen. Am Dienstag sind in Peine die ersten Teilversammlungen der Belegschaftsversammlung. Das können die Arbeiter nutzen für ihre Interessen. Es ist jedenfalls noch nicht aller Tage Abend, auch nicht im Lohnkampf. – (w, Stadtzelle Peine)

Klöckner Osnabrück

Osnabrück. Nachdem am Mittwoch, den 8.12. die Große Tarifkommission in Nordrhein-Westfalen dem 6 %-Abschluß zugestimmt hat, waren die Stahlarbeiter bei Klöckner empört. Am Freitag ist die Tarifkommssion für Klöckner und Georgsmarien-Hütte zusammengekommen und hat festgelegt, daß das Ergebnis mindestens genauso hoch sein soll, wie in NRW. Damit haben sie grünes Licht für einen Lohnraubabschluß für Klöckner in den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband NRW gegeben. Diese Verhandlungen sollen am Donnerstag im Kasino-Hotel in Georgsmarienhütte stattfinden.

Die meisten Kollegen sagten: „Die hätten das Ergebnis ablehnen müssen". Mit den 6 % können die Stahlarbeiter nicht zufrieden sein. Das beweisen auch die Lohnberechnungen. Oskar Hummel, stellvertretender Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Osnabrück der IG Metall, bezeichnete den Abschluß als ein akzeptables Ergebnis, das durch die harte Verhandlung der IGM und der Solidarität der Stahlarbeiter gegenüber der starren Haltung des Arbeitgeberverbandes durchgesetzt werden konnte. Doch die Debatten im Betrieb zeigen, daß die Stahlarbeiter dieses Ergebnis nicht hinzunehmen bereit sind. So sagte ein Kollege: „Gegen die 6 % läßt sich im Augenblick schlecht was machen, das haben uns die da oben bei der IGM eingebrockt. Normalerweise hätten wir streiken müssen. Damals im Herbst 69, da hat es sich gelohnt. Da ist auch was bei rausgekommen. Wenn es wieder warm wird, dann müssen wir mal wieder auf die grüne Wiese gehen."

Heftiger Konkurrenzkampf in der Schiffsbauindustrie. Der Vorstandssprecher der AG Weser erklärte, „daß bis 1980 in der Welt mindestens 50 % an Werftkapazität zuviel vorhanden sei." (Handelsblatt vom 9.12.76) Der Kampf um Weltmarktanteile ist hart. Die westdeutsche Schiffsbaukapitalisten haben Rückschläge erhalten. Ihr Marktanteil ist von 6 bis 7 % auf 2 % gefallen, sie liegen an 8. Stelle, „noch hinter Spanien, England, Brasilien und Südkorea", wie die Wirtschaftszeitung der Kapitalisten „Handelsblatt" erbittert feststellt. Der Anteil der japanischen Kapitalisten aus Bestellungen an Neutonnage ist seit 1971 von 45 auf 54 % gestiegen. An der Stärkung der westdeutschen Schiffsbaukapitalisten gegenüber ihren Konkurrenten haben die Arbeiter in Westdeutschland keinerlei Interesse. Denn jede Stärkung der Kapitalisten heißt, daß sie die Ausbeutung erfolgreich verschärfen konnten. Im Gegenteil können die Arbeiter die Konkurrenz der Kapitalisten nutzen bei ihrem Kampf um mehr Lohn.

Unermeßlicher Reichtum – unermeßliche Gier. Die Dressurreiterin Lieselotte Linsenhoff lebt von der Ausbeutung der Arbeiter beim Meßgerätekonzern VDO. Wie groß ihr Reichtum ist, wurde ersichtlich aus dem Steuerstreit, in dem sie mit dem bürgerlichen Staat gelegen hat und der im Sinne ihrer Gier entschieden wurde. Aufgrund ihrer Wohnsitzverlegung in die Schweiz 1972 sollte sie 30 Millionen DM „Fluchtsteuern" zahlen. Diese Steuern wurden ihr jetzt per Gerichtsbeschluß erlassen. 30 Millionen DM sind nur ein kleiner Teil ihres Profits. Die Pferdefreundin, die in ihre Pferdeställe Klimaanlagen hat einbauen lassen, ist berüchtigt für ihre üblen Ausbeutungsmethoden. Die meist gezahlten Löhne bei VDO liegen in den unteren Lohngruppen 2 und 3. Ständig werden den Arbeitern bis zu zehn Überstunden pro Woche abgepreßt. Samstagsarbeit ist die Regel. Durch Einführung von Gruppenakkord soll die Antreiberei weiter verschärft werden. Dagegen gibt es Kampf. Der bürgerliche Staat mag den Kapitalisten die Steuern aus dem Profit erlassen. Die Arbeiterklasse wird den imperialistischen Staat zerschlagen, die Kapitalisten enteignen und die gesellschaftliche Produktion in ihre Hände nehmen.

Profit erlassen. Die Arbeiterklasse wird den imperialistischen Staat zerschlagen, die Kapitalisten enteignen und die gesellschaftliche Produktion in ihre Hände nehmen.

Velbert. Bei der Firma Witte wurde ein Arbeiter gekündigt, weil er sich auf der Betriebsversammlung gegen die Überstundenschinderei und für den Kampf gegen die Kapitalisten ausgesprochen hatte. Die Arbeiter von Witte haben diesen Angriff der Kapitalisten nicht hingenommen. Innerhalb weniger Minuten unterschrieben 35 von 43 Arbeitern aus der Montage eine Erklärung, in der es u.a. hieß: „Die Kündigung verfolgt den Zweck, solche Kollegen mundtot zu machen. Wir fordern die Geschäftsleitung auf, die Kündigung gegen den Kollegen Brost zurückzunehmen."

Köln. In der Halle 100 Kleinmotorenproduktion bei Klöckner Humboldt Deutz wurden in den letzten Tagen Aufkleber geklebt, auf denen 1 DM pro Stunde gefordert wird. Mehrere Staplerfahrer der Halle 100 hatten eine Solidaritätsresolution für den Kampf der Stahlarbeiter an den Vertrauensleutekörper der Klöcknerhütte Bremen und an die „Metall"-Zeitschrift geschickt, in der es unter anderem hieß: „ . . . Die beste Unterstützung besteht darin, daß wir in der metallverarbeitenden Industrie den Tarifkampf entschlossen vorbereiten . . . Die Unterzeichner sind der Meinung, daß in der Tarifrunde 1 DM mehr für alle gefordert werden muß." Die Kapitalisten reagierten sofort auf die Aufkleber. Die Arbeiter wurden einzeln einem Verhör unterzogen. Sie sollten die Namen der Kleber bekannt geben. Damit hatten die Kapitalisten keinen Erfolg.

Klöckner Bremen. Der 6 %-Abschluß ist eine Niederlage für die Stahlarbeiter, aber der Kampfeswille ist nicht gebrochen. Die Reformisten und Revisionisten im Betriebsrat und in der Vertrauenskörperleitung, die den Kampf mit allen Mitteln hintertrieben haben, stellen sich heute hin und schlagen vor, „in Zukunft die Kraft der IGM in die Waagschale zu werfen für ausreichende Lohnerhöhungen". Die Arbeiter lassen sich nicht auf die Zukunft vertrösten, sie führen jetzt die Auseinandersetzung über die Tarifrunde und die anstehenden Kämpfe.

Die Arbeiter vom Hochofen und vom LD-Stahlwerk, die erst sagten, daß ein Streik den Kapitalisten nicht schade, sagen heute, daß der Streik im Kaltwalzwerk und die Demonstration richtig waren. „Jetzt müssen die Anlagen langsamer gefahren werden", sagen viele, und in allen Bereichen wird darüber gesprochen, wie die weiteren Angriffe abgewehrt werden können.

Auf der Demonstration zum Gewerkschaftshaus haben die Klöckner-Arbeiter für einige Zeit die Schienen blockiert. Diese Aktion findet große Unterstützung. Klar ist, daß die Fahrpreiserhöhungen nur verhindert werden können „wie 68, durch Blockade der Schienen, wie sonst?!" Ein anderer Punkt der Auseinandersetzung ist die Koppelung der Rentenerhöhung an die Erhöhung der Löhne. Es wird gesehen, daß dieser Lohnraubabschluß viele Rentner früher ins Grab stürzt und daß der Kampf um die Versicherungen geführt werden muß. – (Zelle Klöckner Bremen)

IG-Metall-Nordverbund stellt Forderung auf. Auf der gemeinsamen Sitzung der Tarifkommissionen von Schleswig-Holstein, Hamburg, Unterweser und Nordwestliches Niedersachsen vom 14. Dezember wurde die Forderung von 9,6 Prozent, mindestens 125 DM aufgestellt. Mit dieser Aufstellung wollen die Sozialdemokraten ein Manöver einleiten, das auf Spaltung der Bewegung in der Metallindustrie geht. Ein Festbetrag von 1 DM ist die Forderung der Arbeiter in vielen Betrieben. Diese Forderung ist richtig und die einzige, die den Streik gegen die Kapitalisten auf einer richtigen Linie entfalten kann.

Hamburg. Die gewerkschaftliche Mitgliederversammlung der **Reynolds Aluminiumhütte** hat mehrheitlich 1,00 DM mehr für alle gefordert und den Vertrauensleutekörper aufgefordert, die Unterschriftensammlung dafür weiterzuführen. Die Vertrauensleute haben daraufhin beschlossen, eine Festgeldforderung aufzustellen.

Die Bordmontage auf der **HDW** fordert 1,50 DM für alle, zwei Abteilungen haben 1,00 DM mehr für alle gefordert.

Die gewerkschaftliche Mitgliederversammlung bei **Thyssen-Aufzüge** hat 180 DM für die Lohngruppen 2 bis 6 beschlossen.

Bei **Kolbenschmidt** werden mindestens 160 DM für die Lohngruppen 2 bis 6 gefordert, und 11 % für die Lohngruppen 7 bis 9.

Lüneburg. Drei Abteilungen von Artos haben mehrheitlich 1,00 DM mehr für alle gefordert.

Lübeck. „Die industriellen Umsätze im Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck sind im ersten Halbjahr 1976 um 14,4 % gestiegen. Die Zahl der im Kammerbereich in der Industrie Beschäftigten ging im Zeitraum dagegen trotz des Umsatzwachstums um 3,3 % zurück auf jetzt 69 200." (Halbjahresbericht 1976 der Industrie- und Handelskammer Lübeck)

Bei den Drägerwerken AG (Medizin- und Tieftauchtechnik) z.B. wurde in dieser Zeit der Umsatz um 27 % auf 237 Mill.DM gesteigert. Der Jahresüberschuß von 7,7 Mill.DM reichte für eine Dividende von 10 %. Diese zussätzlichen Millionen wurden den 4 200 Beschäftigten der Drägerwerke AG abgepreßt durch die Einführung der zweiten Schicht in zwei Abteilungen und die Kürzung der Verteilzeit in der Klempnerei, Stanzerei und Schlosserei. Unter Verteilzeit versteht man die Zeit, die die Arbeiter brauchen, um Bohrer anzuschleifen oder auf die Toilette zu gehen. In der Klempnerei ist die Verteilzeit von 16,4 % auf 13 % gedrückt worden, 9 % sollen erreicht werden. Heute schon arbeiten so die Klempner pro Tag 15 Minuten länger für den Kapitalisten. Außerdem soll vom 26.12. bis 2.1.77 und vom 30.1. bis 6.2. kurzgearbeitet werden. Für diese Zeit spart der Kapitalist am Lohn und wird die Kurzarbeit dazu genutzt, die Arbeit zu intensivieren.

Siemens München. 1977 sollen im Werk Hoffmanstraße „maschinenlesbare Magnetkarten" eingeführt werden. Sie sollen gleichzeitig als Werksausweise und Stempelkarten dienen. Beim Betreten des
Stempelkarten dienen. Beim Betreten des
Werks, anderen Abteilungen, der Kantine usw. müssen sie in Registrierautomaten gesteckt werden. Uhrzeit, Personalnummer usw. werden zentral gespeichert. Mit dieser „Modernisierung" wollen sich die Siemenskapitalisten die Möglichkeit verschaffen, „Lücken" im Arbeitstag zu finden, die sie durch Rationalisierung und verschärfte Antreiberei verdichten wollen.

Bekannt sind Entlassungspläne im Zentrallabor von 130 Kollegen (10 %) und der Fernschreiberabteilung mit 15 Kollegen (12 %). Die Mitgliederversammlung der IG Metall, Bereich Datenverarbeitung, hat die Forderung beschlossen: Offenlegung aller Pläne in Bezug auf die Einführung von Magnetkarten. Weiter: Für die Tarifverhandlung muß eine Festgeldforderung aufgestellt werden. Mehrere Kollegen haben sich für 170 bis 180 DM ausgesprochen.

BMW München. Am 4-Zylinderband wurde gegen die Erhöhung der Bandgeschwindigkeit gestreikt. Statt über die bisher üblichen 418 Motoren hinaus weiterzuarbeiten, haben sich die Arbeiter am Band versammelt, den Betriebsrat herbeizitiert und ihm klargemacht: mehr als bisher läuft auf keinen Fall, weil das schon zuviel ist. Mit solchen Kurzstreiks haben die Arbeiter im ganzen Motorenbau während der letzten 8 bis 9 Monate den Kampf gegen die Verschärfung der Akkordschinderei aufgenommen.

Genauso lassen sich immer weniger Arbeiter die Ausweitung der Überstundenschinderei aufzwingen. In etlichen Abteilungen werden mehrheitlich Samstagsarbeit und Sonderschichten verweigert.

Stuttgart. Die Mitgliederversammlung des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck hat am 13.12.76 die Forderung nach 1 DM mehr für alle für den Tarifkampf aufgestellt. Die Forderung wurde von den 70 Anwesenden mit nur 3 Gegenstimmen verabschiedet. Für die Lehrlinge wurden 600 DM Existenzlohn gefordert. Weiter stellten die Mitglieder den Antrag an den Hauptvorstand, daß Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres Mitglieder der IG Druck und Papier werden können.

Betriebsversammlung VW Wolfsburg:

Die Mehrheit ist für Festgeldforderung

Schmücker hat durch Entlassungen, Rationalisierungen und Mehrarbeit aus der Belegschaft schon vor Jahresende eine Milliarde DM Reingewinn herausgeschunden. Am Freitag kurz vor Feierabend wurde bekannt, daß im Laufe des nächsten halben Jahres erneut wieder 12 Sonderschichten gefahren werden sollen. Das Geschäft läuft, und die Lieferfristen der Autos sollen verkürzt werden.

Fast jeden Samstag arbeiten die Werkzeugmacherabteilungen im Schnittbau. An den Bändern wird oft 10 Stunden gearbeitet neben den durchgeführten Sonderschichten. In verschiedenen Abteilungen soll auch zwischen Weihnachten und Neujahr gearbeitet werden, was Ausdruck der „Personalpolitk der mittleren Linie" ist.

Der Betriebsratsvorsitzende Ehlers ließ ein Interview in Schmückers Hauspostille „Autogramm" abdrukken mit mehreren protzigen Bildern von sich, in dem er die Personalpolitik der mittleren Linie" hochjubelte. Was die Arbeiter davon halten, drückte einer so aus: „Das ist wie in Italien. Das Volk ist ausgemergelt und die Pfaffen werden immer fetter. Wir VW-Arbeiter sind ausgemergelt, und der Ehlers wird auch immer fetter."

Unter den Arbeitern gibt es eine breite Bewegung für Festgeldforderung in Höhe von 180 DM.

Diese Punkte standen auf der Betriebsversammlung am Montag im Raum. Der Betriebsratsvorsitzende Ehlers redete lange über Nebensächliches und dafür, daß die Politik der Sonderschichten fortgeführt werden soll.

Schmücker hat viel vor. Entsprechend trat er auf: Er sei uns dankbar für die bereitwillige Mitarbeit in den Sonderschichten, verhöhnte er die Belegschaft. Solange man die Konkurrenten nicht eingeholt hätte, sei das Ganze nicht befriedigend, meinte er, und daher müßten alle vertretbaren Rationalisierungsmaßnahmen wahrgenommen werden. In Südafrika machten sich die Genfer Rhodesienverhandlungen bemerkbar, und man müsse wie auch hier Arbeiter entlassen, genau wie in Mexiko, wo die Belegschaft um 3 000 Arbeiter reduziert werden soll. „1974 sind wir mit Blaulicht ins Krankenhaus eingeliefert worden. 1975 lagen wir auf der Intensivstation. 1976 wurden wir nach Hause geschickt und 1977 ist die Nachkur." Was er darunter versteht, das machten die Arbeiter, die sich zu Wort meldeten, klar:
Wort meldeten, klar:

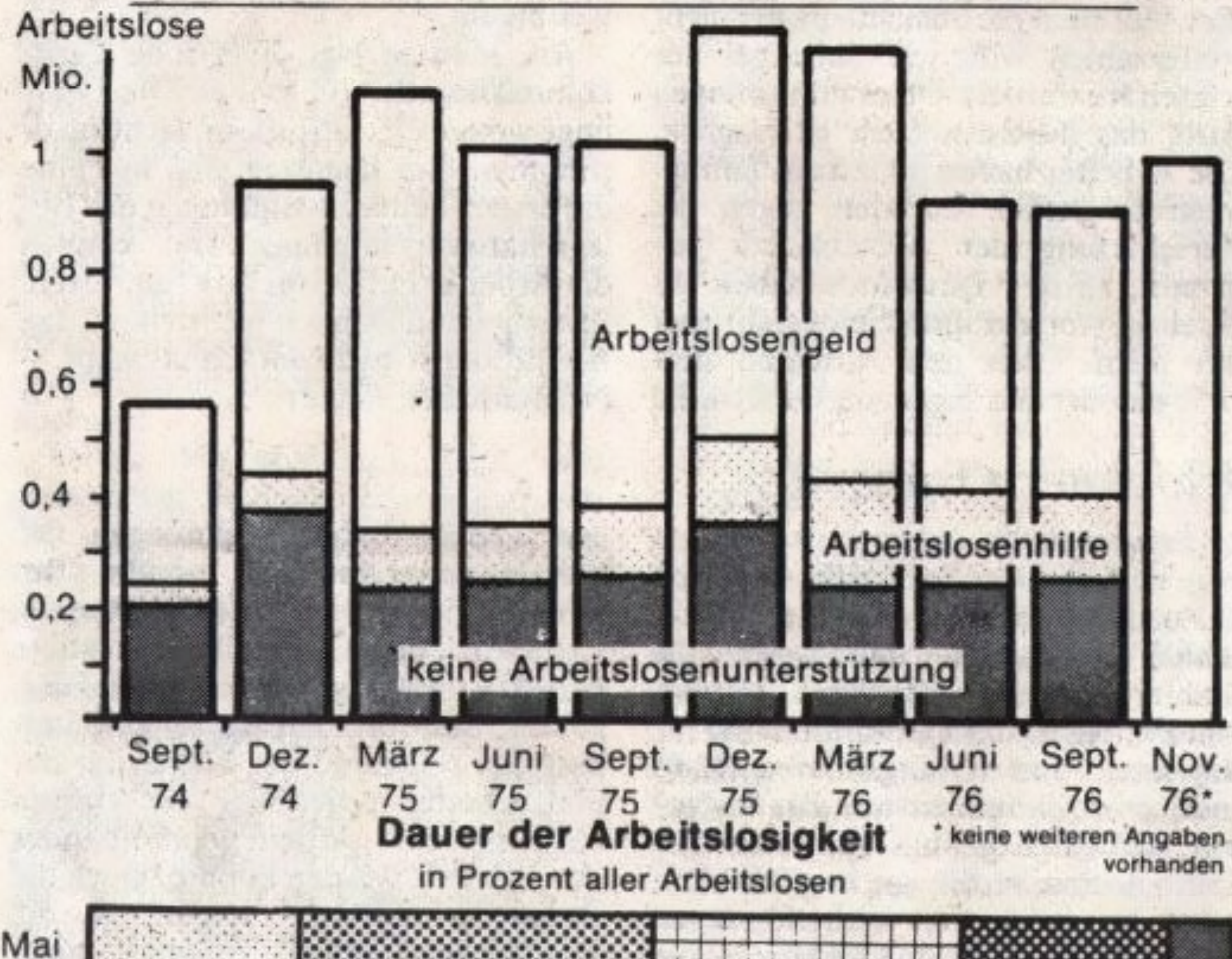
An den Montagebändern werden vorbereitende Zeitnehmungen für den erneuten Versuch der Stückzahlanhebung auf 300 (bisher 284) getroffen. „18 Sonderschichten hat es bisher schon gegeben, das heißt, jede Schicht in der Produktion hat zwei Wochen länger als normal gearbeitet," wies ein Genosse der Betriebszelle des KBW nach und bekam mehrmals für sein Auftreten gegen die geplanten Sonderschichten Beifall, als er die Verantwortlichen dafür angriff, Schmücker und den Betriebsrat, der seine eigenen Betriebsvereinbarungen, die bis zum März jegliche Zusatzschichten ausschlossen, über den Haufen werfen will.

Allein 6 Redner berichteten aus ihren Abteilungen, daß die Mehrheit dort für Festgeld, zumeist in Höhe von 180 DM, sei. Die meisten Redner gingen auf die Steuerprogression ein und sprachen sich für die Anhebung des Steuerfreibetrages aus und dagegen, daß deshalb die Arbeiter im Lohnkampf zurückhalten sollten. In verschiedenen Beiträgen der Genossen der Betriebszelle wurden Schmückers wahre Absichten enthüllt. „Damit man die Erfolge des Herrn Schmücker in ganzer Größe messen kann, muß man auch die andere Seite sehen, unsere Seite sehen. Dazu zwei Beispiele: Ein Arbeiter aus der Halle stirbt nach seiner letzten Nachtschicht am Herzinfarkt. 25 Jahre hat der Kollege drei Schichten gearbeitet. Die Normalschicht, die ihm jetzt großzügig zugestanden wurde, hat er nicht mehr erlebt. Ein 40jähriger Arbeiter aus der Halle 12 (Endmontage) stirbt ebenfalls an Herzinfarkt. 1 Milliarde DM hat Schmücker aus den VW-Arbeitern herausgesaugt in einem Jahr. Und er will noch mehr. „Kollegen, achtet auf die, die immer ‚liebe Mitarbeiter' zu uns sagen, die wollen nicht nur, daß wir keine Weihnachtsgans bekommen, sondern, daß wir im Armenhaus landen".

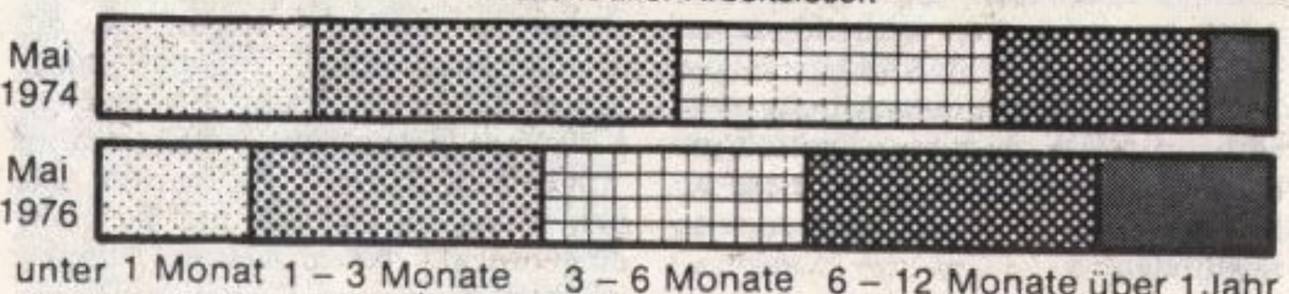
Zwar war diese Versammlung nicht so groß wie sonst, aber das Auftreten der elf Arbeiter wurde von vielen im Stehen verfolgt. Die Sozialdemokraten waren am Ende völlig in der Defensive, so daß sich der IGM-Bevollmächtigte nochmals zu Wort meldete. Sein Angriff galt jetzt dem KBW. Er zitierte aus der Betriebszeitung gute Passagen und wollte die Reden der Genossen dadurch in den Dreck ziehen, daß sie ja alle aus der IGM ausgeschlossen seien.

Der Leiter der Versammlung ging in seinem Schlußwort ebenfalls auf den KBW ein und versuchte die 180 DM als KBW-Forderungen abzustempeln, hinter denen ja eh keiner stehen würde. Ein spontanes Pfeifkonzert unterbrach ihn. Die Arbeiter standen auf den Bänken, drohten mit Fäusten und schrien ihn nieder. Sie sind für Festgeld. Kleinlaut und verschüchtert kam er zum Ende seines Schlußwortes und mußte sagen, daß die Tarifkommission alle Forderungen beraten würde, daß die Rationalisierungen schon lange die Grenze des Erträglichen erreicht hät-
Grenze des Erträglichen erreicht hät-
ten und man in dem anstehenden Lohnkampf sich nicht von notwendigen Forderungen abbringen lassen würde.

Als wir die Versammlung verließen, meinte ein Arbeiter: „Du, sag' mal: Haben die gesagt, das sind alles Kommunisten, die die 180 Mark vertreten?" und weiter: „ Ich bin kein Kommunist. Ich bin hier Vertrauensmann und bin für Festgeld. Schon seit drei Jahren sind wir alle bei uns für Festgeld. Wenn das diesmal nicht durchkommt, dann ist was los." – (wk)



Dauer der Arbeitslosigkeit
in Prozent aller Arbeitslosen



Gesetzmäßig bildet die kapitalistische Akkumulation eine industrielle Reservearmee, die ihren tiefsten Niederschlag in einer wachsenden Masse verarmter Arbeiter findet. In den letzten beiden Jahren hat sich diese Gesetzmäßigkeit voll entfaltet.

Schmücker: Größter Schinder der Arbeiterklasse

„Aus einer Milliarde Verluste (1974) eine Milliarde Gewinn (1976) zu machen, das allein wäre genug, mit dem Spitzenmann das Unternehmen zu ehren", schreibt die „Wirtschaftswoche", die Schmücker zum „Manager des Jahres" kürte. Im letzten Jahr kürte sie den Schinder der Stahlarbeiter von Mannesmann, Overbeck. Schmücker klatschte damals Beifall.

Die „Wirtschaftswoche" ernennt die Vorbilder für die westdeutsche Bourgeoisie. Sie benennt damit die größten Schinder der Arbeiterklasse.

Die Vorbildlichkeit Schmückers besteht nicht darin, vom Allheilmittel Profit zu reden, sondern davon, wie ist Höchstprofit zu erreichen gerade in und unter Ausnutzung der Wirtschaftskrise. „Aus unserer Sicht wäre es wunderschön, wenn die Wachstumsraten der fünfziger und sechziger Jahre weitergingen. Aber die Wachstumsraten haben uns und unserem Land auch Probleme gebracht." Schmücker kennzeichnet damit treffend den Zustand der Bourgeoisie: Sie ist unfähig, die Produktivkräfte zu entfalten, sondern besitzt nur die Fähigkeit, sie zu vernichten. Das war Schmückers große Tat. Die Entlassung von 25 000 VW-Arbeitern und die Brachlegung von Maschinen und Anlagen waren der Kern des S-1-Plans. Dafür haben ihm die Redakteure der „Wirtschaftswoche" den ersten Pluspunkt gegeben.

„Ich kann nicht einsehen, daß man immer große Wachstumsraten haben muß. Es ist unsere Aufgabe, mit vertretbarem Niveau betriebswirtschaftlich zurechtzukommen." Nicht Vergrößerung der Anlagen und Maschinen und Einstellung neuer Arbeiter,, um die Produktion zu erhöhen, sondern intensivere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft durch 32 Sonderschichten und vielfältige Akkordsteigerungen heißt die Parole. „Verdient wird nunmehr bei einer Auslastung von 60 %"

„Obwohl für die beispiellose Personalaktion 200 Millionen DM fällig wurden, waren die Entlassungen schon im Herbst 1975 in der Ertragsrechnung zu spüren. 1976 hat sich die Entscheidung voll ausgewirkt. 700 bis 800 Millionen DM an Personalkosten wurden eingespart." (Wirtschaftswoche)

„Nicht Manager des Jahres, sondern Ausbeuter des Jahres", sagen die Arbeiter im Werk.

„Sein größtes Talent ist die Diplomatie", schreibt die „Wirtschaftswoche". Die hat er bei allen seinen Angriffen auf die Arbeiter angewandt. Waren es die Massenentlassungen oder die geplanten Stückzahlerhöhungen an den Montagebändern, stets hat er die Sozialdemokraten aus dem Betriebsrat versucht hineinzuziehen und in sein Netz zu verstrikken.

Der SPDler Loderer ist aufgetreten, daß der Bau des US-Werkes der Sicherung der Arbeitsplätze dient. Inzwischen soll bereits ein Preßwerk gebaut werden, und laut Schmücker sind schon Überlegungen für ein Motoren- und Karosseriewerk im Gange. Durch „Diplomatie" hat er die Funktionäre der SPD zur Unterstützung für die Expansion des VW-Konzerns gewonnen. Das ist viel wert für die Kapitalisten, weil es oft der Garant dafür ist, daß die Arbeiterklasse ihren Plänen nicht einen Strich durch die Rechnung macht.

Nicht alles ist ihm gelungen. Der große Coup, die Bandstückzahlen zu erhöhen, hat auch trotz Teilnahme von SPD-Funktionären nicht geklappt, weil die Arbeiter dagegen gestreikt hätten.

Die Milliarde Gewinn, die durch Verschärfung der Ausbeutung eingestrichen worden ist, reicht ihm nicht. „Solange andere Hauptkonkurrenten relativ mehr verdienen, sehe ich meine Aufgabe und die meiner Kollegen nicht als erledigt an."

Ein Vorbild für die Bourgeoisie hat gesprochen. Wenn sie auch nicht fähig ist, die Produktion zu entfalten, den Profit zu erhöhen, traut sie sich allemal. Zur Zeit beträgt der Gewinn am Umsatz bei VW 4 bis 5 %, bei General Motors beträgt er 14 %. Schmücker setzt alles daran, den eingeschlagenen Weg fortzuschreiten, und hat ein „ehrbares" Ziel vor Augen.

Schmücker will in der Lohnauseinandersetzung einen großen Schritt voran machen. Das wird von den VW-Arbeitern gesehen. Es gibt deshalb eine breite Bewegung in Wolfsburg für eine Festgeldforderung von 180 DM, weil der Gedanke an Streik wächst. Es ist gut möglich, daß der Manager des Jahres 1976, der derzeit rumläuft wie ein aufgeblasener Salongockel, schon Anfang 1977 ein gerupftes Huhn abgeben wird. Denn im Gegensatz zu ihm haben die VW-Arbeiter die Fähigkeit zur Produktion. Sie haben auch die Fähigkeit zum Streik, das hat er im letzten Lohnkampf schon erleben müssen. – (Betriebszelle VW)

Unersättliche Profitgier der Autokapitalisten. Der Verband der Autoindustrie hat sich unzufrieden über die Lage auf dem Automobilmarkt geäußert. Das sind die Tatsachen: Außer BMW, dessen Neuzulassungen im Durchschnitt der ersten 10 Monate 1976 gegenüber 75 um 0,1 % zurückging, verzeichneten die anderen westdeutschen Autokonzerne Zuwachsraten bis zu 191,5 % (Porsche). Die Produktion bei Daimler Benz wurde um 20 000 Einheiten gleich 5,7 % ausgeweitet, bei VW um knapp 10 %, Opel um 28 %, Ford um 18,2 %. Die anderen europäischen Autokonzerne wurden zurückgeschlagen, die Position der westdeutschen Autokapitalisten auf dem europäischen Markt hat sich gefestigt. Das reicht ihnen längst nicht. Unzufrieden sind sie vor allem mit dem USA-Geschäft, wo der Absatz gegenüber 73 um 15 % zurückging. „Der Verteilungskampf (überfordere) die Wirtschaft", jammern sie. Es „bedarf eines Konsensus zwischen den Tarifpartnern" (Mannheimer Morgen, 11.12.76). Mit anderen Worten: durch Lohndrückerei und verschärfte Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter wollen sie ihren Vorsprung auf dem europäischen Markt ausbauen und die Expansion auf dem US-Markt vorantreiben.

Die Konzentration auf dem Sektor des Nutzfahrzeugbaus in Westdeutschland hat mit der Produktionskooperation zwischen VW und MAN auf dem Sektor der Lastwagen bis zu 11t eine neue Stufe erreicht. Für den VW-Konzern und MAN bedeutet dieser Schritt eine Ausweitung ihrer Profitproduktion in bisher feste Bereiche anderer imperialistischer Konkurrenten in Westdeutschland, besonders Daimler-Benz. VW produzierte bisher Lastwagen bis zu vier Tonnen und hatte hier einen Produktionsanteil von ca. 75%. MAN hatte in der Klasse ab zehn Tonnen einen Produktionsanteil von 13 - 17%. Für den westdeutschen Imperialismus ist dies ein wichtiger Schritt, gestützt auf das weltweite Vertriebsnetz des VW-Konzerns, ihren imperialistischen Konkurrenten, besonders dem japanischen Imperialismus, Weltmarktanteile abzujagen. Die japanischen Automobilkapitalisten haben die Produktion von 159 130 Lastwagen über sechs Tonnen 1975 (zum Vergleich: Westdeutschland 133 999) auf 104 771 (Westdeutschland 69 570) zum Ende des 1. Halbjahres 1976 erhöht.

Mit dem Jammern über „Personalzusatzkosten" tragen die Kapitalisten einen ideologischen Angriff gegen die Lohnabhängigen vor, der der Durchsetzung ihrer Lohnraubabsichten dient. (Vgl. KVZ Nr. 46, Seite 6) Ihre Aufrechnungen werden immer ausgeklügelter und frecher. Das Institut der deutschen Wirtschaft fand jetzt heraus: „So können z.B. die Aufwendungen für die Lohnsummensteuer durchaus als Bestandteil der Personalkosten angesehen werden, ebenso die Arbeitskosten der Personalabteilung für die Bearbeitung der Steuer- und Sozialabgaben sowie die Kosten für die Einarbeitung neu eingestellter Mitarbeiter." (Handelsblatt, 10./11. Dez. 1976) Auch „Aufwendungen zur Humanisierung der Arbeitsplätze" seien Personalzusatzkosten. Die „Aufwendungen zur Humanisierung der Arbeitswelt" sind Aufwendungen für die Verschärfung der Ausbeutung (wie z.B. Gleitzeit, bezahlte Kurzpausen usw. – vgl. KVZ 48). Der bürgerliche Staat plündert die Lohnabhängigen mittels Steuern aus. Die Kosten für all dies, das der Aufrechterhaltung der Ausbeutung und der Herrschaft der Ausbeuter dient, wollen die Bourgeoisvertreter jetzt dem Lohn zuschlagen, um ihn unter Hinweis auf die „hohen Zusatzkosten" zu kürzen.

Neueste Taktik der Sozialdemokraten:

Mit Mindest- und Höchstbeträgen die Festgeldforderung beseitigen

In den verschiedenen Tarifbezirken der Gewerkschaft ÖTV werden derzeit auf Kreisebene von den Sozialdemokraten eine Reihe von „Zusätzen“ zu dem Vorschlag des Geschäftsführenden Hauptvorstandes auf die 8 Prozent beschlossen.

In Heidelberg auf Vorschlag des Kreisvorsitzenden Stein eine Mindestforderung von 140 DM, in Westberlin steht der Vorschlag nach einem Höchstbetrag ebenfalls von der Gewerkschaftsführung aufgestellt.

Das wird gemacht, damit am 19. Januar dann viele verschiedene Forderungen auf dem Tisch liegen, die sich auf den Vorschlag des Hauptvorstandes beziehen lassen, ihn sozusagen lediglich ergänzen.

Es wird dann der Großen Tarifkommission erleichtert, den „ausgewogenen“ Vorschlag des Hauptvorstandes zu verabschieden.

Die Sozialdemokraten stellen sich vor, daß sie mit dieser Taktik die einheitliche und kämpferische Bewegung für eine Festgeldforderung durcheinanderwirbeln und spalten können. Der Regierung wollen sie einen Abschluß vorbereiten, der den höheren Beamten eine Steigerung ihres Einkommens sichert, was über wenige Prozente zu erreichen ist und ansonsten in die „Landschaft“ der Lohndrückerei paßt.

Da es ohne Zusammenschluß der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gar nichts geben wird, hat sich Heinz Kluncker bei der Begründung seines Forderungsvorschlags auch zu seiner Durchsetzung geäußert: „Die Arbeiter und Angestellten, die ohnehin in der schwächeren Position sind, müssen sich zusammenschließen, um gegen die geschlossene Front des Tarifpartners überhaupt ein Gegengewicht bilden zu können.“ Das ist richtig.

Die Einheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist aber da und entschlossen, sich um eine Festgeldforderung zusammenzuschließen und den Lohnkampf vorzubereiten.

Geschwächt wird diese Front durch Kluncker selber, der akzeptiert, daß die Beamten, für die der Abschluß ebenfalls gelten wird, vom Lohnkampf ausgeschlossen bleiben. 672 703 Beamte sind in den DGB-Gewerkschaften organisiert – 34 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder in öffentlichen Diensten. Ein wesentliches Zugeständnis an den bürgerlichen Staat, ein Drittel aller Mitglieder aus dem Lohnkampf herauszuhalten.

Den Dienstherren, den Sozialdemokraten in der Regierung wie in der Gewerkschaftsführung ist diese Einheit der Beschäftigten längst zu breit und zu stark. Sie wächst täglich im Kampf gegen die kapitalistische Regierung und politische Entrechtung. Sie reicht heute schon weit in die Reihen der beamteten Lehrer hinein, die in Hessen den Streik gegen Nichteinstellung und Rationalisierung beschlossen haben. Die Lehrer fallen in die Kategorie, die die Staatsmacht mit „gehobener Dienst“ bezeichnet.

Den Streikbeschluß der Lehrer hat die sozialdemokratische Führung der GEW sabotiert. Tatsächlich sind die Sozialdemokraten überall dabei, mit allen Mitteln die Einheit der Beschäftigten zu spalten.

Ihr Manöver von Mindest- und Höchstbeträgen ergänzt die ÖTV-Spitze durch Materialien zur Vorbereitung der Lohnbewegung, die gemäß dem Beschluß des Gewerkschaftstages im Sommer 1976 getrennt für die einzelnen Tarifbezirke herausgegeben werden.

Das Kernstück umfangreicher Tabellen ist, Spaltung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, die an vorderster Front im Lohnkampf stehen.

In endlosen Zahlenreihen über viele Jahre hinweg wird vorgerechnet, daß die Arbeiter gegen die Gleichmacherei (Nivellierung) in ihren eigenen Reihen zu sein hätten. Die Klarheit über die Absichten der öffentlichen Dienstherren, den Lohn zu senken, sollen die Arbeiter über das „Spannungsverhältnis“ in acht verschiedenen Lohngruppen finden.

Dort habe die Mindestforderung vergangener Jahre, für die alle Arbeiter gemeinsam bis zum Streik gekämpft haben, Schreckliches angerichtet: In den oberen Lohngruppen hat sich nämlich das in diese Lohnbewegung neu eingeführte Spannungsverhältnis entspannt, zurückentwickelt von 125 auf 120 Prozent, im Vergleich zu einer mittleren Lohngruppe. In den unteren Lohngruppen aber hat es sich positiv entwickelt um genau ebenfalls fünf Prozent, von 83 auf 88.

Der Unterschied im Lohn eines Arbeiters der höchsten und niedrigsten Lohngruppe beträgt in Stufe 5 (10 Dienstjahre) ganze 488 DM. Ausreichen tut dieser Lohn bei beiden nicht.

Diese Spannung von knapp 500 DM auch nur zum Teil zu überwinden muß sich ein Arbeiter viele Jahre abmühen, um im Lohngruppendickicht aufzusteigen. Ein höherer Beamter, der über diesen Aufstieg entscheidet und seine Sechstausend DM im Monat hat, überwindet diese „Spannung“ allein durch den Kampf der Arbeiter – falls der Vorschlag des Hauptvorstandes durchgesetzt würde, erhielte er 460 DM. Ihm liegt an einer Prozenterhöhung.

Mit ihm soll sich der Arbeiter in der „höheren“ Lohngruppe zwecks „Verbesserung“ seines „Spannungsverhältnisses“ auf eine Prozentforderung verbünden gegen den ungelernten Arbeiter in einer unteren Arbeiterlohngruppe.

Kein sehr aussichtsreiches Unterfangen. Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Sozialdemokraten vor dieser Aufgabe etwa kapitulierten, im Gegenteil, sie strengen sich an, den notwendigen Kampf um den Lohn zu behindern.

Den Beschäftigten in öffentlichen Diensten bleibt dabei die Sorge, wie sie mit dem Geld, das ihnen netto verbleibt, weiter ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen und wie sie die steigende Arbeitshetze, die ständige Mehrbelastung aushalten sollen. Deshalb werden sich die Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht untereinander spalten lassen, sondern sich gegen die Dienstaufsicht stellen. Sie können sich auf keine Prozentforderung einlassen, und der Versuch, ihre Kampffront durch Placierung von Mindest- oder Höchstforderungen zu verwirren, ist nicht aussichtsreich. – (h.r.)

Westberlin Personalversammlung BfA:

Die Einheit der Belegschaft wurde gestärkt

Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) ist der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung der Angestellten für das Gebiet der BRD und Westberlins. Heute sind dort etwa 13 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig. Durch den Ausbau der EDV-Anlage ist die Mehrarbeit der Kollegen im vergangenen Jahr enorm gestiegen. Es werden Auslastungsuntersuchungen zum Zwecke der Rationalisierung durchgeführt; Fehlerkontrollen, Statistiken und neue Arbeitsprogramme im Rahmen der EDV steigern die Arbeitshetze. Die Mehrarbeit nimmt inzwischen Formen an, die von den Kollegen nicht mehr hingenommen werden.

In dieser Situation fand am 8. Dezember eine Personalversammlung statt, an der rund 4 000 Kollegen teilnahmen. In einem Redebeitrag eines Kollegen wurden Mehrarbeit und Rationalisierungstendenzen scharf angegriffen. Unter anderem wurde ausgeführt, daß durch die Antragsfrist für die Nachentrichtung freiwilliger Beiträge am Jahresanfang ein enormer Anstieg der Auftragseingänge (über eine Million!) zu verzeichnen war und daß dazu die laufenden Arbeiten wie Kontenklärung, rentennahe Jahrgänge, Datenspeicherung und Datenberichtigung zu erledigen waren. Wörtlich sagte er: „Viele Kollegen haben Überstunden geschoben, und manche sind sogar am Wochenende in die BfA gekommen, un der Aktenberge Herr zu werden. Den Kollegen wird obendrein noch vorgeworfen, daß sie dabei zu viele Fehler machen. Es wurden von der Verwaltung Prüfverfahren eingeleitet, weil über 50 Prozent Fehler hauptsächlich durch die Kontenklärung entstanden seien.“

Er sagte weiter, daß die entstandene Arbeitsbelastung weiter steigen wird, weil bis zum 31. Dezember 1979 die Kontenspeicherung abgeschlossen sein soll und bis dahin noch die Geburtsjahrgänge 1923 bis 1942 zu speichern sind. Ist diese Speicherung abgeschlossen, werden die zur Zeit 13 000 Beschätigten der BfA für die Aufrechterhaltung des Arbeitsablaufes wohl nicht mehr gebraucht.

„Ich kann mir vorstellen, daß bei weiterer Rationalisierung dazu vier- bis fünftausend Kollegen ausreichen würden. Was passiert also mit den anderen? Über natürlichen Abgang aus Altersgründen oder daß Kollegen von sich aus kündigen, werden, wie es uns der Herr Direktor Kaltenbach weismachen wollte, die ‚überzähligen‘ acht- bis neuntausend Stellen nicht abgebaut werden. Es wird dann schlichtweg entlassen, wie es uns am Beispiel der Senatsvorlage 1082 und dem späteren Beschluß 1208 vom Westberliner Senat vorexerziert wird.“

Der Kollege entwickelte weiter, wie solche Rationalisierungen vorbereitet werden. Durch Auslastungsuntersuchungen, die in mehreren Bereichen der BfA durchgeführt werden und zur Zeit noch laufen. „Ich stelle hier ausdrücklich fest: Wir haben nichts gegen den technischen Fortschritt, weil wir ihn selbst durch unsere Arbeit ermöglicht haben. Aber unter der Bedingung, daß wir vom Verkauf unserer Arbeitskraft leben müssen, fällt jede Entwicklung der Technik auf uns zurück, und im Endeffekt finden wir uns dann auf dem Arbeitsamt wieder. Schon gar nicht darf man von uns erwarten, daß wir durch Überstunden und Wochenendarbeit unsere Arbeitskraft frühzeitig verschleißen lassen. Deshalb wird es notwendig sein, daß Gewerkschaft und Personalrat folgende Forderungen aufstellen: Offenlegung aller Pläne für Rationalisierung in der BfA! Weg mit den Auslastungsuntersuchungen! Keine Überstunden und Wochenendarbeit! Für die volle Durchsetzung der Vierzigstundenwoche, für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich! Übernahme aller Auszubildenden nach Abschluß der Prüfung zur Entlastung der Kollegen.

Ich bin der Meinung, daß diese Forderungen hier abgestimmt werden sollten. Ich bitte den Versammlungsleiter, diese Forderungen noch einmal zu verlesen und dann zur Abstimmung zu stellen.“

Dieser Redebeitrag hat bei den Kollegen großen Beifall gefunden. Der Personalratsvorsitzende stellte die Forderungen zur Abstimmung. Sie wurden fast einstimmig angenommen, wenn man von den fünf Gegenstimmen und den etwa 30 Enthaltungen absieht. Es war das erste Mal, daß die Belegschaft so geschlossen ihren Willen zum Ausdruck brachte. In den folgenden Beiträgen der Kollegen wurde die Notwendigkeit eines Festbetrages in Höhe von 170 bis 180 DM dargestellt und die Forderung nach einer einheitlichen Ausbildungsvergütung, die im Lohnkampf der erwachsenen Kollegen durchgesetzt werden muß, aufgestellt. Viel Beifall erhielten auch Redebeiträge, in denen die Forderung nach Übernahme aller Auszubildenden ins Beschäftigungsverhältnis zum Ausdruck kam und die Methoden der Beurteilung und der Versuch der Arbeitsauslagerung in die BRD scharf angegriffen wurden.

Die anwesende Geschäftsleitung der BfA nahm zu all den aufgeworfenen Themen keine Stellung. Lediglich der Präsident der BfA hielt einen lauwarmen Beitrag zur Arbeitsauslagerung, der ihm kaum Beifall einbrachte. Auf dieser Personalversammlung wurde die Einheit der Belegschaft gestärkt und aufgezeigt, wie diese Einheit hergestellt werden kann. In vielen Abteilungen im Betrieb werden jetzt die verabschiedeten Forderungen diskutiert und der Kampf gegen Rationalisierung und Lohnabbau vorbereitet. – (b, Zelle BfA, Westberlin)

Rationalisierung bei Bahn und Post

Bremen-Osterholz. Durch die Rationalisierungen bei der Deutschen Bundesbahn, Umstellung von Dampf- auf Diesel- und E-Loks, Streckenstillegungen ist im Ausbildungswerk Bremen die Arbeit insgesamt weniger geworden. Zum Beispiel brauchen die Dieselloks im Vergleich zu den Dampfloks viel seltener Untersuchungen, und E-Loks werden hier nicht gewartet. Wenn auch die Arbeit insgesamt weniger geworden ist, muß der einzelne Arbeiter doch mehr schaffen und bekommt weniger Lohn dafür: Die letzte Einstellung von Arbeitern war 1970; in den letzten zwei Jahren sind etwa 300 Arbeiter in Rente gegangen und nicht ersetzt worden. 1975 ist der Akkordsatz um 1 Prozent gesenkt worden.

Zur Zeit laufen wieder Maßnahmen der Werksleitung, um den Lohn um ein weiteres Prozent zu senken. Sie beginnt bei den Vorarbeitern damit, die Widerstand dagegen leisten. Gleichzeitig geht die Werksleitung daran, die Arbeit zu intensivieren: Einen Auftrag über die Neuanfertigung von über 120 Anhängern konnte sie wegen „günstiger Kalkulation“ ins Werk holen. „Günstige Kalkulation“ heißt Arbeitshetze, wie wir festgestellt haben, als wir uns die Fläche, wo die Maschinen aufgebaut sind, angeguckt haben: Die Maschinen stehen dicht beieinander, Wege fallen weg. Ein Arbeiter: „Die hier arbeiten müssen, sind schlecht dran, die können sich ja gleich den Nachttopf an den Arsch binden.“ Diese Maschinen können auch von Arbeitern aus den unteren Lohngruppen bedient werden. So will die Werks-

Kiel. Bei den sieben Dienststellen des Fernmeldeamtes Kiel sollen von den 409 Stellen insgesamt 85 gestrichen werden. Beim Postamt Kiel wurden 1975 schon insgesamt 54 Arbeitsplätze wegrationalisiert.

„Spitzengespräche der Tarifpartner“. Die Regierungserklärung der Banken liegt vor. Am Tag des Erscheinens dieser Zeitung wird der Sozialdemokrat Schmidt die „Reinschrift“ verlesen. Sechs Prozent Lohnraubabschluß sind den Arbeitern der Stahlindustrie ins „Reine“ geschrieben. Das wird der Kanzler Schmidt positiv werten. Falls er auf die Beschäftigten in öffentlichen Diensten eingeht, wird er sagen, daß es da auf keinen Fall mehr werden kann. Dazu sind Vorbereitungen im Gange. Das gemeinsame Schlichtungsabkommen der aufgelösten Tarifgemeinschaft DAG und ÖTV ist Gegenstand von „Spitzengesprächen“ (einzige Mitteilung darüber im „Handelsblatt“ vom 8. Dezember). Schlichtung diktierte die Finanzbourgeoisie den öffentlichen Diensten nach dem Streik 1974. Sie befürchtet, daß es zum Streik in 1977 kommen kann, denn ihre Absichten sind danach. Vor Beginn der Verhandlungen zwischen sozialdemokratischer Regierung und der Staatsfraktion in den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes soll das Schlichtungsabkommen wieder in Kraft sein, aber in „Reinschrift“. Maihofer jedenfalls hat die alte Vereinbarung nicht wieder unterzeichnet. Die Mitglieder in der ÖTV sind überhaupt gegen ein Schlichtungsabkommen. Sie haben seine Kündigung schon seit seiner Aufstellung gefordert. Der Geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV hat sie über diese Planung nicht unterrichtet. Sie haben allen Grund, beunruhigt zu sein über die „Vorbereitung der Lohnbewegung“ durch den Hauptvorstand mit der Regierung.

Heidelberg. Die Laborantin Margrit Gora und die Ärztin Hanne Döring mußten jetzt an den Universitätskliniken aufgrund eines Arbeitsgerichtsurteils wieder eingestellt werden. Sie waren wegen Parlamentskandidatur für den KBW gekündigt worden. Die rechtliche Begründung für dieses Urteil war im Falle Margrit Gora ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts, nachdem bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst je nach ihrer Funktion die notwendige Verfassungstreue abgestuft werden müsse und das Arbeitsverhältnis konkret betroffen sein müsse. Im Falle Hanne Döring wurde begründet, der Personalrat sei nicht korrekt gehört worden. Der wirkliche Grund für diesen Erfolg ist aber die starke Bewegung im Betrieb gegen die politischen Entlassungen. Der sozialdemokratisch beherrschte Per- Der sozialdemokratisch beherrschte Per- sonalrat mußte einen Beschluß gegen den Schieß-Erlaß fassen und allen Kündigungen widersprechen. Allein gegen die Entlassung der Ärztin Marianne Speck, die noch um ihre Wiedereinstellung kämpft, hat es 7 Resolutionen mit zusammen mindestens 120 Unterschriften und zahlreiche Briefe einzelner Kollegen gegeben. Gegen die Entlassung von Hanne Döring hat sich unter anderem die Assistentenversammlung der Anästhesisten ausgesprochen, gegen die Entlassung von Margrit Gora unter anderem die Jugendversammlung. Ihre Kollegen haben während des ganzen Verfahrens fast täglich beim Gericht angerufen und ihre Wiedereinstellung gefordert.

Hamburg. Auf einer Mitgliederversammlung im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek sprachen sich die Anwesenden gegen eine Fragebogenaktion der ÖTV-Sekretärin Betty Lübcke aus, mit der die Debatte über die richtige Forderung zum Tarifkampf verhindert werden soll. Mit Mehrheit wurde verabschiedet: 170 DM Festgeld, 300 DM Urlaubsgeld, 50 DM für jedes Kind.

Hamburg. Durch ein ausgeklügeltes Prämiensystem werden die Arbeiter der städtischen Müllabfuhr zu Höchstleistungen getrieben. Für das Akkordsystem ist der Transportweg der Mülltonne der Maßstab: Eine Tonne, die bis zu 15 m gerollt wird, bringt 33 Punkte; bis zu 30 m ohne Stufen 55 Punkte; mehr als 30 m mit Stufen 95 Punkte etc.. 6 400 Punkte sind die Normalleistung pro Tag, d.h. im Schnitt müssen 190 Tonnen gerollt werden. Ein Arbeiter berichtet: „Vor 13 Jahren haben wir mit sieben Mann 400 Tonnen gerollt, heute müssen wir zu viert 900 bis 1 200 Tonnen rollen.“

Hamburg. Lohn- und Rahmentarifvertrag für die Seehafenbetriebe. Am 15.12. finden die nächsten Verhandlungen zwischen der ÖTV und den Hafenkapitalisten statt um einen neuen Lohn- und Rahmentarifvertrag für die 18 westdeutschen Seehäfen. Die ÖTV hat gefordert: 8,5 % mehr Lohn, drei von vier Samstagen frei, Verlängerung des Urlaubs, Lohnsicherung für die älteren Arbeiter und Abbau der Überstundenpflicht für die Hafenarbeiter. Bislang können die Hafenarbeiter, wenn ein Schiff zur Entladung ansteht, zu bis zu drei Überstunden gezwungen werden. Fünf-Tage-Woche gibt es nicht, und die älteren verschlissenen Arbeiter bekommen weniger Lohn oder werden entlassen. Die Differenz zwischen den Lohngruppen unter den Hafenarbeitern beträgt ca. 25 %.

Die Hafenkapitalisten haben 5,5 % geboten (55 DM netto auf den Grundlohn) und jede Verkürzung der Arbeitszeit und Sicherung für die älteren Arbeiter abgelehnt. Sie wollen noch mehr Profit aus den Hafenarbeitern herauspressen: Die Hamburger Hafenkapitalisten sprechen für 1976 vom zweitbesten Ergebnis im Hafenumschlag: „Wenn es so weiter geht, steuert der Hafen 77 einen neuen Rekord an“. (Hamburger Abendblatt, 11.12.)

Bremen. Die arbeitslosen Jugendlichen in der Berufsgrundbildungsklasse/Metall fordern eine Ausbildung zum Facharbeiter. In einem Flugblatt schreiben sie: „Als jungen Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung wurde uns im Frühjahr 1976 vom Arbeitsamt Bremen die Illusion gemacht, durch sogenannte ‚Berufsgrundlehrgänge' unsere berufliche Situation zu verbessern. (. . .) Für die Schüler sind weder ein qualifizierter Abschluß noch weiterführende Kurse geplant. (. . .) Nach diesem Kurs stehen wir nicht anders da als vorher. (. . .) Wir fordern deshalb eine Verbesserung und Weiterführung der Lehrgänge mit finanzieller Absicherung, um uns die Kenntnisse zu vermitteln, die das Ablegen einer Facharbeiterprüfung ermöglichen."

Das Arbeitsamt hat jetzt diesen Kursus fristlos aufgelöst. Die jungen Arbeitslosen bereiten vor, die anderen Schüler aus Berufsgrundlehrgängen zusammenzuschließen für die Forderung nach Ausbildung zum Facharbeiter.

Bremen. In der Berufsaufbauschule im Holter Feld müssen die Schüler innerhalb eines Jahres den Unterrichtsstoff von drei Jahren Realschule einpauken. Die Funktion des Notensystems als Mittel zur Auslese tritt besonders drastisch zutage: 50 % der Berufsaufbauschüler schaffen den Abschluß nicht. In der Fachoberschule, die sich aus Berufsfachschülern, Berufsaufbauschülern und Realschülern zusammensetzt, ist es ähnlich: 40 % fallen jedes Jahr durch. Bis zur Fachoberschulreife werden so 70 % der Schüler ausgesiebt.

Bremen. Bei der Firma Klatte sind von den 150 Beschäftigten etwa 15 Jugendliche unter 18 Jahren. Die Jugendlichen, oft erst 16 Jahre alt, müssen Wechselschicht arbeiten. Bei der Spätschicht kommen sie vor 23 Uhr nicht nach Hause. Sie verdienen 6,50 DM in der Stunde und müssen genauso knüppeln wie die erwachsenen Arbeiter.

Verden. In Chemielehrer Kindl hat die Kapitalistenklasse einen treuergebenen Zuchtmeister der Arbeiterjugend an der Berufsschule: Viele Berufsschüler kommen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule. Wenn sie sich dann verspäten und in den Chemieraum rein wollen, öffnet Lehrer Kindl die Tür nicht und läßt die Schüler zwei Stunden lang auf dem Flur stehen. Er öffnet nur auf ein mit den anderen Lehrern vereinbartes Klopfzeichen hin. Den Schülern in der Klasse verbietet er, den Fahrschülern zu öffnen. Außerdem hat Kindl sich ein 100-Punkte-System für die Bewertung von Arbeiten ausgedacht. Nur derjenige bekommt eine vier, der über 50 Punkte hat (mindestens 50,1), mit 50 Punkten gibt es dann eine fünf.

vier, der über 50 Punkte hat (mindestens 50,1), mit 50 Punkten gibt es dann eine fünf.

Seesen. Bei den Schmalbach-Lubeca-Werken müssen die Drucker-Lehrlinge Früh- und Spätschicht arbeiten. Außer daß der Tagesrhytmus dadurch völlig durcheinandergebracht wird, bedeutet das, daß die Lehrlinge mit Anfahrtsweg erst nachts gegen 24 Uhr zu Hause sind und freitags, um zur Berufsschule nach Braunschweig zu kommen, wieder um 6 Uhr aufstehen müssen. Weiter haben sie während der Spätschicht keinen Ausbilder, denn der kommt nur zur Frühschicht. Die Schichtarbeit für Lehrlinge wird bei Schmalbach Seesen schon seit längerer Zeit betrieben; durch das neue Jugendarbeitsschutzgesetz ist sie gesetzlich abgesichert.

Kassel. Zwei Monate nach Inkrafttreten des „Jugendarbeitsschutzgesetzes" am 1. Mai 1976 haben die Thyssen-Henschel-Kapitalisten Akkordarbeit für Jugendliche unter 18 eingeführt. Wenn Lehrlinge in Akkordkolonnen eingesetzt sind, werden sie mit 50 Prozent verrechnet. Ausgelernte Schlosser oder Fräser, die nur die erste Stufe der Stufenausbildung machen konnten (2 Jahre) und noch keine 18 Jahre alt sind, werden z.B. ans Band im Panzerbau versetzt und arbeiten dort voll im Akkord.

Bayern. Berufsschulpflicht wird aufgeweicht. Bei 2 Stimmenthaltungen billigte der kulturpolitische Ausschuß des bayrischen Landtags einen Gesetzentwurf zur Änderung des Schulpflichtgesetzes. Uneinig waren sich die bürgerlichen Politiker zunächst, wie vor allem die Berufsschulpflicht am günstigsten angegriffen werden sollte. „Angenommen wurde schließlich ein Antrag des Abgeordneten Harrer (CSU), der sich an die hessischen Bestimmungen hält. Danach können Volljährige, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, auf Antrag vom Besuch der Berufsschule am Ende des Halbjahres befreit werden, in dem sie volljährig werden." (Bayerische Staatszeitung, 3.12.76)

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeber fordert eine „Kurskorrektur in der Bildungspolitik als mittelfristige Grundlage zum Abbau der Arbeitslosigkeit, auch in Zeiten des Eintritts geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben". Denn: „Der Bedarf an Arbeitskräften stimmt überein mit dem Angebot des Bildungssystems an formalen Qualifikationen." (Süddeutsche Zeitung, 1.12.76). Was heißt das anderes, als daß die Kapitalisten fordern, die Schule müsse noch hemmungsloser und offener als bisher die Jugend der Arbeiterklasse abrichten auf ein Dasein als Lohnsklave?

Normenbücher – Wurmfortsatz der imperialistischen Bildungsreform

Von Bayern bis Schleswig-Holstein entsteht Unruhe in den Gymnasien: die Normenbücher (Kataloge der „Einheitlichen Prüfungsanforderungen für die Abitursprüfung") kommen in die Anwendungsphase. Sie lagen zwar schon 1975 auf den Dienstherrentischen und in einigen Lehrerzimmern, und die GEW hat sie schnell als „größte Umwälzung im Bildungsbereich seit 46" qualifiziert, aber die bürgerliche Presse hat sich wohlweislich ausgeschwiegen, und die Schülervertretungen mußten sich erst höchstsenatorliche Anweisungen holen, um an die kleinen grünen Heftchen des Luchterhand-Verlages heranzukommen.

Die Normenbücher sind das Ergebnis eines „Staatsauftrages" zur Herstellung von einheitlichen Prüfungskriterien. So die Kultusministerkonferenz im Vorwort. Die Gerechtigkeit ist auf 48 Punkte gebracht, im Fach Deutsch z.B. aufgeteilt in 36 Punkte für „aufgabenspezifische Anforderungen" und 12 für „aufgabenart-unabhängige Anforderungen". Wer z.B. im Unterpunkt „Sprachanwendung" (vier mögliche Punkte) nur 0 bis 1 Punkt erzielt (ca. 6 bis 8 Kommafehler beispielsweise), erhält zwangsläufig eine 5, auch wenn der Inhalt „1" ist. Punkt 1.2.2.3 für Deutsch fordert „Stellungnahme zum Problem: einen eigenen Standpunkt entwickeln, nach Möglichkeit alternative Standpunkte entwickeln". Wer das abhängig wertend macht, bekommt statt 12 möglichen nur 3 Punkte. Das soll zunächst genügen.

Was ist der Kern der Normenbücher, was das Ziel? Enzensberger, Literat von Bürgers Gnaden, bejammert, daß man seine Gedichte nicht mehr richtig interpretieren kann mit den Normenbüchern. Didaktik-Professoren beklagen den Fortfall geistiger Freiräume, Spezialität traditioneller Gymnasien.

Aber in dem Maße, wie die Normenbücher jetzt zur Anwendung gelangen, entpuppen sie sich für die Betroffenen. Sie sind ein Instrument der Auslese, der Spaltung und der Unterdrückung. *Auslese,* weil nur ein geringerer Prozentsatz als bisher den gestiegenen Leistungsanforderungen genügen kann. Jedes Fach hat überdies eine „Sperrklausel", die in den Sprachen z.B. die Fehlerhäufigkeit in der Sprachanwendung so niedrig ansetzt, daß sogar gestandene Dauerphilologen Angst bekommen. Die Sperrklausel in Deutsch (s.o.) hat schon Frühzeitwirkung in der Mittelstufe: „Wir müssen nur noch Grammatik machen". 75 % aller Abiturienten, die letztes Semester mit 4 benotet wurden, wären jetzt 5. *Spaltung* weil sich der Konkurrenzkampf im Punktegerangel entfalten soll. Lehrer sollen von Schülern aufgefordert werden, Schüler zu disziplinieren, die Diskussion fordern. Punkte für den einen, Abzug für den anderen. *Unterdrückung,* weil alles im Hinblick auf die Normen geregelt werden kann. Statt Tadel oder Schulverweis: Punkteabzug. Kritik wird in die Rubrik „undifferenziertes Werten" gerastert und mit 0 Punkten bewertet. Für die Lehrer stellt sich die Unterdrückung durch den Dienstherrn noch entschiedener dar: sie müssen alle Prüfungsvorschläge dem Schulrat vorlegen, mit vorgezeichnetem Punkteverteilungsschema für die „Lernzielbereiche und Lernzielebenen Kennen, Anwenden, Urteilen".

Die Bourgeoisie braucht vermehrt Kadernachwuchs aus Volksschichten. Die aber stehen im Widerspruch zu den Interessen des imperialistischen Unterdrückungsapparates. Die Normenbücher sollen die Praxis vervollkommnen, die mit der Reform der gymnasialen Oberstufe eingeleitet wurde: Zersplitterung, Leistungsdruck und Unterdrückung.

Der „Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche und soziale Sicherung des Studiums" (Bundestagsdrucksache 7/2116) zeigt auf, daß bereits 1978 jener Anteil an Studienanfängern erreicht ist, den der Bildungsgesamtplan erst für 1985 vorsieht, und die sogenannten Trendprognosen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung warnen vor 100 000 arbeitslosen Akademikern im Jahre 1980. Das Deutsche Wirtschaftsinstitut empfiehlt dem bürgerlichen Staat, mit 53 % Aufsaugquote an Hochschulabsolventen Großabnehmer, in Zukunft auf den F-Bereich zurückzugreifen und diesen, ähnlich wie die Kapitalisten das fordern, tendenziell auszubauen. F-Bereich, das sind die Fachschulen. Also: Weniger „Höchstqualifizierte" als bisher, relativ mehr Fachschulabsolventen, Abbau der traditionellen dualen Berufsbildung, alles mit dem Hauptziel: frühe Verfügung der Kapitalisten über die jugendliche Arbeitskraft.

1972 erklärten 61 % der befragten Eltern (Zusatzbefragung zum Mikrozensus von 1972), daß sie eine Lehre als Abschluß für ihre Kinder wünschen. Gegen das Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes an einer umfassenden, theoretisch wie praktisch die Grundlagen der Produktion vermittelnden Bildung an der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr muß der bürgerliche Staat vorgehen, will er als geschäftsführender Ausschuß der Kapitalistenklasse deren Ansprüche nach zurechtgestutzten Arbeitskräften nachkommen und will er sich selbst unterdrückungswillige Nachwuchskader bereitzüchten.

Dazu braucht er eine Lehrerschaft, die auf dem kürzesten Weg vom Staat eingesetzt werden kann, den Widerstand der Schüler und Eltern zu unterdrücken. Jederzeit will der Staat eingreifen können, und der restliche Spielraum, der dem Schleusensystem nach der imperialistischen Bildungsreform in einigen Teilen noch anhaftet, wie z.B. im Gymnasium, soll verschwinden. Eine Sortiermaschine wünscht er sich.

Aber die Arbeiterklasse und das Volk führen diesen Kampf um die Schule als Teil des Klassenkampfes mit dem Ziel, die Ausbeuterordnung zu beseitigen, und immer mehr Lehrer kündigen ihren Wärterdienst auf. – (m., Westberlin)

In den letzten beiden Wochen demonstrierten Zehntausende Lehrlinge und Schüler im ganzen Bundesgebiet gegen die bürgerliche Schul- und Bildungspolitik, davon ein Großteil in Hessen. Lehrer, Gewerkschaft und Elternräte unterstützen vielfach diese Kämpfe. Kapitalistenverbände, bürgerlicher Staat, bürgerliche Parteien versuchten, diese Kämpfe zu unterdrücken oder zu spalten. 3 500 demonstrierten in Bremen, 10 000 letzte Woche in Wiesbaden. In verschiedenen Städten Hessens und kleinen Orten auf dem Lande hat es Demonstrationen, Schulstreiks und Vollversammlungen gegeben. Am Protest gegen Lehrermangel, gegen einen Kultusministererlaß, der besagt, daß bei 70 Prozent Planstellenbesetzung einer Schule dies als 100 Prozent gilt und alle Lehrer, die über 70 Prozent an der jeweiligen Schule sind, abgezogen werden, gegen Fahrtkostengebühren und hohe Ausgaben für Lehrmittel haben in Hessen in den letzten Wochen von zirka 800 000 Schülern etwa 75 000 an den Streiks und Demonstrationen teilgenommen. In vielen Städten wird die Forderung nach Urabstimmung für Streik landesweit aufgestellt. Der Kampf richtet sich gegen den bürgerlichen Staat, der die Schulhoheit ausübt. Spott und Buhrufe erntete Kultusminister Krollmann auf einer Versammlung in Kassel, als er unverhüllt zu der Forderung der Lehrlinge sagte, man müsse doch die Unternehmen verstehen, wer könne es sich denn leisten, an zwei Tagen einen Lehrling freizugeben. „Ich kann doch nicht von den Betrieben verlangen, was ich will und ich persönlich für richtig halte."

Der Kampf für die materiellen Interessen der Schüler verbindet sich mit dem Kampf für ihre Rechte. In Hofheim ist für einen Aktionstag mit Demonstration die Forderung nach Einspruchsrechten für Schüler, Eltern und Lehrer in allen Schulangelegenheiten und Streikrecht für alle Schüler aufgestellt worden.

Gegen die Schulunterdrückung des bürgerlichen Staates entwickelt sich auch an den Oberstufen der Gymnasien der Kampf, wo jetzt Normbücher zur Anwendung kommen sollen, die die Kultusminister schon vor einem Jahr beschlossen haben.

Bäckerlehrlinge kämpfen um Einheitsnote

Bäckerlehrlinge kämpfen um Einheitsnote

Eine Klasse von Bäckerlehrlingen, die Anfang November 1976 in der Gewerbeschule 11 ihre theoretische Gesellenprüfung abgelegt haben, wartet seit über einem Monat auf ihre Abschlußzeugnisse. Die Schulleitung weigert sich, sie zu unterschreiben, weil der Politik-Lehrer allen Schülern eine „zwei" gegeben hat.

Zu dieser Einheitsnote ist es gekommen, nachdem der Politik-Lehrer für den letzten Block die Noten „eins" bis „vier" verteilt hatte. Die Schüler haben daraufhin Krach geschlagen. Über die Auswirkungen des Notensystems diskutierte die Klasse mit dem Politik-Lehrer. Heraus kam, daß man durch die Noten nur lernt, sich allein und im Gegensatz zu anderen Auszubildenden durchzuschlagen. Das widerspricht den Erfahrungen der Arbeiterjugend, die sie tagtäglich im Betrieb macht: Nur durch die gemeinsame Anstrengung der Arbeiter werden Werte geschaffen, wird tatsächlich etwas geleistet. In der Schule ist es nicht anders, denn auch dort haben die Bäckerlehrlinge die Prüfungsvorbereitung gemeinsam organisiert. Nicht anders ist es im Klassenkampf. Die Schüler hatten gerade besprochen, daß nur durch die Einheit der Bäckergesellen Ende des vorigen Jahrhunderts der 12 Stunden-Arbeitstag erkämpft werden konnte.

Die Bäckerlehrlinge wollten sich nicht spalten lassen durch das Zensurensystem. Wie groß der Wunsch nach Einheit ist, zeigt sich auch daran, daß diejenigen, die eine „eins" in der Klassenarbeit geschrieben hatten, auch für die Einheitsnote „zwei" abstimmten.

Die Schulleitung versucht vergeblich, diesen Schritt im Kampf gegen das Notensystem wieder rückgängig zu machen. Zuerst setzte sie den Politik-Lehrer unter Druck und forderte eine Begründung. Die kam prompt in Form eines offenen Briefes an alle Lehrer. Der Lehrer wendete sich darin gegen das Notensystem:



„So hat der Lehrer durch den Zwang zur Notengebung also nicht die Funktion, wichtige Fähigkeiten der Schüler zu entwickeln, sondern ihre Entwicklung zu verhindern und sie zu verstümmeln. Konkurrenz ist ein Übel für die Arbeiter, und das wird die Masse der Schüler nach der Gesellenprüfung sein. Die Konkurrenz unter den Arbeitern nützt allerdings den Unternehmern."

Die Schulleitung forderte dann per Dienstanweisung einen Zensurenspiegel und die Themen der Klassenarbeit. Der Lehrer gab ihr den Zensurendurchschnitt von 2,5655! Diese Angaben werden der Schulleitung nicht viel genützt haben. So geht die Schulleitung daran, die Bäckerlehrlinge unter Druck zu setzen:

Ihnen werden die Abschlußzeugnisse verweigert, in der Hoffnung, die einheitliche Front der Schüler zu brechen, denn das Abschlußzeugnis braucht man schon, um es bei den Kapitalisten vorzulegen, wenn man sich um eine Arbeit bewirbt.

Die Schulbehörde will auf gar keinen Fall zulassen, daß Einheitsnoten gegeben werden. Der Klassenlehrer der betroffenen Klasse sagte: „Ohne Noten können wir doch unseren Laden dicht machen."

Zur Klassenkonferenz Ende November, auf der die Einheitsnote weiterhin Tagesordnungspunkt war, ist der Klassensprecher der Bäckerlehrlinge gegangen, um die Abschlußzeugnisvergabe zu verlangen. Reingelassen worden ist er nicht, erklärt hat er: „So stellen sich das die Lehrer vor. Uns knallen sie die Noten vors Latz. Außerdem sollen wir noch die Schnauze halten. Das läuft aber so nicht!" Die Schüler kümmern sich jetzt selbst darum, daß die Schulleitung endlich die Zeugnisse unterschreibt und rausrückt. – (v, Hamburg/Red.)

Nordmende:

„Die ‚Metall' will uns die Unterdrückung durch den § 218 noch als Reform verkaufen!“

Die „Metall“ 24/76 bringt das Unmögliche fertig: Aus der Verschärfung des § 218 macht sie eine Kompromißreform, die zur Last der Frau unterlaufen wird. Jeder Mißstand soll angeprangert werden. Unterlaufen wird der § 218 laut „Metall“ z.B. durch namentliche Registrierung der in Bayern ratsuchenden Frauen. Eine abenteuerliche Flucht nach vorn.

Ist es doch gerade Kernstück dieser sozialdemokratischen Musterreform, daß prinzipiell jede Frau, und zwar überall in der BRD, namentlich registriert wird. Das ist spätestens bewiesen, seitdem in mehreren Städten, so auch in Hannover, das Registrierbuch der Beratungsstelle in Aktionen beschlagnahmt und öffentlich verbrannt wurde. Plumpe Lügen der Sozialdemokraten in der IG Metall also, um das reaktionäre Machwerk ihrer Parteifreunde in der Regierung doch noch an den Mann zu bringen.

Das zweite schwere Geschütz, das die Verfasserin des Artikels, Ursula Wille, aufführt – Anerkennung für ihre Notlage zu finden – ist ihnen, den Frauen, vielerorts nicht möglich. Als ob es vom Ort abhängig ist, daß das neue Gesetz schlichtweg Abtreibung unter Strafe stellt und nur Ausnahmefälle vorgesehen sind, die eine Notlage anerkennen. Die allgemeine Notlage, in der sich die Arbeiterklasse und die Volksmassen befinden, weil der Lohn nur knapp zum Leben reicht, wird von der Kapitalistenklasse und dem bürgerlichen Staat als „Normalsituation“ angesehen, die keine Abtreibung rechtfertigt. Die Arbeiterfamilien kontrollieren, bespitzeln und bestrafen – diesem Zweck soll der neue § 218 durch die Zwangsberatung noch besser dienen als der alte. Und die Sozialdemokratin Wille hat in einem Punkt doch recht: Das Stück imperialistischer Unterdrückungsreform wird tatsächlich unterlaufen, wenn sich einzelne Krankenhäuser und Ärzte weigern, selbst staatlich genehmigte Abtreibungen durchzuführen und Frauen schikanös behandeln. Das schafft nämlich Mißtrauen.

Das gerade soll verhindert werden. Um jede Frau, die sich zur Abtreibung gezwungen sieht, ins Fangnetz der Beratungsstellen zu locken, müssen diese Mißstände beseitigt werden. Der Artikel in der „Metall“, der radikal klingt, weil er die Verhältnisse in den Krankenhäusern angreift, ist in Wirklichkeit nur Schützenhilfe für die Regierung, den § 218 gegen die Volksmassen in Anwendung zu bringen. Die Mitglieder der IG Metall sind damit nicht einverstanden. Im Nordmende-Fernsehwerk wird der Artikel von Arbeiterinnen diskutiert. Von vielen Arbeiterinnen wird vertreten: „Der § 218 gehört nicht ins Strafgesetzbuch.“ „Ob nun soziale Indikation oder Fristenlösung, die staatliche Beratung dient nur dazu, uns zu registrieren und uns einzureden, daß es uns eigentlich viel zu gut geht, als daß man ungeborenes Leben so leichtfertig töten dürfte“. „Die ‚Metall' will uns die Unterdrückung noch als Reform verkaufen.“ Das war die Meinung. Nach der Diskussion sagte eine Arbeiterin, daß ihr die Absicht des Artikels am Anfang gar nicht so klar gewesen wäre. „Man muß ganz genau lesen und aufpassen, was die einem unterjubeln wollen.“ Deshalb unterstützen die Arbeiterinnnen der Abteilung, daß dieser Artikel für die KVZ geschrieben wird, und sie haben sich selbst vorgenommen, einen Leserbrief an die „Metall“ zu schreiben, denn die IG Metall muß die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 vertreten.

Die Arbeiterinnen sind für das Recht auf Abtreibung; schon bei Beginn des Kampfes um die ersatzlose Streichung des § 218 haben viele Arbeiter von Nordmende die Forderungen des Komitees gegen § 218 unterschrieben. Gleichzeitig wünschen sie sich Kinder und hoffen, daß sie nicht auch einmal abtreiben müssen.

Bei Nordmende wissen die Arbeiter aus eigener Erfahrung, daß die Ausbeutung durch die Kapitalisten den Zwang zur Abtreibung hervorruft. Die Löhne der Männer liegen oft nur bei 900 DM bis 950 DM. Die Bandarbeiterinnen bekommen nur 800 bis 850 DM im Schnitt. Treibt eine Arbeiterin ab, wird sie vor Gericht gezerrt und als Verbrecherin abgeurteilt. Der Kapitalist Mende, der die Ausbeutung der billigen Frauenarbeit in großem Stil betreibt, und sich einen Dreck um die Gesundheit der Arbeiterinnen kümmert, so daß oft eine schwangere Arbeiterin eine Fehl- oder eine Totgeburt hat, ist dagegen ein staatlich anerkannter Wohltäter. Erst vor zwei Wochen wurde sein „mustergültiger Betrieb“ einer ganzen Horde von ausländischen Botschafterfrauen unter Führung von Frau Koschnik vorgeführt. – (j, Bremen)



Bremen. Am Samstag, dem 11. Dezember, dem bundesweiten Aktionstag der Komitees gegen den § 218, wurde die Stärke der Bewegung gegen das Unterdrückungsgesetz deutlich.

Nach der Agitation in den einzelnen Stadtteilen, wurde an mehreren Punkten in der Innenstadt das Regierungsprogramm von der Initiative angegriffen. Die Trupps schlossen sich gegen Mittag zu einem Demonstrationszug von ca. 150 bis 200 Menschen auf der Obernstraße zusammen. Zwei Kurzkundgebungen fanden großen Anklang. Viele Menschen blieben in mehreren Reihen stehen, um zuzuhören.

Westberlin. An sechs Punkten in der Stadt wurde der Aktionstag durchgeführt. Der Aktionstag hat einen weiteren Zusammenschluß gegen den § 218 erreicht. Aus allen Stadtteilen wird berichtet, daß viele Menschen gewonnen worden sind für eine Aktion vor den Beratungsstellen am Donnerstag. Über 200 Komitee-Zeitungen, 60 § 218-Broschüren und viele Plaketten sind verkauft worden. Am **Hermannplatz** hat eine dort vorüberkommende Mädchen-Handballmannschaft der Damaschke-Schule, einer Hauptschule in Kreuzberg, beschlossen, selbst Initiativen zu ergreifen für die ersatzlose Streichung des § 218. Sie werden in der jetzigen Woche in den verschiedenen Schulklassen auf Grundlage der Komitee-Zeitung und des Flugblatts zur Entlarvung der sogenannten liberalen Handhabung des § 218 in Westberlin in den Schulstunden die Auseinandersetzung führen. Überall ist die Polizei aufgetaucht und hat versucht, den Kampf gegen den § 218 zu zerschlagen. Auf zwei Plätzen sind sie durch den offenen Haß des Volkes zurückgeschlagen worden, an den anderen Plätzen haben sie sich erst gar nicht getraut, brutal einzugreifen.

Die Spitzelei beginnt bei der Geburt. § 1706 BGB bestimmt, daß eine ledige Mutter einen Pfleger, einen Vormund, für ihr Kind erhält. Konnte dieser Vormund bis 1970 auch ein Angehöriger der Mutter sein, so gilt ab 1970, daß nur noch das Jugendamt die Vormundschaft übernehmen kann. Der Vormund regelt die Feststellung der Vaterschaft und die Unterhaltsansprüche des Kindes.

Die Feststellung der Vaterschaft wird genutzt zur Schikane und Kontrolle: Auskunft soll die Mutter geben, mit wem sie zwischen dem 181. und dem 302. Tag vor der Geburt geschlafen hat, ob sie innerhalb dieser Zeit noch verheiratet war. Ausgefragt wird sie über ihre Wohnverhältnisse, ob sie Heiratsabsichten hat, der Vater für Mutter und Kind sorgt, sogar Erbkrankheiten der Eltern des Vaters soll sie nennen.

Sozialarbeitern in Westberlin wurde in der Ausbildung gesagt, diese Kontrolle und Bespitzelung sei gut für die Mutter. Die „mitunter komplizierte Beziehung zum Vater“ wird durch die staatliche Gewalt „geregelt“, die Mutter von dieser „lästigen Angelegenheit befreit“. Der Fragebogen über die Vaterschaft ist der Anfang einer Akte beim Jugendamt und in der Säuglingsfürsorge. Für den Vater, Mutter und Kind soll die lückenlose Kontrolle und Bespitzelung durch den Staatsapparat mit Hilfe der Sozialarbeiter gewährleistet sein.

währleistet sein.

Osnabrück. Am 12.11.76 faßte die Kreisjugendkonferenz des DGB in Osnabrück den Beschluß: „Weg mit § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Es muß eine Möglichkeit für einen Volksentscheid geschaffen werden.“

Hannover. Zum 1.März 1977 sollen die Fahrpreise im Großraum Hannover bis zu 126 % erhöht werden. Insbesonders geht der Angriff auf die Jugendlichen: Die Schülersammelkarten sollen abgeschafft werden, und zwar schon zum 1.1.77. Am Donnerstag fand eine Kundgebung der Aktionseinheit gegen die Fahrpreiserhöhungen statt. Über 200 blockierten für 15 Minuten den Straßenbahnverkehr. Am Montag demonstrierten erst 400. 700 waren es, die dann für eine Stunde die Straßenbahnen blockierten. Die Polizei fuhr ratlos hin und her und konnte die Blokkade nicht verhindern. Am Mittwoch soll der Beschluß, die Schülersammelkarten abzuschaffen, endgültig besiegelt werden. Beschluß der Demonstranten: Da blokkieren wir, denn „auf den Schienen wird entschieden!“

Hameln. Rund 3 000 demonstrierten am 11.12. in Hameln gegen den Bau des Kernkraftwerkes Grohnde (Weser). Hauptlosung war: „Kein Kernkraftwerk in Grohnde“. Viele meinten, das nächste Mal muß man direkt zum Bauplatz gehen.

Wilhelmshaven. „Alle Maßnahmen in Wilhelmshaven sind so gut und präzise verlaufen, daß man diese Aktion nur als Vorbild für ähnliche Vorfälle hinstellen kann.“, sagte der Leiter des Ölunfallausschusses Fritz Reuter, nachdem der Supertanker „Energy Vitality“, der vor Wilhelmshaven aufgelaufen war und gleich ein Leck hatte, aus dem 30 cbm Öl auslief, wieder freigekommen war. Keine vorher geplante Aktion hat den Tanker wieder zum Laufen gebracht. Daß er nicht in der Mitte zerbrochen ist, liegt wesentlich an drei Dingen, die zusammentrafen:

1. an den Werftarbeitern, die der gepfuschten Konstruktion sorgfältige Arbeit entgegengesetzt hatten

2. daran, daß *zufällig* der Leichter „Sunny Lady“ leer vor Wilhelmshaven gelegen hat, der 35 000 t Öl übernehmen konnte. Dadurch schwamm die „Energy Vitality“ zwei Meter hoch und konnte freigeschleppt werden.

3. an dem ebenso zufälligen Umstand, daß das Wetter sich beruhigt hatte. Eine Sturmflut, wie noch einen Tag vorher, hätte das Leichtern unmöglich gemacht, und der Tanker wäre mit Sicherheit zerbrochen.

Die Supertanker sind so konstruiert, daß sie Riesenmengen Öl nur unter „normalen“ Bedingungen transportieren können. Vorsichtsmaßnahmen gibt es nicht, sie sind zu teuer und würden auf die Profitrate drücken.

Brokdorf

„Man hätte den LKW gleich umwerfen sollen “

In der letzten KVZ haben wir ein Interview mit einem Bauern aus der Wilster Marsch abgedruckt. Er berichtet darin am Schluß von dem Vorhaben, in Itzehoe auf dem Kreisbauerntag gemeinsam mit anderen Bauern die Forderungen gegen den Bau des Kernkraftwerks zu vertreten.

Das haben die Bauern gemacht. Gegen den Willen der bürgerlichen Bauernverbandsführer ging eine Gruppe von Bauern, gestützt auf die versammelten Bauern, unter dem Transparent „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf“ in den Saal. Es blieb während der ganzen Versammlung stehen. Finanzminister Lausen (Schleswig-Holstein) mußte gegen die Forderungen der Bauern, die sie auf diesem Transparent erhoben hatten, seine Rede über „unsere Wirtschaft“ halten. In den letzten Jahren waren auf den Bauerntagen von den Verbandsführern stets Diskussionen abgehalten worden, um den Bauern die Vorträge der Verbandsführer als ihren eigenen Willen nahezubringen. Das ging jetzt nicht mehr. Nach dem Referat von Lausen wurde die Veranstaltung abgebrochen, die hohen Herren machten sich aus dem Staub.

Es wurde von den Bauern ein Flugblatt verteilt, in dem von ihnen angekündigt wurde, auch den Bau von zukünftigen Hochspannungsmasten auf ihrem Grundstück zu verhindern.

Denn bereits auf einer Veranstaltung gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf, die in Wilster durchgeführt wurde und zu der 150 Menschen gekommen waren, hatte ein Bauer gesagt: „Uns wird immer gesagt, die Polizei soll in Brokdorf Eigentum schützen. Ich kann nur sagen, wenn bei mir auf dem Hof Hochspannungsmäste gesetzt werden sollen, werde ich das verhindern. Ich habe nicht das Kapital, eine Berliner oder Brokdorfer Mauern zu bauen. Ich kann nur einfach Stacheldraht ziehen. Und dann kommen die gleichen Polizisten und setzen den Bau der Hochspannungsmasten durch. Dann gibt's einfach eine einstweilige Verfügung und sie verjagen mich von meinem Eigentum. Das wollte ich zur Klarstellung der Sache, hier würde Eigentum gesichert, einmal sagen.“ (Bezirksbeilage Holstein, Nr. 48/76)

Am 3. Dezember wurde zum zweiten Mal ein LKW mit Baumaterial für das Kernkraftwerk gestoppt, 150 Meter von einer Polizeiwache entfernt. Die „Norddeutsche Rundschau“ berichtet: „Sabotagefall. Heiligenstedten (be). Erneut ereignete sich ein dreister Sabotagefall gegen den Kernkraftwerkbau in Brokdorf. Diesmal am hellichten Nachmittag. Freitag, 3. Dezember, gegen 15 Uhr an der Ampel in Heiligenstedten, mitten im Ort. Die Ampel zeigte „rot“ und zwang den Fahrer eines Kies-Lkw aus Itzehoe zum Anhalten. Im gleichen Augenblick sprangen junge Leute auf, beklebten die Wind-



schutzscheibe mit Plakaten gegen den Kernkraftwerkbau, lösten wieder den Bremsschlauch zwischen Zugmaschine und Hänger, so daß das Fahrzeug blokkiert war, und beschmierten es mit roter Farbe. Die dreiste Gruppe fand noch Zeit, ihr ‚Werk' zu fotografieren – und verschwand mit zwei bereitstehenden Pkw. Es soll sich um acht bis zehn junge Leute, darunter auch eine junge Frau handeln. Sie konnten vorerst unerkannt entkommen.“

Obwohl die Polizei so genaue Hergangsberichte schildern kann, stochert sie mit ihren Ermittlungen erfolglos herum.

Jetzt hängt überall ein Plakat, das über diese Aktion unterrichtet. Es gibt zweierlei Kritik an dieser Aktion. Auf der letzten Regionalkonferenz der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe brachte die DKP den Antrag ein, den zuvor schon SPD- und FDP-Mitglieder auf der Versammlung unterstützt hatten: Sie forderte die Distanzierung von diesen Aktionen. Das wurde abgelehnt. Ein Arbeiter kam in Itzehoe an einen Stand gegen den Bau des Kernkraftwerks und kritisierte die Aktion anders: Man hätte den Lkw gleich umwerfen sollen. Die Bürgerinitiativen beraten gegenwärtig, wie solche Aktionen und Lkw-Blockaden in großen Umfang durchgeführt werden.

Ebenso kam ein Elektriker zum Stand. Er war bei den Massenaktionen am 13. November auf dem Bauplatz. Er berichtete, daß ein kurzfristiger Stromausfall auf dem Platz am 13. nicht von außen gemacht worden sei.

Dies alles zeigt, daß der Kampf der Arbeiter, Bauern und des ganzen Volkes gegen den Bau des Kernkraftwerks weitere Fortschritte macht und die Einheit des Volkes sich im langandauernden Kampf festigt. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe hat für Anfang Februar zu erneuten Aktionen am Bauplatz aufgerufen.

Die „Kieler Nachrichten“ vom 11. Dezember schreiben: „Innenminister Titzck legt zusammenfassenden Bericht über Brokdorfdemonstrationen vor. Die Extremisten setzen sich laut Tizck in Wahrheit nicht für den Umweltschutz ein. Dies gehe aus einem Flugblatt des Kommunistischen Bundes Westdeutschland vom 10. November hervor, darin heißt es: ‚Nicht die Technik ist gefährlich, sondern ihre Anwendung durch die Kapitalistenklasse.' “

Die Reformisten schließlich, deren Ziel darin besteht, den Sozialismus zu verhindern und die Massenbewegung mit dem bürgerlichen Staat auszusöhnen, machen sich plötzlich Gedanken über die Anwendung der Kernenergie im Sozialismus. Der Sprecher des Landesverbandes Umweltschutz und die Jusos gaben eine Presseerklärung nach der anderen heraus, in der sie enthüllten, daß der KBW den Standpunkt vertritt, daß die Arbeiterklasse als erste Produktivkraft auch in der Lage sein wird, unter ihrer Herrschaft und nach dem Sturz der Ausbeuterklasse die Kernenergie zu beherrschen und sie zum Nutzen der Gesellschaft anzuwenden. (KN v. 9.12.) „Sie – die Kommunisten hätten deutlich gemacht, daß sie im Grunde genommen den Bau und Betrieb von Kernkraftwerken befürworten, wenn dies nur im richtigen Gesellschaftssystem geschähe.“

„Kein KKW in Brokdorf“ ist eine radikale Forderung. Sie ist unversöhnlich mit den Interessen der Kapitalistenklasse.

Die Bauern planen eine Treckerdemonstration am Bauplatz noch vor Weihnachten. Im Januar werden sie den Bezirksbauerntag in Wilster für den Kampf gegen den Bau des Kernkraftwerkes nutzen. Am 18.Dezember findet in Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen ein Aktionstag statt, den alle Bürgerinitiativen und politischen Organisationen unterstützen, die das Kernkraftwerk verhindern wollen. Der Tag soll zur Vorbereitung einer weiteren Demonstration in der ersten Februarwoche am Bauplatz genutzt werden.

Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!
Sofortige Einstellung aller Bauarbeiten!
Sofortige Räumung des Bauplatzes!
– (hm, cc, Bezirksverband Holstein)

Nach den „VDS-Aktionstagen“:

Forderung nach Streikaktion an allen Hochschulen gegen das BAFöG für die VDS unabweisbar

Die Tatsache, daß sich die Studentenmassen mit Protestaktionen und Demonstrationen gegen die Unterdrückung an den Hochschulen zur Wehr setzen, hat in der bürgerlichen Presse zu Spekulationen geführt, ob „Unruhe wie 1968“ ins Haus stünde. Der Schrecken vor dieser Bewegung sitzt ihnen heute noch in den Knochen. Die Bourgeoispolitiker haben gleich erkannt, daß die Lage, in die sie die Studentenmassen gebracht haben, auf der Seite der Studentenmassen entschieden auf Widerstand und Kampf drängt. Dutzendweise Äußerungen bekam man in den vergangenen Wochen zu hören über Überlegungen zur „Verbesserung des Ausbildungsförderungsgesetzes (BAFöG)“: angefangen bei dem parlamentarischen Staatssekretär im Bildungsministerium, Glotz, auf einer Konferenz der Juso-Hochschulgruppen, weiter zum Beispiel der Berliner Senator Löffler, der dafür einen Brief an den Bundeskanzler Schmidt schrieb, bis hin zu zahlreichen Rektoren und Professoren.

Sind die Bourgeoispolitiker etwa bereit, zurückzutreten von ihrem Versuch, die Studentenmassen in diesem Semester auf ein Hungerdasein zu drücken oder zurückzustecken bei weiteren reaktionären Hochschulgesetzänderungen? Davon kann gar keine Rede sein. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Rau hat fein angedeutet, welchen Betrug die Vertreter der herrschenden Klasse im Auge haben: „Rau unterstrich, die Zuschüsse (gemeint ist das BAFöG, Red.) seien nicht die einzige Quelle zur Studium-Finanzierung. Sie stellten vielmehr eine Unterstützung dar, die Eigenleistungen der Eltern (gemäß Einkommen) nicht überflüssig machten. Die Lücke zwischen dem BAFöG-Satz und dem Bedarf müsse in jedem Fall von den Eltern gedeckt werden.“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 2.12.). Erst zu Beginn der Aktionen an den Hochschulen hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vorgeschlagen, „zu prüfen, ob nicht noch ein weiteres hochschulinternes Steuerungsinstrument in Form einer sozialvertretbaren Darlehensfinanzierung des Studiums geschaffen werden sollte“. (Handelsblatt, 1.12.) Das läßt an den Absichten der herrschenden Klasse keinen Zweifel. Als Ergänzung dazu muß man verstehen die Drohung des Stuttgarter Staatssekretärs Weng: Der Streik der Studenten für ihre Forderungen sei „kein Druckmittel, sondern Selbstschädigung“. In der gleichen Weise hat auch Glotz die Jusos auf ihrer Konferenz belehrt.

Die Bourgeoispolitiker sind geübt und erfahren in der Kunst der Volksunterdrückung und des Volksbetrugs: Den Kapitalisten helfen sie nach Kräften bei ihrem Versuch, den Reallohn der Arbeiter zu drücken. Um den Kapitalisten die Gelder der Rentenversicherungen als Kapital zu erhalten und die Rentner früher ins Grab zu stürzen, sind sie bar jeder Skrupel. Die Sorte Freundschaft, die sie jetzt, wo die Studenten sich zu Kampfmaßnahmen entschließen, an den Tag legen, ist entsprechend: „Deckung der Lücke zwischen BAFöG-Satz und Bedarf aus Einkommen der Eltern“, „Darlehensfinanzierung als weiteres hochschulinternes Steuerungsinstrument“ und die Drohung, durch Streik für ihre Forderungen würden die Studentenmassen „sich selbst schädigen“, sind die Elemente dieser Fürsorge der imperialistischen Politiker. Die Regierungserklärung Schmidt-Genscher in dieser Woche und der von der Regierung als strenges Geheimnis gehütete „Bericht mit Vorschlägen zum BAFöG“ stehen als die nächsten Akte dieser imperialistischen Fürsorge.

Die Studentenmassen folgen den Bourgeoispolitikern bei diesem Betrugsmanöver nicht, sondern durchschauen ihre reaktionären Absichten.

Tatsache ist: Trotz der Manöver, die die Sozialdemokraten im VDS-Vorstand zwecks Schonung der Schmidt-Genscher-Regierung angestellt haben, haben sich die Forderungen gegen das reaktionäre Ausbildungsförderungsgesetz und für einen ausreichenden Geldbetrag, von dem die besitzlosen Studenten leben können, in den Aktionen herauskristallisiert als politischer Konzentrationspunkt der Kämpfe der Studenten gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Die Übersicht, die wir aus den elf größten Hochschulorten zusammengestellt haben, spricht eine deutliche Sprache und widerlegt den Schwindel, den die Sozialdemokraten und sonstigen Opportunisten im VDS-Vorstand über sogenannte „Forderungen der Basis“ verbreiten, um sich der Aufgabe der Zusammenfassung und einheitlichen Organisation dieses Kampfes zum Schlag gegen die Regierung der herrschenden Klasse zu entziehen. Von wegen „man könne sich nicht einigen“! Von wegen „die Bewegungen an den einzelnen Hochschulen seien nicht weit genug und zu verschieden“! Von wegen, die Studentenbewegung „sei nicht reif genug“, ihr Interesse entschlossen und einheitlich an allen Hochschulen der reaktionären Politik der herrschenden Klasse entgegenzusetzen und durch Kampf durchzusetzen! Die Opportunisten wollen das nicht, das ist alles. Die Bewegung ist ihnen nur zu reif.

Die Opportunisten im VDS-Vorstand haben zu Beginn des Semsters den Kampf um das BAFöG höhnisch zum „zweiten Hauptaktionsschwerpunkt“ erklärt, um der Forderung nach weitergehender und einheitlicher Kampfaktion zu begegnen. Die von ihnen zäh verteidigte Forderung nach „Erhöhung der BAFöG-Sätze“ haben sie zur „Sofortforderung“ erklären müssen. All das war offensichtlich geschehen in Erwartung der bevorstehenden „Fürsorge-Akte“ seitens der Bourgeois-Politiker. Jetzt ist es darum ganz still geworden. Das ist die Methode der Sozialdemokratie, die Forderungen der Studentenmassen „zu erledigen“. Das Rezept ist schon von der Rentenversicherung bekannt und abgegriffen.

Streikbeschlüsse und -forderungen in den größten Hochschulorten

	Gesamt	Universitäten	Pädagogische Hochschulen	Fachhochhochschulen
Erfaßte Hochschulen	32	13	5	14
Studentenzahl	382 000	324 000	20 000	38 000
Streikbeschlüsse	22	5	4	13
– davon durch Urabstimmung	11	–	1	10
– davon durch Vollversammlung	11	5	3	3
Beteiligung an der Abstimmung	33 000	20 000	2 200	10 755
– davon für Streik	85 %	82 %	80 – 90 %	91 %
Streikforderungen				
– gegen das BAFöG	15	3	2	10
– gegen Landeshochschulgesetze / HRG	11	3	1	7
– gegen Studien- und Prüfungsordnung u. Lehrernichteinstellung	11	1	3	7
– gegen Beschluß der Kultusministerkonferenz (1)	9			9
– gegen politische Entrechtung	5	2	1	2

Das Datenmaterial dieser Übersicht beruht auf Angaben aus den elf größten Hochschulorten in der BRD und Westberlin. (2) Diese Angaben beziehen sich auf Streikaktionen der Studentenmassen jeweils an der gesamten Hochschule in den letzten beiden Wochen und in dieser Woche. Aktionen, Streiks und Boykotte von Lehrveranstaltungen an einzelnen Fachbereichen, wie sie insbesondere an den größeren Hochschulen und Universitäten zahlreich sind, konnten nicht erfaßt werden. Ebenso fehlen Daten über einige kleinere Hochschulen aus den genannten Hochschulorten.

(1) Dieser Beschluß beinhaltet für die Numerus-Clausus-Fächer an den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen eine Einschränkung des Zugangs für Fachhochschulabsolventen auf 2 bis 3 Prozent der Plätze.
(2) Westberlin, München, Köln, Hamburg, Münster, Frankfurt, Aachen, Bonn, Bochum, Göttingen, Freiburg

Die Sozialdemokraten im VDS-Vorstand weigern sich hartnäckig, der Forderung von ASten, Vollversammlungen und Instituts- und Basisgruppen nach außerordentlicher Mitgliederversammlung der VDS zwecks Beschlußfassung über Streik an allen Hochschulen des Landes gegen das reaktionäre BAFöG nachzukommen. Die Jusos fürchten diese außerordentliche Mitgliederversammlung, weil sie unausweichlich das reaktionäre Gefasel, mit dem sie über den Kampf der Studenten hausieren gehen, zum Platzen bringt. Die Studentenmassen haben alle Grund, auf der Durchführung dieser außerordentlichen Mitgliederversammlung zu bestehen, um durch konzentrierten politischen Schlag mittels Streik die Sicherung ihres Lebensunterhalts, der grundlegenden Studienbedingung zu erkämpfen.

Wahr ist: für das Bild der kleinlichen Zersplitterung, die Enge und mannigfaltige Verschiedenheit der Entwicklung der kraftvollen Bewegung der Studentenmassen, wie es die Übersicht der elf größten Hochschulorte nach den Aktionen der vergangenen Woche bietet, zeichnet ausschließlich verantwortlich die Politik der Sozialdemokratie in den Studentenschaften und der von ihr beschworene Geist der Zusammenarbeit mit der Regierung der herrschenden Klasse. Die Jusos und sonstigen Opportunisten im VDS-Vorstand haben erwartet, dieser Geist würde bis Ende der „VDS-Aktionstage“ seine Wirkung getan und die Schmidt-Genscher-Regierung aller Sorge enthoben haben. Jetzt zeigt sich, daß das Ende der „VDS-Aktionstage“ überhaupt nicht „aller Tage Abend“ ist, sondern daß die Kampfaktionen fortschreiten. Die Durchsetzung der elementaren Forderung zur Sicherung des Lebensunterhalts der Studentenmassen läßt sich ja nicht als „zweiter Hauptaktionsschwerpunkt“ verwalten und verschaukeln. Die Forderung nach einem ausreichenden Ausbildungsentgelt hat sich längst auch praktisch als die entscheidende Aufgabe erwiesen, für deren Durchsetzung die Kräfte in diesem Semester konzentriert werden müssen und – nach den Erfahrungen – auch können. Sie ist grundlegend im Kampf der Studenten gegen Abhängigkeit und Unterdrückung. Man muß die Sozialdemokraten zwingen, diese Tatsache anzuerkennen und die verlangte außerordentliche VDS-Mitgliederversammlung einzuberufen oder abzutreten. – (hj)

Braunschweig. Mit überwältigender Mehrheit hat die TU-Vollversammlung mit 800 Studenten Vorschläge zur „Beilegung des Mensaboykotts“ abgelehnt, die von Rektor Kamp in Absprache mit der Landesregierung gemacht worden sind. Die Studenten sollten einem Senatsausschuß Verhandlungsvollmacht übertragen für eine Regelung, künftig 1,80 DM für das Stammessen bei gleichzeitiger Ausgabe eines Essens für 1,40 DM zu zahlen.

Die Vollversammlung beschloß stattdessen, daß nur die Vollversammlung über Annahme oder Ablehnung von Vorschlägen beschließen kann. Der Mensaboykott soll vor Erfüllung aller Forderungen nur in dem Fall ausgesetzt werden, wenn wieder Essen für 1,40 DM in der Mensa ausgegeben wird. Der AStA soll in Hannover die Forderungen der Studenten nach Rücknahme der Erhöhungen und höheren Landeszuschüssen noch einmal klar auf den Tisch legen.

Unter diesen von der Vollversammlung diktierten Bedingungen haben die Professoren es abgelehnt, in Hannover zu verhandeln. Den Studentenmassen geht es nicht um „Beilegung“, sondern um Austragen des Kampfes, bis die Forderungen erfüllt sind. Die Reaktionäre hoffen jetzt, in der letzten Studienwoche mit einer vom RCDS beantragten Urabstimmung eine Mehrheit gegen die Fortsetzung des Kampfes zu erzielen.

Holzminden. Am Donnerstag, dem 2.12. demonstrierten in Holzminden die Studenten der Fachhochschule Holzminden, unterstützt von Studenten der Fachhochschule Höxter und Fachoberschülern, die trotz Drohungen der Schulleitung teilnahmen, gegen die Kürzungen der staatlichen Ausbildungsförderung und gegen das Hochschulrahmengesetz. Es war die erste Demonstration in Holzminden seit 1945.

Kiel. Seit 2 Wochen befinden sich die Kollegiaten des Studienkollegs in einem Streik gegen die geplante Schließung des Studienkollegs durch die schleswig-holsteinische Landesregierung zum 1.1.77. Zwei Vollversammlungen der ausländischen Studenten haben sich solidarisiert. Auf einer Veranstaltung des Uni-AStA in den VDS-Aktionstagen haben 300 Studenten die Forderungen der Kollegiaten gegen die anwesenden Vertreter der bürgerlicher Parteien und gegen das Präsidium vertreten:
– Keine Schließung des Studienkollegs
– Sofortige Eingliederung des Studienkollegs in die Uni
– Kostenlose Deutschkurse an der Uni.
Letzte Woche demonstrierten ca. 200 deutsche und ausländische Kommilitonen vors Kultusministerium. In mehreren anderen Hochschulen sind die Studienkollegiaten in Solidaritätsstreik getreten. Der Kampf richtet sich gegen die Pläne der westdeutschen Finanzbourgeoisie, die ausländischen Stundenten verstärkt nach Besitz zu selektieren.

Letzte Meldung: VDS-Sozialdemokraten zeigen Wirkung. Die Hoffnung der VDS-Sozialdemokraten, die gerechten Forderungen der Studenten mit den kaltschnäuzigen Methoden ihrers Vorbildes Helmut Schmidt abfertigen zu können, hat die Aktionstage nicht überdauert. Um doch noch um die notwendige außerordentliche Mitgliederversammlung der VDS herumzukommen, die eine einheitliche Streikaktion der Studenten beschließen muß, projektieren die VDS-Sozialdemokraten jetzt in einem Rundbrief an die ASten der Fachhochschulen „eine bundesweite Beratung aller ASten, auf der das weitere Vorgehen im Kampf gegen die Durchsetzung des Hochschulrahmengesetzes und insbesondere die weiteren Kampfschritte, darunter speziell auch die Fachhochschulen, beschlossen werden sollen“. Die VDS-Sozialdemokraten wackeln schon, die Studentenbewegung kann sie ganz umschmeißen.

Westberlin

Hartnäckige Kämpfe der Studenten – windige Manöver der Opportunisten

Westberlin. An der Freien Universität ist am Dienstag letzter Woche der Streik gegen die politischen Entlassungen mehrerer Dozenten und die Verschärfung der Studienbedingungen ausgesetzt worden. Gleichzeitig wurde dem Wissenschaftssenator Löffler ein Ultimatum gestellt, bis Januar alle Disziplinar- und Ermittlungverfahren einzustellen. Die PH-Studenten haben aufgrund des Beschlusses der FU-Vollversammlung ebenfalls ihren Streik abgebrochen. Gleichzeitig hat die Vollversammlung der TU-Studenten mit 2 000 Teilnehmern, die größte seit Jahren, beschlossen, ab Montag unbefristet zu streiken gegen politische Entlassungen und für die Einstellung aller Strafverfahren gegen streikende Studenten, für höheres Ausbildungsentgelt und für Einbeziehung der ausländischen Studenten in die Ausbildungsförderung.

Die Vollversammlung der Hochschule für Künste beschloß Urabstimmung über Streik gegen die neue Hochschulordnung und für die Forderung 100 DM mehr für alle BAföG-Bezieher und 1 500 DM Elternfreibetrag rückwirkend zum 1.Oktober. Die Studenten des Fachbereichs 6 der Hochschule für Künste streiken bereits seit Montag letzter Woche dafür. Die Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeit und der evangelischen Fachschule für Sozialarbeit streiken weiter.

Der Streikabbruch der FU erfolgte in einer Situation, in der die Wucht der Streikbewegung die Bourgeoisie in Schrecken versetzt hatte. Das Westberliner Abgeordnetenhaus verschob die Beratung über den Haushalt 77, um das „zentrale Thema: Berlins Hochschulen“ (Schlagzeile des Tagesspiegel am 9.12.) zu behandeln.

Die Versuche, den Streik mit Polizeigewalt zu zerschlagen, waren gescheitert. Am Montag letzter Woche zogen etwa 3 000 Teilnehmer der Vollversammlung der FU in einem geschlossenen Demonstrationszug vor das anatomische Institut und verjagten dort die Polizeitruppen, die nach wenigen Minuten um freien Abzug baten. Der Streikbruch gelang den verschiedenen Opportunisten auf der Vollversammlung der FU am Dienstag nur dadurch, daß sie ein Chaos inszenierten. Löffler hat gleich erklärt, das Ultimatum würde unter gar keinen Umständen angenommen.

Die Vollversammlungen der Ethnologie- und der Publizistikstudenten haben sich nur unter Protest der Streikaussetzung angeschlossen, die Geologiestudenten wollen weiter streiken, wenn sich andere anschließen.

Die Erleichterung der Bourgeoisie über die Streikaussetzung kommt zu früh.



An den Bremer Hochschulen wird der unbefristete Streik weitergeführt. Den streikenden Studenten wird mit dem Entzug der BAFöG-Gelder gedroht. Der für die BAFöG-Auszahlung verantwortliche Bildungssenator Thape geriet am letzten Freitag in eine Demonstration von mehreren hundert Studenten vor dem Bremer Bürgerschaftsgebäude. Er wurde zur Rede gestellt, am Wickel gepackt und festgehalten, als er flüchten wollte. Nur mit Not und mit Hilfe der Polizei konnte er sich retten.

Artillerie-Herbst-Manöver „Feuerzange“

Die Mannschaften ziehen nicht mit

Vom 8.-19. November fand in Munster für die Artilleriebataillone der 3. Division ein Manöver statt. Dieses Manöver bestand aus Übungen für die einzelnen Batterien und in einer 36-Stunden-Übung aller beteiligten Bataillone zusammen. Diese 36-Stunden-Übung mit dem Decknamen „Feuerzange“ lief folgendermaßen ab: Es wurde angenommen, daß sich starke Panzerverbände des Feindes an der Elbe formiert haben und aus Nord-Osten in Richtung Munster, Bergen-Hohne angreifen. Die Aufgabe für die Artillerie bestand darin, in die Stellungen zu marschieren, sich zu formieren, den Angriff aufzuhalten, den Feind zum Rückmarsch zu zwingen und ihn dabei zu vernichten. Es wurde von Munster nach Bergen-Hohne in die Stellungen marschiert. Im Laufe der Nacht wurde der Angriff aufgehalten, der Feind zur Flucht gezwungen und verfolgt bis zum Truppenübungsplatz Munster, wo die Vernichtung des Feindes stattfand.

Der Zweck der Übung ist deutlich. Die imperialistische Kapitalistenklasse bereitet sich auf den Krieg mit der Sowjetunion vor. Dabei wird angenommen, daß die sozialimperialistische Sowjetunion als erste angreift. Das Ziel der westdeutschen Bourgeoisie besteht darin, die Truppen der Sowjetunion mit ihren schnellen Panzerverbänden und der Artillerie im Angriff zu schlagen, um sodann selbst zum Angriff auf die Länder des Warschauer Pakts überzugehen. Die Phase des Angriffs wurde nicht geübt, da es sinnlos wäre, sie alleine mit der Artillerie zu üben.

Die Offiziere machten sich ein sehr bequemes Leben. So errichtete Hauptmann Siegfarth, der Batteriechef der 2./FArtBtl 111 den Hauptgefechtsstand der Batterie in einer Gaststätte. Die Offiziere konnten einfach befehlen, an einem Laden zu halten, um sich dort etwas zu essen zu kaufen, wenn es nichts gab. Hauptmann Siegfarth ging sogar soweit, daß er einem Soldaten das Essen stahl, so daß dieser von Sonntag mittag bis Montag abend nichts bekam.

Den Mannschaften war es verboten, im Lager Trauen abends in der ohnehin zu teuren Kantine zu bleiben. Man durfte dort nur etwas einkaufen. Kaum ein Soldat hielt sich daran. So sah man dort jeden Abend mehrere UvDs erscheinen, die die Soldaten aufschrieben, die dort saßen, und sie zu irgendwelchen Sonderdiensten einteilten. Alle Soldaten mußten die 2 Wochen lang in der gleichen Bettwäsche schlafen. Diese war schon nach wenigen Tagen schwarz. Es konnte keine Wäsche gewaschen werden. Waschen konnte man sich nur in einer total verdreckten Baracke, zu der man 50 Meter laufen mußte. Die Duschen waren entweder viel zu heiß oder lauwarm. Sie waren meist total überfüllt und vollständig verdreckt. In den Wohnbaracken gab es überhaupt kein Wasser. Wenn man im Gelände war, fiel oft das Essen aus, weil der Spieß nicht überall herumkam. Und die Verpflegung, die man morgens erhielt, war nicht ausreichend, um die Soldaten den ganzen Tag zu ernähren. Das nützten private Kantinenwagen aus, die täglich teurer wurden, und fuhren ins Gelände, wo dann die Soldaten wohl oder übel kaufen mußten.

Ständig sollte man mit Stahlhelm, Gewehr und ABC-Schutzmaske herumlaufen. Die Rebellion der Mannschaften regte sich überall. Die UvDs, die in der Kantine Soldaten aufschreiben wollten, wurden angemacht und daran gehindert. Kaum einer schleppte den ganzen Tag seine Ausrüstung mit sich herum. Es wurden im Gelände Feuer angezündet, um sich aufzuwärmen. Viele Soldaten legten sich einfach schlafen, statt Dienst zu tun.

In der Übung „Feuerzange“ rückten die Geschützstaffel und die 3. Staffel erst gegen Abend aus, obwohl sie schon morgens los sollten. Stattdessen wurde ein Fußballspiel von den Soldaten im Fernsehen verfolgt.

Die Rebellion der Soldatenmassen raubt der imperialistischen Armee ihre Schlagkraft. Die Mannschaften ziehen nicht mit bei den imperialistischen Manövern. – (SRK Munster/Red.)

Unter der Überschrift: „Kartenlesen mit Koordinaten“ berichtete die „Hessische Allgemeine“ vom 18.10.76 von einer Übung des Technischen Hilfswerkes Neueichenberg. „Im Bundesgebiet werden während eines Krieges neben militärischen Zielen auch ... Anlagen angegriffen, die für die Versorgung der Bevölkerung wichtig sind. Im Werra-Meißner-Kreis steht ein Teil des Katastrophenschutzes im Einsatz. Bisher ist nur Kassel von Angriffen betroffen. Um 19.30 Uhr erhält der erste Bergungszug des Technischen Hilfswerkes Neueichenberg den Befehl zur Einsatzbereitschaft.“ So die gedachte Ausgangslage der THW-Übung. „Geübt werden soll vorrangig das Lesen von Geländekarten nach Koordinaten und das sofortige Absetzen von Meldungen über Funk an die Einsatzleitung.“ Die Tragfähigkeit von Brücken z.B. für Panzerverbände soll gemessen werden, schließlich müssen die THW-Leute „viele Erkundungsaufgaben“ übernehmen. Direkte militärische Unterstützung von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr ist die Aufgabe der zivilen Hilfsorganisationen.

Im Waffenjournal 12/76 wird eine neue Sonderwaffe vorgestellt. „Bei Heckler und Koch Oberndorf wurde in Fortsetzung der bereits bekannten Maschinenpistolen MP 5 A 2, MP 5 A 3 und MP 5 SD die MP 5 K im Rahmen der Erweiterung der HK-Sonderwaffen entwickelt; diese Maschinenpistole soll den Erfordernissen der militärischen und polizeilichen Sonder- und Einsatzkommandos gerecht werden. Der differenzierte Einsatz im Bereich der Kommandos verlangt eine spezielle Waffe, die sowohl bei der Bekämpfung von Einzelzielen als auch zum Schutz der eigenen Person uneingeschränkt Verwendung finden kann.“ (Waffenjournal 12/76, S. 1463) Die Länge der Waffe beträgt 325 mm, das Gewicht 2 kg, 30 Schuß im Magazin. Bei Streiks und Demonstrationen ist es für Polizei und Armee von größter Wichtigkeit, eine kleine, kompakte, mit hoher Schußzahl ausgestattete Handfeuerwaffe zum verdeckten Tragen zum Einsatz bringen zu können. Das Kaliber 9 mm Para bürgt, als ausgesprochene Kriegsmunition, für hohe Durchschlagskraft.

beträgt 325 mm, das Gewicht 2 kg, 30 Schuß im Magazin. Bei Streiks und Demonstrationen ist es für Polizei und Armee von größter Wichtigkeit, eine kleine, kompakte, mit hoher Schußzahl ausgestattete Handfeuerwaffe zum verdeckten Tragen zum Einsatz bringen zu können. Das Kaliber 9 mm Para bürgt, als ausgesprochene Kriegsmunition, für hohe Durchschlagskraft.

Das Bundesministerium der Verteidigung führt jährlich schriftstellerische Wettbewerbe mit Arbeiten über politische und militärische Fragen für Offiziere und Unteroffiziere durch. Thema 5 des diesjährigen Wettbewerbs in der Gruppe 3 (Unteroffiziere und Anwärter) lautet: „Die Bedeutung des Kaps der guten Hoffnung für die rohstoffabhängigen Industriestaaten“. Die Unteroffiziere mit Portepee sollen sich noch ausführlicher mit der imperialistischen Expansion befassen: „Die Auseinandersetzung zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern um eine neue Weltwirtschaftsordnung“ lautet eines ihrer Themen. Die Offiziere sollen in der Kriegsvorbereitung lernen aus der letzten Kriegsvorbereitung: „Die Entwicklung des Strategiebegriffs seit der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs“.

Bremen. Auf einer Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees Bremen am 9. Dezember in Schwanewede wurden von 30 Teilnehmern 50 DM für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gespendet.

Bremen. In der 11. Panzergrenadierdivision mit 18 000 Mann sind die Zahlen für Verluste von Ausrüstungsgegenständen von 1974 800 000 DM auf 1976 1,6 Mill. DM gestiegen. Das meiste davon ist auf Diebstahl und mutwillige Zerstörung zurückzuführen. Diese Zahlen schrecken die Bundeswehrführung, zeigen sie doch, daß die Mannschaften sich nicht mit den Ausrüstungsgegenständen und ihrem Zweck identifizieren und ihren Haß auf die imperialistische Armee daran auslassen.

Immendingen. Die Unruhe in der Unteroffiziersausbildung (siehe KVZ 36) hat sich verstärkt. Die Offiziere haben den Gefreiten Stingl sieben Tage in Arrest gesteckt unter dem Vorwand, zweimal den Zapfenstreich überschritten zu haben. Die Soldaten sollten eingeschüchtert werden. Der Schuß ging nach hinten los. Die Mehrheit des Uffz-Lehrgangs und der Stammsoldaten forderte in einem Brief an den Kompaniechef und das Truppendienstgericht die Rücknahme der Disziplinarmaßnahme. Ein weiterer Schlag gegen die Offiziere war die Solidaritätsresolution von über 30 Soldaten an die Kaiserstühler Bevölkerung, in der sie erklären, sich nicht gegen die Volksmassen einsetzen zu lassen. Sie fordern zur Bauplatzbesetzung auf. Dutzende von Soldaten wurden sofort verhört. Der Gefreite Stingl erhielt 14 Tage Arrest aufgebrummt, weil er einen Soldaten bewegt habe zu unterschreiben. Vor einer Veranstaltung des KBW wurde gewarnt. Mehrere Soldaten beteiligten sich an der Veranstaltung. Im Kaiserstuhl wurden an einem Tag 38 Unterschriften gesammelt unter der Forderung nach Einstellung aller Verhöre und keiner Bestrafung wegen der Solidaritätserklärung.

Die Offiziere schlagen um sich. Im November bereits wurden drei Soldaten vom Uffz-Lehrgang abgelöst. Fünf weitere Uffz-Anwärter haben sie zwei Wochen vor Lehrgangsende herausgeworfen. Der „Schwarzwälder Bote“ erkundigt sich besorgt nach dem „Zustand der Truppe“.

G. Armanski und die Soldatenbewegung

„Rührt euch – aber bewegt euch nicht!“

„Wir wollen hier noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir die Forderung nach ‚Zerschlagung‘ der Bundeswehr für illusio- … Bourgeoisie. Gerade dies fürchtet Armanski. Also wird für den Unsinn von „Macht und Gegenmacht“ auch gleich … gegen sein. Damit wurde *damals* von der Funktion der Armee als Instrument im Klassenkampf abgelenkt. … in der Bundeswehr ... noch sehr gering entwickelt, ohne tatsächlichen Rückhalt bei der Masse der Soldaten und ohne gemein-

G. Armanski und die Soldatenbewegung

„Rührt euch – aber bewegt euch nicht!“

„Wir wollen hier noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir die Forderung nach ‚Zerschlagung‘ der Bundeswehr für illusionär und politisch falsch halten. Wohin es führt, wenn der Kampf gegen den Militärapparat und dessen Unterdrückungsfunktion ohne klares politisches Bewußtsein, ohne Verbindung zum Kampf der organisierten Arbeiterklasse und nur individuell gegen einzelne Vertreter dieses Apparates geführt wird, zeigt das ohnmächtige Aufbegehren der amerikanischen Soldaten in Vietnam, das nicht über die Flucht in Haschisch und Heroin und das Abknallen einzelner besonders verhaßter Offiziere hinausgeht.“

Diese Äußerung findet sich in den Vorbemerkungen einer Sonderausgabe der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ aus dem Jahre 1972. Führend in dem verantwortlichen „Redaktionskollektiv“ war ein Gerhard Armanski, bis vor kurzem Assistent an der FU in Westberlin.

„Probleme des Klassenkampfes“ hat die Bourgeoisie. Für den Offizier der imperialistischen Armee stellt die dauernde Furcht, er könnte erschossen werden, ebenso ein „Problem“ dar, wie für den bürgerlichen Professor der Verlust der Planstelle, welcher sichere Folge der Zerschlagung der bürgerlichen Armee und des übrigen Staatsapparates wäre.

Armanski kann die Erschießung von Offizieren wie die Zerschlagung der bürgerlichen Armee nur im Zusammenhang mit Haschisch und Heroin sehen. Zumindest von der angestrebten Gehaltsgruppe BAT 2a oder 16 (Professor) steht er den hohen Offizieren näher.

Jetzt hat er sich, gemeinsam mit einem Herrn Richter, erneut bourgeois- und bundeswehrerhaltend geäußert. In den vier Jahren ist Armanski allerdings geschickter geworden und vermeidet solche direkten Festlegungen wie das Verbot der Erschießung von Offizieren.

In einem Buch mit dem Titel „Rührt euch“ äußern sich Armanski und Richter unter den Überschriften „Bundeswehr – Waffe des Kapitals“ und „Probleme sozialistischer Militärpolitik“.

Die „Probleme sozialistischer Militärpolitik“ sind für Armanski seit 1972 gewachsen. Er ist seiner Auffassung treu geblieben. Er muß sie aber vor der politisch gereiften Bewegung durchtriebener vertreten.

„Denn es geht heute wie in Zukunft nicht um Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit zwischen den Klassen, sondern um Macht und Gegenmacht im Klassenkampf.“ (Seite 99)

Armanski ist gegen revolutionäre Lösungen. Er strebt nach Gleichgewicht im Klassenkampf. Die Machtverhältnisse bestehen im Kapitalismus in Herrschaft der Bourgeoisie und Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und Kampf dagegen. Im Sozialismus in der Diktatur des Proletariats und der Niederhaltung der Bourgeoisie. Gerade dies fürchtet Armanski. Also wird für den Unsinn von „Macht und Gegenmacht“ auch gleich die ganze Zukunft gepachtet.

Neu soll jetzt an seinem Aufsatz das folgende sein:

„Und auch in der BRD entwickelt sich die Bundeswehr mehr und mehr zu einer innenpolitischen Klassenkampfarmee, was durch die Notstandsgesetze formal abgesichert und seither in Übungen zum Soldateneinsatz bei Streiks und ‚Aufruhr‘ seinen Ausdruck findet.“ (Seite 84)

Die Armee „entwickelt“ sich also dahin, wird

„immer stärker auf zu erwartende soziale Konflikte im Inneren orientiert“. (Seite 88)

„Die westdeutsche Linke muß davon ausgehen, daß die Militärs gegenwärtig auch subjektiv bereit sind, die ihnen gestellten Aufträge, selbst den Bürgerkriegsauftrag, zu erfüllen.“ (Seite 96)

Weil also die Bourgeoisie die für diesen Zweck eingerichteten bewaffneten Formationen auch einsetzen will, soll die „westdeutsche Linke“ den „antimilitaristischen Kampf“ führen. Nebenbei: auch weil „gegenwärtig“ die „Militärs“ dazu bereit sind. Während Armanski „Macht und Gegenmacht“ für „heute und in Zukunft“ sieht, sind die Militärs nur „gegenwärtig“ bereit zur Auftragserfüllung. Armanski rät den Soldaten, die Generäle zu bekehren. Das wundert niemanden, schließlich hat er vor vier Jahren verboten, sie zu erschießen.



Wie sich Armanski die Soldatenbewegung wünscht:
Nicht treffen, sondern danebenschlagen
(aus dem Buch „Rührt Euch“)

Die „Zerschlagung der Armee“ liegt Armanski im Magen, und um deren Verhinderung geht es ihm. Vor wenigen Jahren wurde der „antimilitaristische Kampf“ von solchen Leuten allein damit begründet, die Bourgeoisie wolle die Armee für den auswärtigen Krieg haben, deswegen müsse man dagegen sein. Damit wurde *damals* von der Funktion der Armee als Instrument im Klassenkampf abgelenkt. Heute, wo die Kriegsgefahr wächst, wird vom imperialistischen, aggressiven Charakter der Armee abgelenkt. Beides hat den Zweck, die Arbeiterklasse vom Kampf um das Militär für die Revolution und von der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates abzuhalten. Armanski und Richter erwähnen diese Zerschlagung auch nicht, was daran liegt, daß sie dagegen sind.

Der Staat ist in ihren Aufsätzen zwar nicht neutral, sondern bürgerlich, hat aber beileibe nicht die Aufgabe der Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen.

„Das kapitalistische System beruht auf Ausbeutung, beruht darauf, daß die Kapitalisten Profite machen. Und der Staat hat in diesem System die Aufgabe, dem Kapital kurz- und langfristig eine möglichst hohe Verwertung zu garantieren.“ (Seite 80)

Weiter: „Nach innen hin sorgt der Staat dafür, daß alle ‚Bürger‘ (was dem ‚Bürger‘ Kapitalist nicht schwerfallen dürfte) die Regeln des Warentausches und das Eigentum, insbesondere das an Produktionsmitteln, achten. Über diese, seine grundlegenden Aufgaben hinaus greift der Staat heute in fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens regulierend ein (z.B. Gesundheitswesen, Staatsaufträge, Steuerpolitik).“ (Seite 80/81)

Freut euch über die Steuereintreibung, über die Schulunterdrückung und die Rentnerbeseitigung in den Krankenhäusern, das alles „reguliert das öffentliche Leben“. Armanski hat bescheidenere Ziele. Er strebt die „Regulierung“ der Soldatenbewegung an. Dazu ist solche Beschönigung der Verhältnisse nötig.

„Die letzten zwanzig Jahre in der Bundesrepublik und auch in vielen anderen Ländern waren gekennzeichnet durch eine mehr oder weniger ‚liberale‘ Herrschaftsform.“ (Seite 81)

Das KPD-Verbot und die Zerschlagung der KPD, die Notstandsgesetze und den Ausbau des Polizeiapparates durch die Bourgeoisie als „liberal“ zu empfinden – dazu gehört eine besondere Empfindung. Die der Bourgeoisie.

Weil die Verhinderung der proletarischen Revolution ihr Ziel ist, darum haben Armanski und Richter auch als Hauptproblem bei den „Problemen sozialistischer Militärpolitik“, wie der politische Zusammenschluß der Soldaten und der Soldatenbewegung mit der Arbeiterbewegung verhindert werden kann. Zunächst muß überall die angebliche Rückständigkeit der Soldaten verbreitet werden:

„Die meisten Kameraden sind heute noch nicht bereit, den unmittelbaren Kampf um ihre Interessen aufzunehmen – ganz zu schweigen von einem politisch bestimmten, langfristigen antimilitaristischen Kampf gegen den Militärapparat überhaupt.“ (Seite 97)

Weiter ist „die antimilitaristische Arbeit in der Bundeswehr ... noch sehr gering entwickelt, ohne tatsächlichen Rückhalt bei der Masse der Soldaten und ohne gemeinsame Perspektive.“ (Seite 98)

Armanski und Richter haben auch die ideologische Wurzel derartiger Rückständigkeit erkannt:

„Vielen Wehrpflichtigen – und noch viel mehr den Längerdienenden aus dem unteren Führungskorps – ist die Tatsache noch unbekannt, daß die Bundeswehr von ihrer Aufgabenstellung, aber auch von der klassenmäßigen Zusammensetzung ihrer Führungskräfte her zu den Interessen der Arbeiterklasse nach Frieden und sozialer Emanzipation in unvereinbarem Widerspruch steht.“ (Seite 96)

Also: Weil die Wehrpflichtigen der Ansicht sind, die Bundeswehr sei vereinbar mit Frieden und sozialer Befreiung, sind sie „nicht bereit, den Kampf für ihre Interessen aufzunehmen“. Daneben wurde noch ausfindig gemacht, daß die „klassenmäßige Zusammensetzung ihrer Führungskräfte“ „gegenwärtig“ in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse stehe. „Arbeiterkinder in den Generalstab“ wird man Armanski bald rufen hören.

Diese nach Armanski so rückständigen Soldaten folgen der Bourgeoisie bedingungslos:

„Es läßt sich heute feststellen, daß die Bundeswehr materiell und moralisch für ihre verschiedenen Aufträge bestens gerüstet ist. Es gibt bisher auch keinerlei Anzeichen dafür, daß die Bundeswehr bei zunehmenden sozialen Konflikten größeren Erschütterungen ausgesetzt sein könnte.“ (Seite 96)

Das, was hier orakelt wird, entspricht den Wünschen der Bourgeoisie und widerspricht den Tatsachen. Die Soldaten befinden sich in vielen und hartnäckigen Kämpfen gegen die Offiziere. Sie beteiligen sich an den Kämpfen der Volksmassen und erklären öffentlich, sich nicht in Marsch zu setzen gegen die Volksmassen. Dies geschieht häufig, z.B. aus Anlaß des Kampfes gegen den Bau von Kernkraftwerken. Sie erklären ihre Solidarität mit dem Kampf der Völker gegen den Imperialismus. Die jungen Arbeiter gehen zur Armee, immer mehr mit einem klaren Bewußtsein davon, daß Waffenkenntnis für die Arbeiterklasse nötig ist für ihre Befreiung.

Keineswegs ist die Armee „moralisch für ihre verschiedenen Aufgaben gerüstet“. Tatsache ist, für den Bürgerkrieg einsatzfähig gemacht werden kann diese Armee *nur* durch sozialdemagogische Verteidigungspropaganda und Burgfriedensgewäsch. Das setzt eine sozialdemagogische Beschönigung der Verhältnisse voraus. Armanski ist geriebener Lieferant.

Die Soldatenbewegung ist zu weit fortgeschritten, als daß sie durch solche Leute zurückgezerrt werden könnte. Armanski will sich in der Soldatenbewegung einnisten. Wer eine solche Laus im Pelz hat, muß schütteln! – (hf)

Soldaten der französischen Armee in der BRD wurden arrestiert wegen Unterstützung der verbotenen Soldatenkomitees. Die Soldaten hatten sich getroffen, um die Aktionen der Soldatenkomitees in Landau, Neustadt und Karlsruhe zu koordinieren. In einer Soldatenzeitung hatten die Komitees einen Forderungskatalog aufgestellt. Die neue Disziplinarordnung der französischen Armee verbietet formell das Aufstellen und Veröffentlichen von Forderungen. Die Komitees hatten gefordert: Stationierung nicht weiter als 200 km vom Wohnort, 4 Wochen Jahresurlaub, Begrenzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden, Erhöhung des Wehrsolds auf 600 Francs (ca. 300 DM) sofort, Ausgleich für Wochenenddienst während der Woche, Freiheit gewerkschaftlicher Organisierung. Darüberhinaus fordern die Komitees den Rückzug aller französischen Truppen im Ausland und keine gemeinsamen Manöver der französischen Armee im Rahmen der NATO.

Vor Monaten gab es bereits eine größere Zahl von Inhaftierungen, als die Soldatenkomitees in der Region Rhone-Alpen ihre Aktionen einheitlich zusammenfassen wollten. (Nach: Le Monde, 3.12.1976)

Italien. „Die Bourgeoisie an den Galgen ...“ „Die ganze Innenstadt Mailands war in den Abendstunden des Dienstag bis tief in die Nacht hinein ein Schlachtfeld zwischen Tausenden junger Demonstranten und fast hilflosen Polizeihundertschaften. Die Aufrührer zogen in mindestens dreißig getrennten Kolonnen, die das Polizeiaufgebot völlig verwirrten, aus den Vorstädten heran.“ Mit quergestellten Autos und anderen Mitteln wurde der Polizei der Weg blockiert. „Der Treffpunkt der Kolonnen war der Platz vor dem Scala-Theater, wo das Mailänder Bürgertum nach alter Tradition der Eröffnung der 388. Opernsaison beiwohnen wollte.“ „Der Kampf ging Mann gegen Mann – mit einer Polizei, die sichtbar ihre Unlust an der Schlacht kundtat.“ (Stuttgarter Zeitung, 9.12.76)

Aufgerufen zu dieser Aktion hatten „proletarische Zirkel“ jugendlicher Arbeiter. Ihr Protest galt der Zurschaustellung des Reichtums der italienischen Bourgeoisie, der aus der brutalen Ausbeutung der Arbeiter, gerade auch der jugendlichen Arbeiter kommt.

Spanien. Streik der Hafenarbeiter in Barcelona. Seit Anfang Dezember befinden sich die Hafenarbeiter von Barcelona im Streik. Die Arbeiter verlangen die Wiedereinstellung von 8 ihrer gewählten Vertreter, die nach dem Generalstreik am 12. November aufgrund ihrer führenden Rolle entlassen wurden. (Nach: Neue Zürcher Zeitung, 10.12.1976)

Zürcher Zeitung, 10.12.1976)

Portugal. Kämpfe im Alentejo. Die sozialdemokratische Regierung Soares hat angekündigt, mindestens 100 seit 1974 von landlosen Bauern im Alentejo, dem wichtigsten Agrargebiet Portugals, besetzte Landgüter an ihre „rechtmäßigen Besitzer“ bis Mitte Februar 1977 zurückzugeben. Die neuformierte Nationalgarde, die Bürgerkriegstruppe der portugiesischen Bourgeoisie, ist mit Schützenpanzern, Hubschraubern und anderem schweren Gerät fest im Alentejo stationiert worden. – Die Kooperativen der Bauern haben im Gegenzug begonnen, den Besitz von weiteren 6 Großgrundbesitzern zu belagern, um ihn zu besetzen. Daraufhin hat der Landwirtschaftsminister angeordnet, den Kooperativen zunächst für 10 Tage den Kredit zu sperren, angeblich, weil sie keine genügend genaue Rechnungsführung unterhielten. (Nach: Neue Zürcher Zeitung, 10.12.1976)

Schweden. Gewerkschaftsdemonstration gegen Lohnraub. Zum ersten Mal seit Beginn der dreißiger Jahre haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften Schwedens am Samstag in Stockholm zu einer Demonstration aufgerufen. Sie richtete sich gegen die Erklärung des Arbeitgeberverbandes, in diesem Jahr keine „spürbaren“ Lohnerhöhungen zahlen zu wollen. Zum ersten Mal seit den dreißiger Jahren sind die schwedischen Sozialdemokraten aus der Regierung herausgeworfen, weil sie die Arbeiter nicht mehr im Griff hatten. Jetzt versuchen sie neuen Einfluß auf die Massen zu gewinnen. Die Demonstration dürfte diesem Ziel nicht entsprochen haben: „Die rund 6 000 Demonstranten trugen rote Fahnen und forderten auf Spruchbändern die Erfüllung der Forderungen“, schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“ am 6. Dezember.

DDR. Breite Einführung von Akkordarbeit geplant. In dem Bericht des Politbüros der SED über die wirtschaftliche Lage und den nächsten 5-Jahresplan wird die verstärkte Notwendigkeit einer „leistungsgerechten Entlohnung“ dargelegt. Dies soll durch die „planmäßige Einführung von Grundlöhnen in Verbindung mit wissenschaftlicher Arbeitsorganisation“ geschehen. Dies erweise sich immer mehr als ein erfolgreicher Weg zu Erhöhung des materiellen Interesses der Arbeiter an der Produktion. Gegenwärtig arbeiteten bereits 250 000 Arbeiter in der DDR unter solchen Lohnformen. – Andere Maßnahmen sollen sein: „Verstärkte Erziehung zu sozialistischer Arbeitsdisziplin“ und „volle Ausnutzung der Arbeitszeit“. (Zitate aus dem Bericht des Politbüros der SED, nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.12.1976)

Frankreich

Heftige Klassenkämpfe und bewegte „Parteienlandschaft“

In den frühen Morgenstunden des Sonntag, 5. Dezember, wurden die Räume des „Parisien libéré“, der größten französischen Morgenzeitung, von Spezialeinheiten der Polizei geräumt. Redaktion und Druckerei der Zeitung waren seit 22 Monaten durch die Arbeiter, Angestellten und einige Journalisten der Zeitung besetzt, womit sie sich gegen Massenentlassungen, Abbau der Löhne und betrieblicher Zusatzleistungen sowie Angriffe auf ihre gewerkschaftlichen Organisationsrechte durch den Pressezaren Ameury zur Wehr setzten.

Dieser Streik war der französischen Bourgeoisie ein Dorn im Auge, zumal er in der französischen Arbeiterklasse immer wachsende Unterstützung fand. Die Regierung entschloß sich also, „das Geschwür zu beseitigen“, wie der damalige Ministerpräsident Chirac schon ein Jahr vorher vorgeschlagen hatte. Mit einem Bulldozer drückten die Polizeikommandos die von den Arbeitern verbarrikadierten Eingänge ein und stürmten das Gebäude. Sie hatten es eilig, denn aus dem Viertel und ganz Paris strömten die Arbeiter herbei. Den ganzen Tag über demonstrierten Tausende durch Paris. Am Abend waren die Gewerkschaftsführungen gezwungen, den Streik für alle größeren Tageszeitungen auszurufen.

Am selben Tag fand in Paris auch der Gründungsparteitag der neuen gaullistischen „Sammlungsbewegung für die Republik“ (RPR) statt. Als die Räumung des „Parisien libéré“ bekannt wurde, brachen die versammelten Bourgeois-Delegierten in stürmischen Beifall aus. Jacques Chirac, der neue „starke Mann“ der Gaullisten, pfiff sie zurück. Er sei über die Polizeiaktion „zutiefst empört und schokkiert“. Derselbe Chirac 1975, damals als Premierminister, im Fernsehen: „Ich nehme die 300 Entlassungen (beim „Parisien libéré“) auf mein Konto. Das ist eine Entscheidung der Regierung.“

Chirac ist gegenwärtig bemüht, in Frankreich „die Parteienlandschaft in Bewegung zu bringen“. Kaum drei Monate, nachdem er als Premierminister abtreten mußte, präsentierte er sich unter einem überlebensgroßen Bild des Generals de Gaulle als neuer Führer einer „antikollektivistischen“ Bewegung für nationale Eintracht, gegen die „Volksfrontgefahr“. Im Manifest, das er vom Parteitag einstimmig und lautstark akklamieren ließ, wird „Recht auf Arbeit“, „Mitbestimmung“, „soziale Sicherheit“, „Vermögensbildung“ und anderes mehr verheißen. Den kleinen Bauern, Händlern und Gewerbetreibenden, an deren Existenzvernichtung er als Premierminister mitgewirkt hat, wird „Unterstützung“ durch den Staat versprochen. „Alle Privilegien des Geldes, der Macht und der Bildung“ sollen fallen und Chancengleichheit für jedermann, vor allem in der Bildung, soll eingeräumt werden. Dies soll geschehen, „ohne Leistung, Initiative und Mut zum Risiko zu schwächen“. Die „Lust zum Unternehmertum“ soll wieder einkehren. Auf diesem Wege soll der „soziale Frieden“ hergestellt und Frankreich zu neuer „Grandeur“ (Glanz und Größe) geführt werden.

Man sieht, der sozialchauvinistische Brei, der hier angerührt wird, ist nicht gerade originell. Zumal Chirac als langjähriger Ministerpräsident als abgefeimter Reaktionär bekannt ist, der fanatisch die verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung der Massen betrieben und den Reichtum des Finanzkapitals gemehrt hat. Gegen die Arbeiterklasse ist ein Lohnstopp von 6,5 Prozent verhängt, der – bei einer Teuerung um 10,8 Prozent vom Januar bis zum Oktober – die Löhne bis Jahresende um wenigstens 5 bis 6 Prozent abgebaut haben soll. Die Arbeitslosigkeit ist auf offiziell 1,025 Millionen, real 1,4 Millionen gestiegen, der höchste Stand der Nachkriegszeit.

Chirac ist das noch zu wenig „Grandeur“. Angesichts der verstärkten Rivalität der Supermächte um Europa und der Stärkung des Konkurrenten BRD im Rahmen der EG will er eine „Volksgemeinschaft“ schmieden, die die zurückgefallenen französischen Imperialisten in der Konkurrenz wieder weiter nach vorn bringt.

Allerdings, im Schwenken der Trikolore, der Fahne der imperialistischen französischen Bourgeoisie, und in der Propagierung verschärfter Ausbeutung als einem allgemeinen Interesse der Nation können die Gaullisten die in der „Linksunion“ zusammengeschlossenen Sozialdemokraten um Mitterand und die Revisionisten um Marchais kaum noch übertreffen.

Bei den Polizeiabsperrungen vor dem „Parisien libéré“ und bei allen großen Demonstrationen waren unweigerlich vornweg die Parlamentsabgeordneten, Bürgermeister usw. der revisionistischen PCF zu finden, angetan mit den breiten Schärpen in Nationalfarben, womit die französische Bourgeoisie ihre staatlichen Hoheitsträger ausstattet, um sie sichtbar auf ihre Ziele zu verpflichten.

Die Forderungen der Arbeiter, daß keine Entlassungen und kein Lohnabbau stattfinden darf, hat die von den Revisionisten beherrschte CGT-Gewerkschaftsführung dahin verdreht, es gehe um Verhandlungen mit dem Zeitungskapitalisten über „eine gemeinsame Feststellung des für den ‚Parisien libéré‘ notwendigen Personals“ und um finanzielle Entschädigung derjenigen, die danach entlassen werden müßten – soweit man sie nicht vorzeitig pensionieren kann. Andere Druckbetriebe sollten dann bevorzugt die Entlassenen einstellen. (Le Monde, 9. Dezember) In einem anderen Artikel, der enthüllt, daß in der Druckbranche bis 1980 weitere 15 000 Arbeitsplätze eingespart werden sollen, fordert die revisionistische Gewerkschaftsführung, der Staat solle sichern, daß im Ausland Gedrucktes künftig in Frankreich gedruckt werde. Überschrift: „Die französische Druckindustrie *ist* lebensfähig ...“ (La vie ouvrière, 7. Dezember)

Es ist den Revisionisten nicht gelungen, den Kampf, der sich um den „Parisien libéré“ entwickelt hat, zurückzudämmen. „Die Gewerkschafsführer wußten genau, daß, wenn sie nicht sofort und mit Festigkeit (durch Aufruf zum Bestreiken aller Tageszeitungen und Organisierung von Massendemonstrationen) reagierten, sie riskieren würden, daß ein entschlossener Teil der Arbeiter sich auf gewaltsame Aktionen verlegt“, schätzte die bürgerliche Zeitung „Le Monde“ verständnisvoll ein.

Am Montag und Dienstag waren alle großen Pressebetriebe bestreikt. Am Dienstag strömten allein in Paris fünfzig- bis hunderttausend Arbeiter aus vielen Betrieben zu einer Demonstration zusammen. In ganz Frankreich wurden Demonstrationen organisiert, an denen insgesamt 250 000 sich beteiligten, in den meisten Fällen bei vorzeitiger Arbeitsniederlegung im eigenen Betrieb. Die Druckarbeiter waren fast vollständig vertreten. Fast zwei Jahre lang hatten sie den Kampf ihrer Kollegen vom „Parisien libéré“ mit Beiträgen, oft 10 bis 15 Prozent ihres Lohns, unterstützt und als ihren eigenen Kampf geführt. Aber auch Arbeiter aus großen Metallbetrieben wie Renault, Dassault sowie aus staatlichen Betrieben traten mit ihren eigenen Forderungen auf. Im öffentlichen Dienst, wo die Regierung Barre ihren Lohnraubplan durchexerzieren will, wird gegenwärtig der Streik vorbereitet.

Der Zeitungsstreik wurde am Mittwoch von der revisionistischen CGT-Führung für die Dauer von Verhandlungen ausgesetzt.

Das Zusammenfallen der Polizeiaktion gegen den „Parisien libéré“ und des Gründungsparteitags der neuen gaullistischen „Sammlungsbewegung“ hat im Lager der Bourgeoisie lebhafte Verärgerung ausgelöst. Der alte Klepper des Gaullismus, mit viel „Grandeur“, Trikolore, Lothringerkreuz und „Mein General“ aufgeputzt, ist gleich beim Aufgalopp angesichts der kraftvollen Bewegung der französischen Arbeiterklasse scheu geworden. – (gk)

Britischer Imperialismus muß BP-Anteile verkaufen

Vorstoß des BRD-Imperialismus in der EG

„Seit vier Wochen schon wird Großbritanniens Wirtschaft abgeklopft und durchleuchtet, und zwar von Wirtschaftsärzten, die den Kittel des Internationalen Währungsfonds (IWF) tragen“, spottet die „Welt“ am 7. Dezember. Der BRD-Imperialismus hat bei der Diagnose und dem Ausfüllen des Rezeptes neben dem US-Imperialismus ein gewichtiges Wort mitgesprochen: Um 2 Milliarden Pfund soll das britische Haushaltsdefizit verringert werden, 500 Millionen Pfund sollen durch den Verkauf der 20-prozentigen Aktienbeteiligung der Bank von England an der BP (British Petroleum) hereinkommen.

Zwar steht der Käufer noch nicht fest, die „Welt“ verkündet in derselben Ausgabe jedoch stolz: „Der deutschen Deminex wird ein BP-Aktienpaket angeboten“, was wohl der Wahrheit entsprechen wird.

Der britische BP-Konzern ist der zweitgrößte Konzern Europas überhaupt. Mit der 20-prozentigen Beteiligung ist der BRD-Imperialismus in seinen Plänen im Kampf um die direkte Ausbeutung billiger Rohstoffquellen einen großen Schritt vorangekommen.

Durch den geplanten Kauf wird gleichzeitig die Deminex, die extra für die Aggression im Kampf um die Rohstoffquellen gegründete „Versorgungsgesellschaft“, gestärkt.

Aufbau der Deminex als nationalem Erdölkonzern

„Bohrt im Eis und in der Wüste“, „Deminex bekommt mehr Schlagkraft“, „Deminex bohrt in vier Erdteilen“, so bejubelt die Presse die Raubzüge des westdeutschen Erdölkonzerns. 1969 wurde die Deminex gegründet. Von Anfang an hatte sie den Auftrag, Rohstoffquellen, vorwiegend Erdöl, außerhalb des Landes aufzuspüren, auszubeuten und sich in andere Erdölgesellschaften einzukaufen.

Esso-Vorstandsvorsitzender Oehme hatte die Marschrichtung angegeben: „In der Bundesrepublik muß eine leistungsstarke nationale Mineralölgesellschaft entstehen, die schnellstmöglich international wird.“ Der BRD-Imperialismus kann die Expansion seines Kapitals nur sichern, wenn er gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten in der Sicherung billiger Rohstoffquellen nicht ins Hintertreffen gerät. Bilige Rohstoffe verringern die fixen Kosten in der Produktion, während steigende Rohstoffpreise die Profitrate sinken lassen. Da Öl als einer der Hauptenergieträger fast in jedem Industriezweig für die Produktion verwandt wird, ist die gesamte Kapitalistenklasse, und nicht nur die direkt von der Ausbeutung der Rohstoffquellen profitierenden Konzerne, an der Herrschaft über billige Rohstoffquellen interessiert. „Auch andere rein deutsche Ölgesellschaften sollen Zugang zu Ölquellen im Ausland erhalten. Mit dieser Aufgabe ist die Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft Deminex (mit dem Sitz in Düsseldorf) betraut, an der acht deutsche Ölgesellschaften beteiligt sind. Sie soll einen wichtigen Beitrag zur besseren Sicherung der westdeutschen Rohölversorgung leisten. Die Deminex kann ihre Aufgabe, sich in den verschiedensten Ländern und Kontinenten an der Rohölförderung oder am Aufschluß ausbaufähiger Ölvorkommen zu beteiligen, aber nur gerecht werden, wenn ihr dabei der Staat noch mehr als bisher finanziell und mit der Absicherung von Risiken unter die Arme greift.“ (Handelsblatt, 3./4. Dezember)

Die Bundesregierung hat diesen Auftrag ernst genommen und den Aufbau der Deminex zielstrebig vorangetrieben. Die VEBA, an der die Bundesregierung selber mehrheitlich beteiligt ist, hat über 50 Prozent der Aktienanteile der Deminex. Für das erste Deminex-Programm hatte die Bundesregierung 575 Millionen DM zur Verfügung gestellt, bis 1978 zahlt sie weiter jährlich 200 Millionen DM. Gegründet worden ist die Deminex 1969 als Dachorganisation der anderen Ölkonzerne, wobei die Deminex zentral unter direkter Staatsaufsicht die Ausbeutung billiger Rohstoffquellen im Ausland sichern soll. Wie langfristig die Strategie der Deminex dabei angelegt ist, macht das folgende Zitat aus demselben Artikel deutlich: „Zur Erfüllung ihrer Aufgaben muß sie entweder mit großen Ölförderländern oder mit internationalen Ölgesellschaften zusammenarbeiten. Heute gibt es aber – außer den USoch kein Förderland, das über nennenswerte eigene Ölfelder verfügt Sie sind einstweilen noch in den Händen der internationalen Ölgesellschaften. Daher ist der Einkauf bei bereits fördernden Gesellschaften der Weg, der *zunächst* beschritten wird. Die Deminex muß versuchen, das Risiko dabei so breit wie möglich zu streuen, und sich an einer möglichst großen Explorationsfläche in den verschiedensten Ländern beteiligen.“ Dieses „zunächst“ hat Gewicht, zeigt es doch die Richtung an, in die der Kampf um billige Rohstoffquellen die Imperialisten unweigerlich treibt – die kriegerische Auseinandersetzung.

Einkauf in den britischen Imperialismus

Der britische Energieminister hat gegen die Pläne des Verkaufs der BP-Aktien heftig protestiert. Der BP-Konzern ist der größte englische Erdölkonzern. Über den BP-Konzern treibt der britische Imperialismus in 80 Ländern der Welt seine Aggression und Ausplünderung. In der ganzen Welt beschäftigt er 170 000 Arbeiter und Angestellte. Etwa 15 Prozent der Versorgung Westeuropas mit den wichtigsten Raffinerieerzeugnissen erfolgt durch den BP-Konzern.

Mit dem Einkauf bei BP wird der BRD-Imperialismus auf dem Weg, den er „zunächst“ beschreiten will, einen gewaltigen Schritt nach vorn machen. Durch die Deminex hat er bisher in der Nordsee, in Trinidad, Guayana, Peru, Senegal, Nigeria, Algerien, Ägypten, Iran, Burma und Indonesien nach Erdöl und Erdgas gebohrt. Direkt an der Ausbeutung von Erdölfeldern ist der Konzern bisher erst in der Nordsee beteiligt. Jetzt wird der westdeutsche Imperialismus über die geplante Beteiligung an der BP an Rohstoffquellen in der ganzen Welt herankommen.

Die westdeutschen Imperialisten haben die Krise des britischen Imperialismus genutzt, um im Kampf um die Vormachtstellung in der EG einen entscheidenden Schritt zu tun. „Die Gemeinschaft tut gegenwärtig nicht genug, um zu einer gemeinsamen Energiepolitik zu gelangen und die Energieprobleme in einem größeren internationalen Rahmen zu diskutieren. Wenn wir bedenken, wie abhängig wir in unserer Energieversorgung von der Außenwelt sind, dann wird deutlich, daß es sich hier um eine Frage handelt, die für die Krisenfestigkeit unseres Produktionsapparates und die Versorgungssicherheit von wesentlicher Bedeutung ist“, kritisierte der ehemalige Premierminister der Europäischen Union, Leo Tindemans, die Energiepolitik der EG. Der Grund für die fehlende Gemeinsamkeit in der Energiepolitik liegt im Charakter der EG als einem Zusammenschluß der imperialistischen Mächte. Der Produktionsapparat und die Versorgungssysteme sind in der Hand der Monopole und Staatsmonopole, die in der Jagd nach dem Höchstprofit sich gegenseitig die Märkte und Rohstoffquellen abjagen. Die Vorteile, die eine imperialistische Macht in diesem Kampf erringt, nutzt sie dabei nur zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land und zur verschärften Aggression gegen die Völker der Welt. – (ds)

Interview mit einem Vertreter der spanischen Arbeiterkommissionen:

Die Arbeiter haben mit dem Aufbau der Einheitsgewerkschaft begonnen

Der faschistische Staat hat stets nur der Bereicherung der Oligarchie und der Imperialisten durch die Ausbeutung und Unterdrückung des ganzen Volkes gedient. Die Oligarchie hat Kredite im Ausland gesucht für den Preis, unser Land zu verkaufen. Dies, zusammen mit der Existenz des faschistischen Staates, hat die Oligarchie in Gegensatz zu allen übrigen Klassen des Volkes gebracht. Heute gibt es allein einen Hauptfeind: das ist die Oligarchie, die mit dem Yankee-Imperialismus liiert ist.

Die Alliierten der Arbeiterklasse sind auf dem Lande die Landarbeiter, die Kleinbauern und das ländliche Mittelbürgertum, es sind in der Stadt das Halbproletariat, die Kleinbourgeoisie und einige Teile des mittleren Bürgertums, besonders die fortschrittliche Intelligenz. Dieses Bündnis der Klassen hat gemeinsame Interessen, die nur durchgesetzt werden können, wenn die Oligarchie und der Imperialismus gestürzt werden, wenn eine volksdemokratische Diktatur errichtet wird, die eine Zeit des Friedens und des Fortschritts in unseren Land eröffnet, und die uns zum Sozialismus führt.

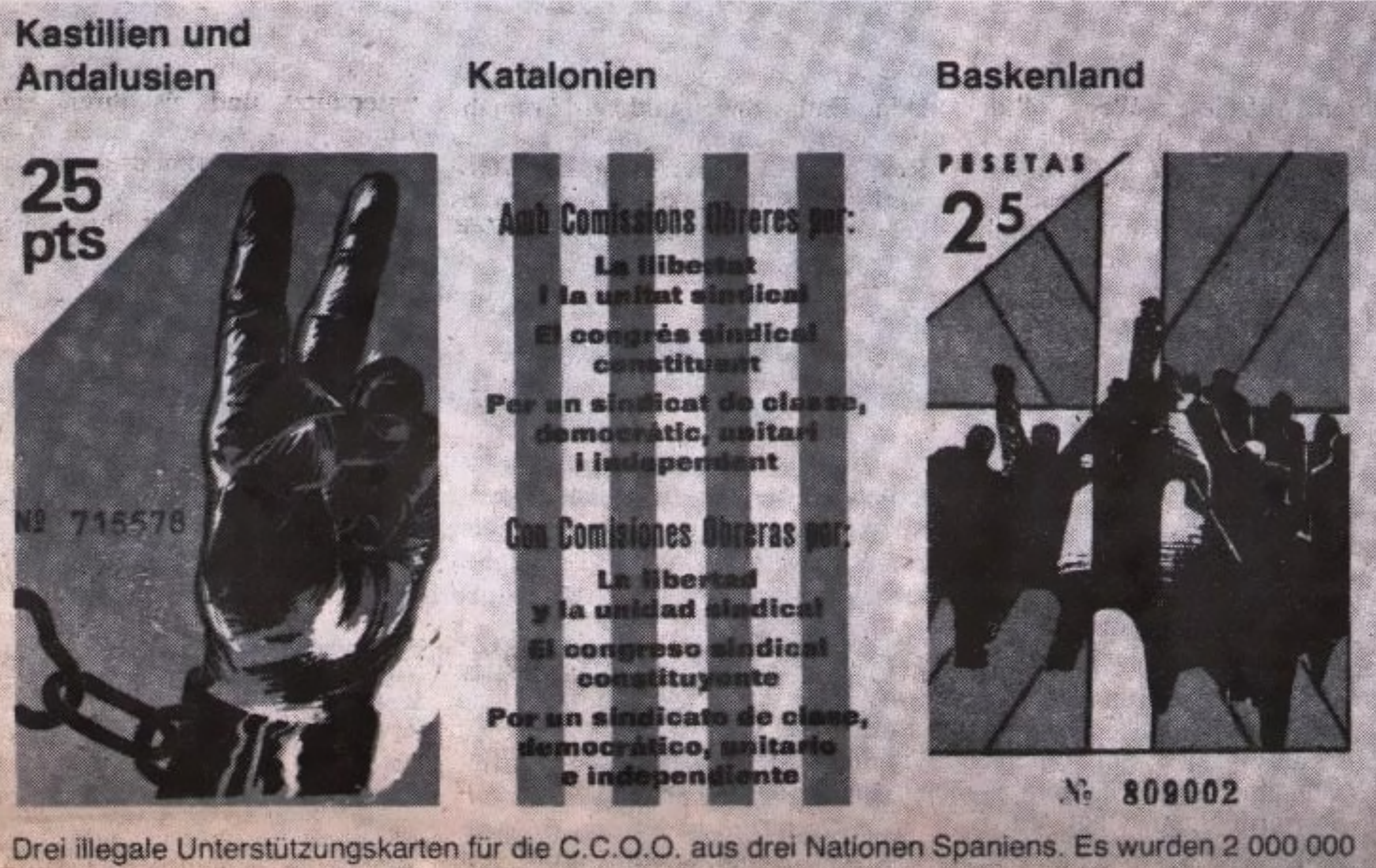
Um noch ein paar Fakten anzuführen, die die soziale und wirtschaftliche Lage unseres Volkes beleuchten:

Ein Arbeiter, wenn er einen Lohn haben will, der ihm einigermaßen erlaubt, menschenwürdig zu leben, muß 12 Stunden täglich arbeiten. Das festgelegte Mindestgehalt bewegt sich bei 9 000 Peseten, das sind ungefähr 360 DM, während die Preise denen in der BRD jetzt schon ziemlich entsprechen. Bauern haben oft nur zwei bis drei Monate Arbeit, dann gehen sie nach Frankreich zur Ernte. Sie arbeiten von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, sind getrennt von ihrer Familie. Ihre Kinder können nicht in die Schule gehen, einerseits weil es nicht eine genügende Anzahl von Schulen gibt, und dann, weil die Kinder ihren Eltern bei der Landarbeit helfen müssen. Ungefähr mit 8 oder 9 Jahren fangen sie damit an. Die Bedingungen der medizinischen Versorgung und des Gesundheitswesens sind auf dem Land völlig unzureichend. Aber auch im ganzen übrigen Land: in Madrid zum Beispiel gibt es 4 Millionen Ratten.

In ihren Kämpfen hat die Arbeiterklasse die sichere Unterstützung von anderen Teilen des Volkes gehabt, wie z.B. beim Streik der Arbeiter des Kalibergwerkes von Potasa, wo seit dem Einschluß von 47 Arbeitern in der Grube das Volk von Navarra sich in Solidarität mit den Eingeschlossenen in den Kampf stürzte. Diese Solidarität hat das Volk von Navarra Opfer und Blut gekostet. Eine Versammlung von mehr als 5 000 Personen vor den Toren des Bergwerks von Potasa rief harte Unterdrückungsmaßnahmen durch die faschistische Polizei hervor. Die Einheit des Volkes von Navarra wurde aufgebaut in den Kämpfen und gegen die Repression durch die Polizei. Daß das Proletariat von Navarra sich in Arbeiterkommissionen organisierte, diente den anderen Schichten des Volkes als Vorbild. So wird z.B. die Versammlung der Akademiker und Techniker gegründet, die Versammlung der Studenten, und schließlich am Vorabend des 1. Mai versammeln sich 20 000 Personen aus sämtlichen Teilen des Volkes – Arbeiter, Landarbeiter, Akademiker und Techniker, Viehbauern, Hausfrauen – um die Asemblea popular (Volksversammlung) von Navarra zu gründen. Die Polizei griff ein und verhaftete 221 Genossen mit der Pistole in der Hand.

Angesichts der Unmöglichkeit, solche Versammlungen mit so vielen Personen durchzuführen, wählte man die Taktik, Delegierte zu wählen, und diese 400 Delegierten versammelten sich am 17. Juni und gründeten die Volksversammlung von Navarra. Sie ist eine Form der Organisierung für den Kampf des ganzen Volkes. So zum Beispiel organisierte sie den Kampf für die Amnestie, ebenso für die Verteidigung der Interessen der Viehzüchter. Diese Organisationsform verbreitete sich weiter über viele Dörfer in Navarra und von da aus über das ganze Baskenland. Es wurden massenhafte Volksversammlungen in Tolosa, in Irun, in Durango, in Sestau und an anderen Orten durchgeführt. Ein Beispiel für die Unterstützung, die diese Versammlungen im Volk finden: In Tolosa, das 30 000 Einwohner hat, sind zur Versammlung 10 000 gekommen. So ist es auch in anderen Orten gewesen.

Am 27. September, dem 1. Jahrestag der Ermordung der 5 Antifaschisten, riefen die Asembleas Populares im Baskenland zu einem Generalstreik für die Freiheit und die Amnestie in unserem Land auf. Diesem Aufruf sind 600 000 Arbeiter und Männer und Frauen aus unserem Volk gefolgt.



Drei Unterstützungskarten für die Arbeiterkommissionen, von denen insgesamt 2 Millionen illegal verkauft wurden. Die Arbeiterklasse der verschiedenen Nationalitäten Spaniens schafft sich so ihre Kriegskasse.

Arbeiterklasse der verschiedenen Nationalitäten Spaniens schafft sich so ihre Kriegskasse.

Sturz des Faschismus und volksdemokratische Revolution

Die gegenwärtige Schwäche des Faschismus ist begründet durch die Mobilisierung und die wachsende Organisiertheit der Arbeiter und der Volksmassen. Die Oligarchie muß versuchen, das Volk zu betrügen, und deshalb unternimmt sie jetzt das Manöver der Reform ihres faschistischen Staates.

Mit dem Tode Francos setzte die Oligarchie an die Spitze ihres Staates den Hampelmann Juan Carlos. Dieser hat als wichtigste Aufgabe, dem Faschismus das Gesicht zu waschen. Die erste Regierung von Juan Carlos hatte schon einen exakten Plan für die Reform, aber nicht die Zeit, ihn auszuführen. Sie verstrickte sich in eine verbrecherische Unterdrückungskampagne, die ihren Höhepunkt in den Morden von Vitoria und Montejurro fand, und danach konnte sie nicht mehr behaupten, daß ihre Reform der Weg zur De-
danach konnte sie nicht mehr behaupten, daß ihre Reform der Weg zur De-
mokratie sei. Juan Carlos ernannte eine neue Regierung unter Suarez und trug ihr dieselbe Operation auf. Diese Regierung, die aus Faschisten und Dienern des großen spanischen und ausländischen Kapitals besteht, hat erreicht, daß die faschistische Cortes (Ständeversammlung) die politische Reform annimmt. Das sind die Väter der Reform, Faschisten seit eh und je, die ein bißchen ändern wollen, damit alles bleiben kann wie es war.

Die Ziele und Absichten dieser Reform werden grell beleuchtet durch das, was bisher geschehen ist, seitdem die Faschisten Demokratie spielen: eine fortdauernde und wilde Unterdrückung der Volksmassen, die damit anfängt, die einfachste demokratische Versammlung zu verbieten, und die beim Mord endet; ökonomische Maßnahmen, die darauf gehen, daß das Volk die Krisenlasten tragen muß, während die Bankiers und Großgrundbesitzer sich bereichern.

Die wirklich demokratischen Kräfte Spaniens sprechen sich gegen die Reform von Suarez aus und festigen ihre Einheit in der P.O.D. (Plattform demokratischer Organismen), um diese Reform zu bekämpfen. Angesichts der Farce von Referendum, zu dem Juan Carlos aufgerufen hat, rufen wir die demokratischen Kräfte zum aktiven Boykott auf, um die Isolation des Faschismus zu vergrößern. Die Taktik, die die ORT in diesem aktiven Boykott vorschlägt, ist eine breite Mobilisierung in den Fabriken, wo die Arbeiter in den Versammlungen kollektiv beschließen, nicht zur Wahl zu gehen. Die ORT ruft zu Demonstrationen auf der Straße auf, die die demokratischen Freiheiten und die Amnestie fordern.

In der jetzigen Phase ist das Haupt-
Freiheiten und die Amnestie fordern.

In der jetzigen Phase ist das Hauptangriffsziel der Faschismus. Dafür müssen alle Kräfte zusammengeschlossen werden, die zusammengeschlossen werden können.

Aber unsere Partei behandelt die Aufgaben der jetzigen Phase des Kampfes gegen den Faschismus im Zusammenhang der Aufgaben der ganzen Etappe, d.h. dem Sturz der Oligarchie und des Imperialismus durch die volksdemokratische Revolution. Im Kampf gegen den Faschismus müssen wir die politischen Mittel herausbilden, die notwendig sind, um das strategische Ziel der volksdemokratischen Revolution zu erreichen: erstens der Wiederaufbau der Kommunistischen Partei der Arbeiterklasse, zweitens die Errichtung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und drittens die Errichtung der Volksfront gegen die Oligarchie und den Imperialismus.

Aufbau von Einheitsgewerkschaften der Arbeiterklasse

Die Zerschlagung aller gewerkschaftlichen Organisationen nach der Niederlage, die das spanische Volk im nationalrevolutionären Krieg hinnehmen mußte, ließ die Arbeiterklasse ohne Schutz vor der großen Ausbeutung, der sie unterworfen wurde. Die Arbeiterklasse fing wieder an, heftige Kämpfe zu entwickeln, aus denen die Arbeiterkommissionen hervorgingen. Sie wurden geschaffen in der Hitze des Kampfes der Arbeiterklasse. Seit den sechziger Jahren gab es in unserem Land nicht einen wichtigen Kampf, an dessen Spitze nicht die Arbeiterkommissionen gestanden hätten.

Die Hauptantriebskraft für den Aufbau der Arbeiterkommissionen ist immer der Kampf um kollektive Tarifverträge gewesen. Ein Beispiel ist der Generalstreik in El Ferrol, der ausgegangen ist von einem Kampf der Werftarbeiter für solche Tarifverträge.

Eine wichtige Phase, die die Arbeiterkommissionen durchlebt haben, war die Verbindung von legalen und illegalen Mitteln bei den Vertrauensleutewahlen für das faschistische Zwangssyndikat. Hier wurden einheitliche Listen aufgestellt, die von den Arbeitern selbst zusammengestellt waren. Diese Einheitslisten wurden öffentlich vorgestellt, mit den Forderungsplattformen der Arbeiterkommissionen aus jedem Ort, jeder Branche oder jedem Unternehmen.

Diese Forderungen waren im allgemeinen: Lohnerhöhungen für alle Arbeiter gleich, Arbeitswoche mit 40 Stunden, 30 Tage Urlaub, 100 % Lohn im Fall von Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit, Recht auf Streik, Demonstration und Versammlung.

Heute muß der Zusammenschluß der Arbeiter vor allem durch den Aufbau der Einheitsgewerkschaft, die alle Arbeiter erfaßt, hergestellt werden. Die wichtigsten Losungen dieses Kampfes sind: Mit den Comisiones obreras für gewerkschaftliche Einheit und Freiheit! Gründungskongreß der Gewerkschaft! Für eine Klassengewerkschaft, die demokratisch, einheitlich und unabhängig ist.

973 Delegierte der Arbeiterkommissionen haben in Coslada beschlossen, diese Punkte in den Mittelpunkt des Kampfes der Arbeiterkommissionen zu stellen.

Die Reformisten und Revisionisten behaupten, daß es eine gewerkschaftliche Pluralität gibt und man von dieser Tatsache ausgehen müßte. Aber tatsächlich war die Arbeiterklasse viele Jahre lang um die Comisiones Obreras gesammelt, als einzige einheitliche Organisation der Arbeiterklasse! Heute, wo es einfach ist, gewisse kleine Freiräume zu nutzen, die die Arbeiterklasse mit ihren Kämpfen errungen hat, drängen die bürgerlichen Parteien den Arbeitern ihre Gewerkschaften auf. Das entspricht jedoch nicht der Wirklichkeit in den Fabriken. Die Zahl der Arbeiter, die diese bürgerlichen Gewerkschaftszentralen vertreten, ist verschwindend klein. Es gibt keine gewerkschaftliche Pluralität. Was es allerdings gibt, das ist der Wille der bürgerlichen Parteien, die Arbeiterbewegung zu spalten.

So unterhalten sie die UGT als Transmissionsriemen der sozialdemokratischen PSOE, die USO für die übrigen Sozialdemokraten, die CNT für die Anarchisten, und jetzt neuerdings eben die „Confederacion syndical de Comisiones Obreras" als Transmissionsriemen der revisionistischen PCE. Um weiterhin aufrechtzuerhalten, daß sie nach wie vor die gewerkschaftliche Einheit vertreten, haben die drei bürgerlichen Gewerkschaftsspitzen jetzt einen bürokratischen Wasserkopf, eine „Koordinationsstelle" geschaffen.

In dieser Situation haben die Arbeiter damit begonnen, ausgehend von den Versammlungen in ihren Fabriken ihre Einheitsgewerkschaften aufzubauen.

Auch in der Praxis stehen sich die beiden Positionen schon scharf gegenüber: die Einheitsgewerkschaften, die von den Arbeitern selbst aufgebaut wurden, kämpften beim Generalstreik am 12. November für die eigenen Forderungen der Arbeiter, verließen die Fabriken und gingen auf die Straße. Sie organisierten Versammlungen in den Industrievierteln zur Diskussion darüber, wie unter den Arbeitern der einzelnen Betriebe die gewerkschaftliche Einheit hergestellt werden kann. Die Reformisten und Spalter sprachen sich für einen „geordneten und begrenzten Streik" aus, der strikt nur 24 Stunden dauern sollte, und bei dem die Arbeiter die Betriebe nicht verlassen und nicht auf die Straße gehen sollten.



Demonstration der 150 000 am 8. Juli 1976 in Bilbao für die Freilassung aller politischen Gefangenen des Regimes und politische Freiheiten. Zu dieser Demonstration hatten die Arbeiterkommissionen und Asembleas Populares im Baskenland aufgerufen.

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Osnabrück. Die Kreisjugenddelegiertenkonferenz des DGB am 11.12. hat per Beschluß den neuen Kreisjugendausschuß aufgefordert, eine Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker des südlichen Afrika durchzuführen. In dem Beschluß ist festgelegt:

„Wir wissen, daß auch das westdeutsche Kapital hartnäckig seine Interessen, die Jagd nach den höchsten Profiten und billigsten Rohstoffquellen im südlichen Afrika verfolgt. Dagegen führen die schwarzen Volksmassen den Kampf gegen ihre Ausbeutung. Das schwächt auch die Kapitalisten in Westdeutschland und das schafft günstige Bedingungen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Westdeutschland, um hier die Kapitalisten und ihre Interessen zu treffen.

Der Kampf der Völker im Südlichen Afrika ist ein großartiger Beitrag für den Kampf der internationalen Arbeiterklasse für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Westberlin. Der Streikrat der Germanistikstudenten hat beschlossen, das Streikfest im Zeichen der Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes durchzuführen. Mit Wandzeitungen und einem Dia-Vortrag wurde die Ausplünderung des Volkes von Zimbabwe durch die Imperialisten, insbesondere den BRD-Imperialismus, enthüllt und die Geschichte des Kampfes dagegen bis zum heutigen Zeitpunkt dargestellt. Während des Fests wurden 600 DM gesammelt. Zusammen mit dem Erlös eines Basars in den darauffolgenden Tagen ergab sich eine Summe von 750 DM, die ein Vertreter des Komitees Südliches Afrika am Samstag, dem 11. 12. den Vertretern der ZANU in Frankfurt übergeben hat.

Bremen. Während der Internationalismuswoche vom 6. 12. bis 10.12. an der Universität Bremen wurden am Donnerstag am Basar, bei der Kundgebung am Vormittag, bei der die drei Lastwagen für die ZANU vorfuhren, an der Mensa und der Streikversammlung am Nachmittag rund 400 DM für die ZANU gesammelt.

Diepholz. An einer Veranstaltung der Zelle Diepholz des KBW im Jugendzentrum nahmen 15 Jugendliche teil. Es wurden 25 DM für die ZANU gespendet. Ein älterer Genosse, der früher der KPD angehörte, und jetzt dem KBW beigetreten ist, machte in seinem Stadtteil eine Sammlung. In einer Familie, die von Sozialhilfe lebt, wurden 7 DM gespendet. Die Kinder der Familie kamen zur Veranstaltung ins Jugendzentrum.

Telgte. Bei Winkhaus, Metallbetrieb für Schlösser und Baubeschläge, haben in der Frühstückspause zwei von drei Arbeiterinnen beschlossen, vom Weihnachtsgeld zusammen 50 DM für die ZANU zu spenden. Am nächsten Tag brachten sie einen Sack voll Kleider mit. Anlaß der Diskussion war ein Hetzartikel gegen die Völker Afrikas in der Bild-Zeitung.

München. Die Initiative für ein Komitee Südliches Afrika München und der KBW Bezirk Oberbayern/Schwaben führten vom 29. November bis 4. Dezember eine Aktionswoche zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes durch. Dabei wurden z.B. bei der Agitation in Häusern und Hinterhöfen allein in einem Haus in der Auenstraße in München 87 DM gesammelt. Die Spendensammlung für den bewaffneten Befreiungskampf erbrachte in dieser Woche über 2 500 DM, davon 2 100 DM auf einer Veranstaltung mit 80 Teilnehmern, die den Abschluß der Woche darstellte. Auf der Veranstaltung überreichte eine Rentnerin einen Teil ihres gesparten Geldes für die ZANU, und zwar 1 000 DM. An der Kundgebung in der Fußgängerzone am 4. Dezember beteiligten sich insgesamt etwa 400 Menschen, wo das Theaterstück der Agitpropgruppedes KBW begeisterte Zustimmung fand.

Kassel. An der ehemaligen Kolonialistenschule für internationale Landwirtschaft in Witzenhausen, heute Teil der Gesamthochschule Kassel, studieren etwa 200 Studenten. Zu Kaiser Wilhelms Zeiten diente dieses Institut der Ausbildung von Kolonialagenten. Nahezu die Hälfte der Studenten kommen heute aus Ländern der Dritten Welt; die westdeutsche Bourgeoisie will Vertreter ihrer imperialistischen Interessen dressieren. Eine Veranstaltung zur Unterstüzung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe wurde durchgeführt. Mehr als 60 Studenten beteiligten sich und unterstützten einmütig den bewaffneten Befreiungskrieg unter Führung der ZANU; 120 DM wurden gesammelt. Mindestens zwölf Studenten fuhren mit zur Veranstaltung nach Frankfurt. Über 20 Titel marxistisch-leninistischer Literatur wurden verkauft, revolutionäre Literatur in Englisch bestellt. Die Mitglieder der äthiopischen Studentenorganisation ESU besuchten geschlossen die Veranstaltung in Frankfurt.

Freiburg. Auf der allgemeinen Vollversammlung der Pädagogischen Hochschule Freiburg haben die 300 anwesenden Studenten nach einem Beitrag für den bewaffneten Volkskrieg des Volkes von Zimbabwe 170 DM gespendet.

Thailand:

Die Städte werden vom Land her eingekreist

„Amerikanische Imperialisten und blutdürstige Kolonialisten, hört zu! Mitglieder der faschistischen Junta, die die Interessen der Nation und des Volkes verraten haben, hört zu! Mitglieder der Clique von Thanin, dieses Strohmannes im Dienste des US-Imperialismus, hört zu! Die Jugend und die Studenten Thailands haben immer für die Unabhängigkeit, Demokratie und die grundlegenden Interessen der Ärmsten der Gesellschaft auf dem friedlichen Wege gekämpft, innerhalb der Gesetzesbuchstaben und der Verfassung. Obwohl unsere Freunde grausam bedroht, getötet und einer nach dem anderen verhaftet wurden, sind wir immer geduldig gewesen. Aber auf unsere Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit ist mit schamlosen Lügen geantwortet worden. Unser friedlicher Kampf ist ausschließlich mit Bomben und Kugeln beantwortet worden. Wir haben unsere bloßen Hände erhoben, um nach Gerechtigkeit zu rufen, aber sind mit Blut überschüttet worden. Wir sind verhaftet worden, einer nach dem anderen ermordet und schließlich aufgehängt und lebendig begraben worden.

Nun ist das Ende des friedlichen Kampfes mit bloßen Händen gegen bewaffnete politische Verbrecher gekommen. Nun ist das Ende des Kampfes im Rahmen der Gesetze gekommen, die durch eine reaktionäre herrschende Klasse festgelegt wurde, die sich außerhalb dieser Gesetze stellt. Die harte und bittere Lehre, die mit so viel Blut erkauft und mit so viel Menschenleben bezahlt wurde, ist, daß Unabhängigkeit und Demokratie für unser Volk niemals durch Reformen innerhalb einer ungerechten und korrupten Gesellschaft erreicht werden können. Wir, das Volk, haben keine andere Wahl, als unsere Kräfte zusammenzuschließen, um die Macht des reaktionären Staates zu besiegen und einen neuen, revolutionären, dem Volk verpflichteten Staat zu errichten. Wir müssen den Feind mit Waffen bekämpfen, wir müssen die Stärkung unserer Kräfte auf dem Land vorantreiben. Wir müssen zu den Arbeitern und Bauern gehen und allen denen, die unterdrückt sind und leiden, um so breit wie möglich alle Kräfte zu vereinigen, diese Strategie auf dem Land fortsetzen und die Städte einkreisen, um sie schließlich einzunehmen."

Dieser Aufruf wurde über die „Stimme des Volkes Thailands", des Senders der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Thailands, verlesen. Dieser Aufruf stammt von sieben führenden Revolutionären der Studentenbewegung, die seit Beginn der siebziger Jahre einen Aufschwung genommen und gegen die Herrschaft des Imperialismus über Thailand und die korrupten reaktionären Klassen rebelliert hat. Deshalb hat ihr Aufruf großes Gewicht. Sie haben diesen Aufruf nach dem konterrevolutionären Putsch des Imperialismus im Oktober veröffentlicht. Sie haben die notwendigen Lehren aus dem Putsch der Konterrevolution gezogen. Im November wurde bekannt, daß 100 Studenten einer Universität drei Busse beschlagnahmt und die Fahrer in Guerillastützpunkte dirigiert haben. Die Hochschule in Bangkok, Thammasat, muß geschlossen bleiben. Die US-amerikanische Zeitschrift „Far Eastern Economic Review" berichtet empört, daß dieser Aufruf über den Sender der Kommunistischen Partei Thailands „mehrere Male über zwei Tage hinweg ausgestrahlt wurde, manchmal so langsam, daß die Hörer ihn mitschreiben konnten".

Der USA-Imperialismus ist der Hintermann des Putsches vom Oktober. Der Putsch soll die Städte Thailands zu Festungen der Konterrevolution gegen den revolutionären Volkskrieg machen. Die Städte werden durch den bewaffneten Kampf der Arbeiter und Bauern eingekreist. Diese haben befreite Gebiete errichtet. Der US-Imperialismus will sich Thailand als Stützpunkt in Südostasien erhalten, deshalb hat er die Errichtung dieses diktatorischen Regimes betrieben. Zu große Veränderungen hat Südostasien in den letzten Jahren erfahren! Laos, Kambodscha, Vietnam sind befreit, in Thailand, in Burma und in Malaysia entwickelt sich der Kampf der Volksmassen. In diesen Ländern führen marxistisch-leninistische Parteien den Kampf der Massen im Volkskrieg und festigen den Aufbau der nationalen Einheitsfront. Vier Mitglieder der inzwischen in Thailand verbotenen Sozialistischen Partei, darunter ein Parlamentsmitglied, haben ebenfalls über den Sender „Stimme des Volkes Thailands" einen Aufruf veröffentlicht, mit „gewaltsamer Erhebung auf den Putsch zu antworten". Ein Reporter der „Washington Post", Zeitung aus der US-Regierungshauptstadt, wurde nach Thailand entsandt, um die Lage zu untersuchen. Sein Bericht:

„Die Guerillas haben die Intensität und Bandbreite ihrer Angriffe gegen die Regierungsstützpunkte seit dem Putsch intensiviert. Seit dem Putsch ist unter den lokalen Behörden allgemeine Übereinstimmung, daß der Kampf in den nächsten Monaten großen Umfang annehmen wird." (Zitiert nach: International Bulletin)

Besonders schmerzhaft für den USA-Imperialismus, die reaktionären Kapitalisten und Großgrundbesitzer ist, daß der Fortschritt im Volkskrieg sich genau in den Regionen des Landes vollzieht, die zugleich großen Anteil an der Produktion Thailands haben. Für Mais ist das Hauptanbaugebiet der Norden. Die Reisproduktion, die insgesamt auf 64 % des kultivierten Bodens betrieben wird, liegt gleichfalls im Norden. Im Süden des Landes liegen



Das Bild zeigt eine gemeinsame Protestversammlung des Nationalen Studentenverbandes, des Bauernverbandes und der Antidiktatorischen Front Thailands in Bangkok Anfang August gegen die Verhaftung von 9 Bauern- und Studentenführern. 9 Gewerkschaften der Arbeiter des öffentlichen Dienstes hatten gleichfalls ihre Unterstützung zum Ausdruck gebracht.

die Gummiplantagen. Es sind eben diese Gebiete, in denen der Volkskrieg Fortschritte macht. Die Bauern dulden es nicht, daß die Früchte ihrer Arbeit von den Großgrundbesitzern und Imperialisten geraubt werden.

„Die Guerilleros im Norden, im Nordosten und an der malaysischen Grenze müßten demnächst Zuwachs bekommen: Wertvolle, intelligente und verbitterte Menschen werden sich anschließen, Menschen, aus denen man gute Kommunisten machen kann."

Das war die besorgte Reaktion der „Süddeutschen Zeitung" nach dem Putsch und dem zügellosen Terror gegen die Volksmassen in den Städten. Die Befürchtungen sind eingetreten. Bloß, Kommunisten werden nicht gemacht. Die Volksmassen wollen die Befreiung Thailands von Imperialismus und die Beseitigung der herrschenden Ausbeuterklassen. Die Kommunistische Partei Thailands führt sie im Kampf für dieses Ziel.

Kommentatoren vergleichen den Putsch mit Chile, bloß daß er das gewünschte Ergebnis nicht erreicht habe. Das ist wiederum richtig. Revisionistische Zeitungen verschweigen den Volkskrieg in Thailand gern. Das ist auch kein Wunder. In Chile hat der Revisionismus die Arbeiterklasse gefesselt und gespalten und sie der Konterrevolution gegenüber wehrlos gemacht. Die Kommunistische Partei Thailands führt seit über 30 Jahren den Kampf gegen den Imperialismus und die einheimischen reaktionären Klassen, hat sich im Kampf gegen den Revisionismus gestählt und das Vertrauen der Volksmassen errungen. In der Erklärung zum 32. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Thailands heißt es: „Um ihre Befreiung zu erlangen, müssen die Arbeiter den Kampf für ihre augenblicklichen Interessen mit dem Kampf für ihre weitreichenden Interessen verbinden. Dies kann nur durch den Kampf für die nationale Unabhängigkeit und Volksdemokratie, insbesondere für die Bauern, verwirklicht werden. Ein neues unabhängiges, demokratisches und blühendes Thailand wird durch den Kampf der revolutionären Kräfte der Volksmassen errichtet werden." – (hjh)

KP Indonesiens: Das Banner des Marxismus-Leninismus hochhalten!

„Die Veröffentlichung des Dokuments ‚Baut die Kommunistische Partei Indonesiens auf der marxistisch-leninistischen Linie auf, um die volksdemokratische Revolution in Indonesien zu führen', war ein Wendepunkt in der Geschichte der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI)." „Mit ungebrochenem Kampfgeist haben die indonesischen Kommunisten Internierungslager, Gefängnisse und Konzentrationslager wie jenes auf der Insel Buru in Kampfplätze verwandelt, wo sie die Verbrechen des faschistischen Suharto-Militärregimes anprangern und die Ehre und Achtung der Kommunisten hochhalten." „Die Selbstkritik des Politischen Büros des Zentralkomitees der PKI hat die PKI auf den korrekten, revolutionären Weg geführt und die Führung der indonesischen Revolution in die Hände des Proletariats gelegt. Sie hat die indonesischen Kommunisten in einem entschlossenen Kampf vereint, die drei Banner der Partei hochzuhalten und entschlossen auf dem Weg der bewaffneten Revolution vorwärtszuschreiten."

Dies erklärt die Delegation des Zentralen Komitees der Kommunistischen Partei Indonesiens anläßlich des X. Jahrestages der Selbstkritik des Politischen Büro des ZK, die im September 1966 veröffentlicht wurde. 1965 hat der USA-Imperialismus in Indonesien den Militärputsch Suhartos angestiftet, um den Kampf der Volksmassen zu unterdrücken, die PKI zu zerschlagen und das Land unumschränkt zu beherrschen. „Der weiße Terror, den die faschistische Suharto-Militärclique seit dem Oktober 1965 durchgeführt hat, hat der PKI und der revolutionären Bewegung des ganzen indonesischen Volkes großen Schaden zugefügt." Die bewaffnete Konterrevolution hatte Erfolg, weil die PKI vom Marxismus-Leninismus abgewichen war:

„Der moderne Revisionismus begann in unsere Partei einzudringen, als die vierte Plenartagung des Zentralkomitees des 5. Kongresses unkritisch einen Bericht billigte, der die Richtlinien des 20. Parteitages der KPdSU bestätigte und die Linie der ‚Erreichung des Sozialismus auf friedlichem Wege durch parlamentarische Mittel' zur Linie der PKI machte."

Nach dem Erfolg der Konterrevolution untersuchte die PKI ihre Fehler und veröffentlichte die Selbstkritik „Die PKI auf der marxistisch-leninistischen Linie aufbauen, um die volksdemokratische Revolution in Indonesien zu führen" und erklärte, daß „Drei Banner der Partei" hochgehalten werden müssen:

„Das erste Banner ist der Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei, die frei ist von Subjektivismus, Opportunismus und modernem Revisionismus. Das zweite Banner ist der bewaffnete Volkskrieg, der dem Wesen nach der bewaffnete Kampf der Bauern in einer antifeudalen Agrarrevolution unter Führung der Arbeiterklasse ist. Das dritte Banner ist die revolutionäre Einheitsfront auf der Grundlage des Bündnisses von Arbeitern und Bauern unter Führung der Arbeiterklasse." (Diese Selbstkritik ist als Broschüre in der Reihe „Nationale Befreiung" im Sendler Verlag, Mannheim, erhältlich.)

In der Erklärung zum 10. Jahrestag dieser Selbstkritik stellt die Delegation des Zentralen Komitees der PKI fest:

„In den vergangenen Jahren hat das faschistische Suharto-Regime fortgesetzt eine Politik betrieben, die den Interessen der Nation, den Interessen des Volkes feindlich ist und gegen die Kommunisten gerichtet ist. Dieses Regime, auf den Spitzen von Bajonetten errichtet, ist nichts anderes als die Verkörperung der Macht der bürokratischen Kapitalisten, Kompradoren- und Grundbesitzerklassen, die vollständig dem Imperialismus dienen, insbesondere dem USA-Imperialismus."

Die Erklärung verurteilt die Aggression gegen die Demokratische Republik Osttimor.

„Die Aggressionsarmee Suhartos versinkt tiefer und tiefer im Meer des Volkskrieges in Osttimor und wird ganz bestimmt eine vollständige Niederlage erleiden. Unruhe erhebt sich unter Suhartos Soldaten, die aus eigener Erfahrung wissen, daß sie als Kanonenfutter für die Aggression des faschistischen Suharto-Regimes eingesetzt werden."

Das Zentrale Komitee ruft die Partei auf, „unerschütterlich die dringende Aufgabe des ersten Banners, den Wiederaufbau der PKI als einer marxistisch-leninistischen Partei, die frei ist von Subjektivismus, Opportunismus und modernem Revisionismus, durchzuführen. Obwohl die reaktionären Herrscher fortwährend Anstrengungen machen, die PKI zu zerschlagen und die Kommunisten auszurotten, stählen sich die indonesischen Kommunisten mehr und mehr im Kampf, fahren sie fort, die PKI als Organisation wiederaufzubauen als den führenden Kern, der in der Arbeiterklasse verankert ist, und den Parteiaufbau fortzusetzen, der dem bewaffneten Kampf dient, das Schwergewicht auf die Arbeit auf dem Land und die Arbeit in der Illegalität legt." „Insbesondere angesichts der zunehmenden Bemühungen des sowjetischen Sozialimperialismus, mit dem Suharto-Regime Ränke zu schmieden und gleichzeitig eine Handvoll indonesischer revisionistischer Renegaten, die in Moskau von ihm ausgehalten werden, einzuführen, um die indonesische Revolution zu sabotieren, müssen die indonesischen Kommunisten beständig die Folgerungen beherzigen, die in der Selbstkritik des Politischen Büros des ZK gezogen sind: ‚Die PKI wird nur in der Lage sein, das Banner des Marxismus-Leninismus hochzuhalten, wenn sie entschlossen den modernen Revisionismus bekämpft, mit der Führung der KPdSU an der Spitze.'"

Immer wieder versuchen die Revisionisten, die Verantwortung für die Niederlage im Jahr 1965 zu vertuschen und ein Ablenkungsmanöver durchzuführen, indem sie vom „ideologischen Einfluß der Mao-Gruppe" reden, der die PKI in die Irre geführt hätte. Die Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Indonesiens ist ein Schlag gegen diese Manöver und ein Sieg des Marxismus-Leninismus. – (hjh)

Technische Überwachungsvereine:

Überprüfung der Kernkraftwerke im Interesse der Kapitalistenklasse und finanziert von den Volksmassen

In der letzten Nummer der KVZ berichteten wir von Störfällen in Kernkraftwerken, deren Existenz von den Kapitalisten, die die Kernkraftwerke betreiben und den Technischen Überwachungsvereinen, die die Anlagen überwachen, geheimgehalten werden.

Der Redaktion der KVZ war eine Liste über Störfälle in Kernkraftwerken zugegangen, die aus den Tresoren des Technischen Überwachungsvereins Köln stammte. Es konnte entnommen werden, daß in den Jahren 1975 und 1976 von dem TÜV in Kernkraftwerken 12 Störfälle in Kategorie A, 50 in Kategorie B und 26 in Kategorie C festgestellt wurden.

Es ging ebenfalls aus der unvollständigen Liste hervor, daß die Ursache dieser Störfälle ausnahmslos in Arbeitshetze und infolgedessen schlechter Verarbeitung des Materials bestanden.

Bisher haben diese Unfälle direkt zwei Arbeitern das Leben gekostet. Am 19. November waren bei Reparaturarbeiten in Grundremmingen 2 Monteure getötet worden, – die Kraftwerksleitung hatte es abgelehnt, während der Reparatur die anderen Teile des Kernkraftwerkes stillegen zu lassen.

Die Bourgeoisie legt es in ihrer Propaganda gegen die Bewegung, die sich gegen die Kernkraftwerke entwickelt, darauf an, diese der Rückschrittlichkeit zu bezichtigen, indem sie immer wieder darauf herumhaut, daß diese Bewegung sich gegen den technischen Fortschritt wenden würde.

Gleichzeitig unterdrückt die herrschende Klasse alles, was dazu führen könnte, die Risiken der Kernkraftwerke besser zu erkennen und zu bekämpfen und so diese Produktivkraft tatsächlich zu beherrschen. Die Arbeiter in den Kernkraftwerken unterliegen dem öffentlichen Dienstrecht und haben über alles zu schweigen, was in den Kernkraftwerken vor sich geht. Die Technischen Überwachungsvereine, die die Anlagen überwachen, sorgen dafür, daß die Arbeiter und Ingenieure, die die notwendigen Untersuchungen anstellen, nichts darüber berichten.

Das einzige, was für die Öffentlichkeit bearbeitet dann nach außen dringt, sind Gutachten über die Gefahren, die bei „Gaus", „Supergaus", „schwerstmöglichen Unfällen" usw. bestünden.

„schwerstmöglichen Unfällen" usw. bestünden.

So äußerte sich der Direktor des Instituts für Reaktorsicherheit folgendermaßen: „Die Grenze für Bemessung und Aufrüstung der Sicherheitseinrichtungen einer Kernkraftanlage bestimmt der größte anzunehmende Unfall. Ein hypothetischer Unfall ist etwa der Absturz eines Flugzeugs mit großer Masse und hoher Geschwindigkeit auf das Reaktorgebäude."

Dies angesichts der Tatsache, daß bei allen bisher festgestellten Unfällen es sich nicht um Gaus oder Supergaus, sondern um die Folgen von Arbeitshetze handelt. „Undichte Schweißnähte, Undichtigkeit im Röhrbündel" (26.6.76, Obrigheim), „Riß einer Anschlußschweißnaht" (April 1976, Stade), „Materialriß", „Lösung einer Manometerschraube". (Aus der Störfalliste des TÜV Köln – siehe KVZ Nr. 49, Seite 15)

Das Breittreten von Supergaus und schwerstmöglichen Unfällen durch diese imperialistischen Wissenschaftler verfolgt den Zweck, die Bewegung gegen die Kernkraftwerke auf Geisterjagd zu schicken und davon abzulenken, daß es die kapitalistische Produktionsweise ist, die es unmöglich macht, die Risiken der Kernkraftwerke erfolgreich zu bekämpfen.

Die Gutachten fallen auf jeden Fall im Interesse der Kapitalisten aus, weil die Betreiber der Kernkraftwerke selber in den Vorständen der Technischen Überwachungsvereine sitzen.

In der letzten Woche hat der Technische Überwachungsverein Norddeutschland, der u.a. das Gutachten für das Kernkraftwerk Brokdorf erstellt hat, dem Ingenieur Pommerenke gekündigt. Er wurde gekündigt, nachdem er sich an der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Brokdorf beteiligt hatte.

Der Vorstand des TÜV Norddeutschland setzt sich folgendermaßen zusammen:

Vorsitzender: Direktor Dr.e.h. Ing. W. Schoch, Vorstandsmitglied der Großkraft Mannheim AG (GKM)
Schramm: Deutsche Texaco AG
Meister: u.a. HEW Hamburg, Vorsitzender des KKW Brunsbüttel (weitere Angaben siehe Presseerklärung)*
Boetger: Zuckerfabrik Uelzen AG
Esche: Rechtsanwalt
Happich: Klöckner Werke AG
Keltsch: Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (weitere Angaben siehe Presseerklärung)
Luschmer: Stadtwerke Bremen
Pfad: Wollkämmerei Bremen
Schneider: Bremer Vulkan
Senator Hans Heinrich Schulte: Schulte und Bruns Reederei in Emden

* *Die HEW sind zu 50 % am KKW-Projekt Brokdorf beteiligt.*

Der Charakter der Technischen Überwachungsvereine

Die Technischen Überwachungsvereine sind zusammengefaßt in der Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine (VdTÜV) mit Sitz in Essen und unter Vorsitz des Professor Dr. Siegfried Balke, der gleichzeitig Arbeitgeber-Verbandspräsident ist.

Die Technischen Überwachungsvereine sind privatrechtliche Vereine mit staatlichem Auftrag. Sie sind auf dem Gebiet der Überwachung der Kraftfahrzeuge und Kernkraftwerke, Pipelines, Öltanks und Aufzügen Monopolisten.

Diese Vereine sind von den Kapitalisten gegründet worden zur gemeinschaftlichen Überwachung ihrer Anlagen.

Die Kapitalisten müssen, um die anderen Kapitalisten zu schlagen und Höchstprofit zu erzielen, die Kosten sowohl für Arbeitskräfte als auch für Rohmaterial so tief wie möglich drükken.

Sie steigern die Arbeitshetze ins Unermeßliche. Dabei müssen den Arbeitern zwangsläufig Fehler unterlaufen, die zu Katastrophen führen können. Weil die Kapitalisten wissen, unter welchen Bedingungen sie Arbeiter und Ingenieure schuften lassen, schalten sie diesen Verein ein, durch den sie die so erstellten Anlagen nochmals überprüfen lassen, um zu verhindern, daß solche Unfälle eintreten, die zu Produktionsausfall und damit zu Profitausfall führen.

Das tun sie manchmal sogar freiwillig, d.h. ohne gesetzlichen Zwang. So lassen sich einige die elektrischen In-

lassen sich einige die elektrischen In-

lassen sich einige die elektrischen Installationen überprüfen, diese stellen eine häufige Brandursache dar, oder sie beauftragen den TÜV mit der Überwachung des Baus einer Pipeline. Da ist die spätere Fehlerbehebung ebenfalls sehr viel teurer.

Auch die gesetzliche Überwachungspflicht dient lediglich der Kostenersparnis. So entsteht den Kernkraftwerkskapitalisten längerfristig ein Vorteil, wenn sie mehrere Kühlkreisläufe oder eine unabhängige Notstromversorgung einbauen mußten. Dadurch wird für die Kapitalisten erreicht, daß bei einer Reparatur nicht die gesamte Anlage abgeschaltet werden muß, sondern über ein Parallelsystem weiter betrieben werden kann.

So entgeht kein Profit. Auch bei Unfällen, die in anderen Teilen des Werkes vielleicht Menschenleben kosten.

Für diese für die Kapitalisten notwendige Aufgabe beschäftigen sie ein kleines Heer von Ingenieuren, die schlecht bezahlt und unter Schweigepflicht diese Untersuchungen betreiben, und die der TÜV selber noch für die zu überwachenden Anlagen verantwortlich macht.

Kommt ein Ingenieur auf den Gedanken, darauf zu bestehen, daß Sicherheitsmaßnahmen über die geltenden Vorschriften hinaus beachtet werden sollen, kommt er damit nicht durch. Die Vorgesetzten der Ingenieure haben das Recht, sie jederzeit von einem solchen Auftrag wieder zu entbinden und diesen einem anderen Ingenieur zu übergeben.

Das ist die eine Seite dessen, für was die Kapitalisten die Technischen Überwachungsvereine brauchen. Die andere ist die, daß eine Institution nötig ist, die im Vorfeld der staatlichen Überwachung liegt und dafür sorgt, daß Genehmigungen für Inbetriebnahme großer Anlagen rasch bewilligt werden. Zwischen die Kapitalisten, die diese Anlagen erstellen lassen, die, wie sich schon herausgestellt hat, teilweise gemeingefährliche Folgen haben, und den Volksmassen, die von den Folgen betroffen werden, muß etwas geschoben werden: „Neutrale Gutachter".

Der Staat, der die Genehmigungen erteilt, braucht ebenfalls zur Verteidigung einer Genehmigung ein „Alibi". So sind sie beide fein heraus, wenn sich die Wut der Massen über die Zerstörung der Existenzgrundlage durch Chemiewerke oder Kernkraftwerke über sie zu ergießen droht.

Dieses Alibi verschafft der Technische Überwachungsverein in Form von Gutachten.

Wie der TÜV zu seinen Gutachten gekommen ist, braucht er selbst in einem Verwaltungsgerichtsverfahren

gekommen ist, braucht er selbst in ei-

nem Verwaltungsgerichtsverfahren nicht offenzulegen, weil die ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen Geschäftsgeheimnisse des betreffenden Industriebetriebs sind.

Das erforderliche Dunkel ist also hergestellt.

Aufgebracht werden die Gelder für Aufwendungen der Kapitalisten und ihren Volksbetrug durch die Volksmassen

Der Hitler, an dem die Kapitalisten viel gehabt haben, hat unter anderem eine „Kraftverkehrssachverständigenverordnung" hinterlassen, die dem TÜV das Monopol auf dem Gebiet der Kraftfahrzeugüberprüfung zusichert.

Der Technische Überwachungsverein verfügt über 750 Prüfstellen in der BRD.

Die Technischen Überwachungsvereine nehmen die Führerscheinprüfungen ab, und die regelmäßige Überprüfung der Kraftfahrzeuge, die von den Massen benutzt werden.

Die Technischen Überwachungsvereine erzielten im Jahr 1969 mit 6 500 Beschäftigten einen Umsatz von 250 Millionen DM. (Capital 3/69) 60 % des Umsatzes wurden in diesem Jahr durch die Überwachung der Kraftfahrzeuge eingenommen.

In den letzten Jahren stiegen die Einnahmen der Technischen Überwachungsvereine durch die Kraftfahrzeugprüfung ständig. Das lag nur teilweise an der Tatsache, daß die Massen immer mehr die Autos als Gebrauchsmittel brauchen. Sondern: Die Durchfallquote bei der Abnahme der Kraftfahrzeuge ist hoch und steigt ständig.

Ein Kraftfahrzeug hat Produktionskosten und Instandhaltungskosten. Je solider ein Kraftfahrzeug gebaut ist, um so geringer sind die Instandhaltungskosten. Die Verknappung der Arbeitszeit, die den Automobilarbeitern auf die einzelnen Arbeitsgänge zugemutet wird, die Lohnkürzung die ihm die „Vereinfachung" der Arbeitsgänge regelmäßig einbringt, findet sich in der Ausdehnung der Pflege und Wartungszeit der Autos und in der Steigerung der Reparaturkosten wieder. 1969 wurde jeder zweite, der sein Auto über den TÜV fahren wollte, wieder nach Hause geschickt, – nicht etwa sein Auto zurück ins Werk, wie es eigentlich naheliegend wäre.

Auch hier hat der TÜV die Funktion des Puffers. Statt daß die Kapitalisten zur Rechenschaft gezogen werden, wegen der ständigen Verschlechterung der Produkte, zahlt der Arbeiter mehr Gebühren – und der Kapitalist ist reingewaschen.

gewaschen.

Zusätzlich steigern sich dadurch die Einnahmen der Technischen Überwachungsvereine enorm. So haben die Kapitalisten den glücklichen Umstand, daß es ihnen gelingt, die Arbeitshetze zu steigern und der Arbeiter sein Auto nicht mehr reparieren kann, sie dadurch auch noch daran verdienen. Der Aufsichtsratsvorsitzende von Boehringer Mannheim, der im Vorstand des TÜV Baden sitzt, wird sein Herz im Leibe lachen haben.

Noch besser verdienen die Technischen Überwachungsvereine am Führerscheingeschäft: Von jedem, der eine Prüfung ablegen will, kassiert der TÜV Gebühren. Diese betrugen 1969 22 DM. Heute beträgt sie schon 67 DM und ab Januar soll sie 83 DM betragen. Fällt man durch die Prüfung, zahlt man die Gebühr zweimal. 1969 fielen von 1,5 Millionen ein Viertel durch die Prüfung. Allein diese Durchfallquote erbrachte dem TÜV eine Mehreinnahme von 8 250 000 DM.

Der Geschäftsbericht der Technischen Überwachungsvereine Baden wies schon 1968 aus, daß der Anteil der Bauüberwachung von kerntechnischen Anlagen im Sektor Werkstoffprüfung und Bauüberwachung 44 % betrug.

Der Geschäftsbericht weist gleichzeitig aus, daß die Einnahmen in diesem Jahr zu 55,7 % aus dem Bereich der Kraftfahrzeugüberprüfung stammen. Die Einnahmen für die allgemeinen Technischen Überwachungsvereine betrugen 42,1 %.

Klugerweise findet man in diesem Geschäftsbericht nicht aufgeschlüsselt, was von diesen Einnahmen aus der Überwachung der Öltanks in privaten Haushalten – auf die ebenfalls Gebühr erhoben wird – stammt, und was durch die Überwachung industrieller Anlagen eingenommen wurde. Fest steht aber, und das wird ausgewiesen, daß die Mitgliedsbeiträge bei den Einnahmen gerade unter 3 % betragen. Das sind die großkopfigen Kapitalisten, die die Überwachungsvereine oft brauchen und die Ermäßigung erhalten.

Im Januar werden die Gebühren für Führerscheine und Überprüfung der Kraftfahrzeuge erneut steigen. Die Gebühren für die Führerscheinprüfung werden von 67 DM auf 83 DM steigen.

Die Neuzulassung von PKWs wird von 19,50 auf 21,50 DM steigen, die Hauptuntersuchung für einen PKW 25 DM statt 24 DM kosten.

Andere Gebührenerhöhungen betreffen die Überwachung der Automobile vor Verkauf.

Die Kapitalisten machen selbst aus

mobile vor Verkauf.

Die Kapitalisten machen selbst aus der Tatsache der Produktionsanlagen ein Geschäft. Je mehr sie die Produktion verkommen lassen, um so mehr sollen die Massen zahlen.

Je größer die Arbeitshetze und je schlechter das Material, desto mehr soll gezahlt werden. Je größer das Risiko der Produktion unter der Regie der Kapitalistenklasse, um so größer das Heer der aufgeblasenen imperialistischen Wissenschaftler, die das Geschäft der Volksverdummung und Einschläferung betreiben sollen und von den Massen finanziert werden sollen.

Man hat gesehen, wie die Volksmassen auf die Kapitalisten losgehen, wenn offensichtlich wird, daß es an ihrer Regie liegt, daß die Produktivkraft nicht beherrscht werden kann und die Produktion gemeingefährlich wird, wie in Seveso.

Zwischen die Kapitalisten und die Volksmassen muß ein Puffer, der nicht öffentlich sein kann, weil es um die Produktionsanlagen geht, die den Kapitalisten gehören.

Diese Vereine müssen der Aufgabe genügen, die Kapitalisten reinzuwaschen und den imperialistischen Bourgeoispolitikern ein Alibi für ihre Zustimmungen zu geben. Und sie dürfen nicht greifbar sein.

Dazu dienen die Bestimmungen, die die TÜVs dann gegenüber ihren Angestellten zur Anwendung bringen, so wie der bürgerliche Staat Straßenbahnschaffner oder Lokführer für Unfälle, die Menschenleben kosten und die durch Arbeitshetze hervorgerufen werden, verantwortlich macht.

Selbstverständlich kann durch solche Einrichtungen, die die Widersprüche vernebeln sollen, aber selbst dieser Aufgabe nicht genügen, der Widerspruch zwischen der Produktivkraft und der kapitalistischen Produktionsweise nicht gelöst werden. Das ist auch nicht Wille oder Absicht der Kapitalistenklasse. Wille und Absicht der Arbeiterklasse ist es, diesen Widerspruch durch die proletarische Revolution zu lösen. – (am)

Presseerklärung

Die Rechtsanwälte Schween, Reinecke, Benoit haben am 8.12.1976 folgende Erklärung an die Presse gegeben.

Fristlose Kündigung eines Ingenieurs der Kernenergie wegen Teilnahme an der Kundgebung in Brokdorf am 30.10.1976.

Mit Schreiben vom 24. November 1976 kündigte der Technische Überwachungsverein Norddeutschland (TÜV) dem Ingenieur der Kernenergie, Herrn Pommerenke, das bestehende Arbeitsverhältnis fristlos. Herr Pommerenke ist beim TÜV in der Abteilung Kernenergie und Strahlenschutz als Sachverständiger beschäftigt. Kündigungsgrund: Herr Pommerenke hat gegen einen schriftlichen Verweis seines Arbeitgebers Beschwerde gemäß § 84 Betriebsverfassungsgesetz eingelegt. Dieser Verweis wurde Herrn Pommerenke erteilt, weil er an der Kundgebung vom 30.10.1976 der Bürgerinitiative in Brokdorf teilgenommen hat. Herr Pommerenke ist direkt für die Überwachung der Sicherheit der Kernkraftwerke in Norddeutschland zuständig. In seiner Beschwerde gegen den schriftlichen Verweis wendet sich Herr Pommerenke gegen die Disziplinierung durch seinen Arbeitgeber mit der Begründung, daß es sein gutes Recht sei, an Kundgebungen seiner Wahl während seiner Freizeit teilzunehmen. Der TÜV Norddeutschland hat Herrn Pommerenke daraufhin Uneinsichtigkeit für die gerechtfertigten Belange des TÜV, der Abteilung Kernenergie und Strahlenschutz vorgeworfen. Weiterhin meint der Arbeitgeber, daß die Handlungsweise von Herrn Pommerenke geeignet sei, „daß die Neutralität und Unabhängigkeit unserer Sachverständigen in Zweifel gezogen werden könne".

Herr Pommerenke hat gegenüber seinem Arbeitgeber mehrfach erklärt, daß er sowohl als Sachverständiger als auch als Gutachter jederzeit neutral sei. Aus diesem Grunde habe er sich gerade auch für die Argumente der Bürgerinitiative interessiert. Der TÜV Norddeutschland hat ein Gutachten über die Sicherheit des 1 300-NW-Kernkraftwerks in Brokdorf im Auftrag des Sozialministers des Landes Schleswig-Holstein erstattet. Im Vorstand des TÜV, der über die Sicherheit der Kernkraftwerke zu wachen hat, sitzen u.a. die gleichen Personen, die die Kernkraftwerke betreiben.

Herr Dr. Meister ist z.B. noch im Vorstand der HEW (Hamburger Elektrizitätswerke) weiterhin Aufsichtsvorsitzender folgender Werke: des Kernkraftwerks Brunsbüttel, des Kernkraftwerks Krümmel, Aufsichtsratsmitglied der Demag, Vorsitzender der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke, Landesgruppe Schleswig-Holstein/Hamburg.

Ein weiteres Mitglied des Vorstandes des TÜV, Erhard Keltsch, hat u.a. folgende Positionen: Vorstand bei der NWK, Preußen Elektra, VEBA Düsseldorf, Vorsitzender des Aufsichtsrats beim Kernkraftwerk Stade, 1. stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der VEBA-Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats beim Kernkraftwerk Krümmel, Uran GmbH COKG Frankfurt, Kernkraftwerk Brunsbüttel, Bewag Berlin, Mitglied des Aufsichtsrats Inter Atom GmbH Bensberg, Vereinigte Aluminiumwerke Bonn, Elektrizitäts-AG Mitteldeutschland Kassel, Rheinbau AG Köln, Beirat bei der Norddeutschen Landesbank Hannover.

Dies sind nur einige Auszüge. Quelle: Leitende Männer der Wirtschaft, Ausgabe 1976. Aufgrund seines Arbeitsvertrages ist Herr Pommerenke zur Verschwiegenheit über alle Vorkommnisse in Kernkraftwerken verpflichtet. Vorhandene Störfälle darf er folglich der Öffentlichkeit nicht mitteilen.

Über Störfälle selbst darf selbst der TÜV Norddeutschland nur mit Zustimmung des Ministeriums berichten.

So ist die Kündigung laut Schreiben vom 1.12.1976 an Herrn Pommerenke mit „den für solche Anlässe maßgebenden Stellen besprochen worden".

Herr Pommerenke hat vor dem Arbeitsgericht Hamburg gegen die fristlose Kündigung Klage erhoben und einen Antrag auf einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung gestellt. Der Termin vor dem Arbeitsgericht findet am 15.12.1976 um 14 Uhr statt. Nachdem Herr Pommerenke eine persönliche Erklärung zu seiner Entlassung vor dem TÜV Norddeutschland verteilt hat, ist ihm erneut mit Schreiben vom 2.12. fristlos gekündigt worden.

Es lebe der Befreiungskampf in Zimbabwe!

Gegen die Interventionsabsichten der beiden Supermächte und der westdeutschen Imperialisten muß man organisiert kämpfen!

Auf Einladung des Zentralen Komitees des KBW sprach in Frankfurt eine Delegation der ZANU zu einer Versammlung mit 4 500 Teilnehmern. Während die Imperialisten mit den Genfer Verhandlungen versuchen, Verwirrung zu stiften, über ihre Pläne hinwegzutäuschen und die militärische Intervention im südlichen Afrika vorbereiten, wird in Zimbabwe unter Leitung der ZANU der bewaffnete Kampf intensiviert – und die Einheit der internationalen Arbeiterklasse weiter gestärkt.

Den Absichten der westdeutschen Imperialisten, die Massen einzuschläfern, um zum Ziel zu kommen, wurde mit dieser Veranstaltung ein Schlag versetzt. Die Kräfte zu weiteren Angriffen auf die imperialistische Bourgeoisie wurden mobilisiert und ausgerichtet. Zu der Veranstaltung hatte das Zentrale Komitee des KBW aufgerufen. Sie wurde von den Bezirksverbänden zwischen Köln und Stuttgart getragen. Aus den anderen Bezirken kamen Delegationen. Die organisatorischen Vorbereitungen in Frankfurt wurden vom dortigen Bezirksverband getragen, der auch das Zelt aufgebaut und abgebaut hat.

Auf einer Kundgebung in der Frankfurter Innenstadt, zu der die Bezirksverbände Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden aufgerufen hatten, erklärte Genosse Tekere, Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU, zur Genfer Konferenz: „Wir verhandeln nur, wenn um die Übergabe der Macht und deren Zeitpunkt verhandelt wird. Wir sind nicht zu den Verhandlungen gekommen, um zu geben und zu nehmen. Wir sind zu den Verhandlungen gekommen, um zu nehmen."

An der Spitze der Demonstration in Frankfurt, an der sich 1 000 Arbeiter und Angestellte, Schüler und Studenten beteiligten: die Delegation der ZANU, Genosse Hamadziripi, Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU, Genosse Tekere, Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU, Genosse Chiwara, Vertreter der ZANU in Westeuropa. Die Freundschaft zwischen der ZANU und dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) wurde im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind der internationalen Arbeiterklasse und der Völker der Welt, den Imperialismus, hergestellt.







Die Delegation der ZANU wurde von Genossen Hamadziripi, Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU, geleitet: Der Genosse Hamadziripi erklärte, daß die Imperialisten mit ihren Verwirrmanövern keinen Erfolg haben werden, daß die Einmischungspläne aller Imperialisten zum Scheitern verurteilt sind, weil die ZANU sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt und bei allen Windungen und Wendungen des Kampfes an der korrekten Linie festhält, den bewaffneten Kampf unter der Leitlinie fortsetzt: Wir sind unsere eigenen Befreier! Geführt durch die ZANU wird das Volk von Zimbabwe den Volksbefreiungskampf fortführen bis zur Unabhängigkeit, und auch nach der Unabhängigkeit, so sagte der Genosse Hamadziripi, wird der Kampf für die nationale und soziale Befreiung fortgesetzt.

Die Breite und die Bewußtheit der Unterstützung des Kampfes des Volkes von Zimbabwe findet ihren Ausdruck in der materiellen Unterstützung des Kampfes gegen die Imperialisten im südlichen Afrika. In den nächsten Tagen werden Lastwagen, deren Mittel zur Beschaffung durch Sammlung unter den Massen aufgebracht wurden, verschifft. Je fieberhafter die Imperialisten ihre Vorbereitungen für die militärische Intervention treffen, um so entschlossener wird die Unterstützung des Kampfes des Volkes von Zimbabwe organisiert.

Die Unterstützung des Kampfes des Volkes von Zimbabwe führt dazu, daß die Imperialisten die Möglichkeit zur militärischen Intervention eingeengt bekommen; kann die Intervention nicht verhindert werden, so wird sie mit entsprechenden Gegenschlägen beantwortet. Der Kampf in Zimbabwe aber schwächt die Imperialisten und schafft Raum in Westdeutschland, die imperialistische Bourgeoisie zu bekämpfen.

„4 Lastwagen für Zimbabwe"

4 Lastwagen für Zimbabwe
gesammelt aus eigener Kraft
dafür hat so mancher Kollege
einen Stundenlohn geschafft
Dafür gab so mancher Soldat
manche Mark vom kargen Sold
Schüler, Studenten, die haben es
vom Taschengeld geholt.

Refrain:
Die Revolution von Zimbabwe
ist Teil der Weltrevolution
schlagen wir gemeinsam den
Imperialismus
gehört die ganze Welt uns.

Und alle, die hier gespendet,
die wußten genau für was
Afrika nicht den Imperialisten
– den Völkern Afrikas!
Das Volk von Zimbabwe wird siegen
mit der Waffe aus eigener Kraft
da hilft nicht Entspannungsintrige
kein Manöver dem Ausbeuterpack.
Refrain

Der westdeutsche Imperialismus
pumpt Millionen nach Afrika rein
Rohstoff und billige Arbeitskraft
soll'n ihm zur Verfügung sein.
Das Geld hat der Imperialismus
aus den Arbeitern hier gesaugt
ein Teil fliegt raus auf die Straße
das Werk wird in Afrika gebaut.
Refrain

Bei jeder Mark für die ZANU
hört man die Ausbeuter schrein
sie wissen, wer dort die Befreiung will
der will sich auch hier befrein.
Wenn unsre Ausbeuter jammern
dann können wir uns nur freun
drum schicken wir 4 Lastwagen hin
die helfen Zimbabwe befrein.
Refrain





